

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

**WELCHE
POLITIK
WOLLEN
WIR?**

Zur Zukunft des Staates,
der Zivilgesellschaft
und der Demokratie

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

Welche Politik wollen wir?

Otto Brenner Stiftung (Hrsg.)

**WELCHE
POLITIK
WOLLEN
WIR?**

Zur Zukunft des Staates,
der Zivilgesellschaft
und der Demokratie

Otto
Brenner
Stiftung

Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Verantwortlich für Konzept, Redaktion und Lektorat:

Hans-Jürgen Arlt
Universität der Künste Berlin
Honorarprofessor für Strategische Kommunikationsplanung
E-Mail: h-j.ahrt@gmx.de

Benedikt Linden
Referat Wissenschaftsförderung und Projektsteuerung
Otto Brenner Stiftung
E-Mail: benedikt.linden@otto-brenner-stiftung.de

Erscheinungsdatum:

November 2022

Satz und Gestaltung:

think and act – Agentur für strategische Kommunikation

Druck:

Satzdruck GmbH, Coesfeld-Lette



This publication is available in Open Access under the Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0) licence (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>).

Geleitwort

Die gegenwärtigen Realitäten zu begreifen, um Wege in eine bessere Zukunft für möglichst viele Menschen zu finden und durchzusetzen: darum dreht sich unsere Gewerkschaftsarbeit. Ihr Erfolgsgeheimnis sind oft die kleinen Schritte, nicht die großen Entwürfe. Aber woher wissen wir, dass die Richtung stimmt? Weil wir mit Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität eine Werte-Trias und Richtschnur haben, die wir über alle technischen Revolutionen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, großen Krisen und fürchterlichen Kriege hinweg nicht aus den Augen verlieren. Und dies auch in Phasen des Verbots und der Verfolgung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Diese Verbindung konkreter Alltagsarbeit mit übergreifender Zielorientierung prägt die erfolgreiche Geschichte der IG Metall. Otto Brenner, ihr Vorsitzender von 1952 bis 1972, hat die Klammer zwischen praktischen Schritten und wegweisenden Werten über die IG Metall hinaus so eindrucksvoll verkörpert, dass sein Name bis heute dafürsteht. Die Entscheidung, unmittelbar nach seinem Tod eine Wissenschaftsstiftung zu gründen und ihr Otto Brenners Namen zu geben, war vor 50 Jahren ebenso naheliegend wie zukunftsweisend.

In dem halben Jahrhundert ihres Wirkens hat die OBS das politische Vermächtnis Otto Brenners gepflegt und aktualisiert. Sie startet in den 1970er Jahren mit Studien und Veranstaltungen meist zu arbeitsrechtlichen Fragen, beispielsweise zu Streiks und Aussperrungen. Den Herausforderungen der Wiedervereinigung tragen Untersuchungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost- und Westdeutschland Rechnung, die späten 90er Jahre setzen Probleme der Globalisie-

rung und der europäischen Gestaltung von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Demokratie ins Zentrum der Stiftungsarbeit.

Eine thematische Weichenstellung bedeutet schließlich die Auslobung des Otto Brenner Preises ab 2005 und dessen Profilierung durch den Aufbau einer weiteren Säule mit medienkritischen Studien und medienpolitischen Untersuchungen. Heute publiziert die Stiftung regelmäßig Forschungsergebnisse, welche kritisch-aufklärende Öffentlichkeit, demokratische Politik und die Zukunft guter Arbeit fokussieren.

Diese Leitlinie, Gegenwartsanalyse und Zukunftsgestaltung zu verbinden, schreiben auch die drei Essay-Bände zur Zukunft von Arbeit, Politik und Öffentlichkeit fort, für die wir dankenswerter Weise namhafte Autor:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Kultur gewinnen konnten. Den reflektierten und fundierten Rat der kritischen Intellektuellen seiner Zeit hat Otto Brenner immer wichtig genommen. Die IG Metall und ihre Stiftung teilen diese Haltung.

Das Interesse der Autor:innen und der Leser:innen der drei Essaybände an der Zukunft auch gewerkschaftspolitisch relevanter Fragen und der künftigen Arbeit der Stiftung ist für uns eine Ermutigung, uns den Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation und der Emanzipation der abhängig Beschäftigten unter den Bedingungen einer vielfachen Krise mit ungebrochenem Engagement zu stellen.

Frankfurt am Main, im Sommer 2022

Jörg Hofmann

*OBS-Verwaltungsratsvorsitzender
Erster Vorsitzender der IG Metall*

Jupp Legrand

*Geschäftsführer
Otto Brenner Stiftung*

Inhalt

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

**9 Das Politische, das Private
und ein gelingendes Leben**

Eine Einleitung

Kathrin Röggl

**21 Zivilgesellschaftliche Pegelstände,
alternder Meeresspiegel**

Dirk Baecker

39 Bürger 4.0

Lisa Herzog

**65 Freiheit oder Gleichheit?
Gleiche Freiheit!**

Imran Ayata

**83 Leben, lieben, kämpfen –
in einem anderen Land**

Bettina Kohlrusch

**101 Wie die Krise soziale Ungleichheiten
verschärft**

Tanja Klenk

- 115 Wohlfahrtsstaat und Demokratie**
Stärken und Schwächen der Selbstverwaltung

Silke Bothfeld

- 133 Sicher und klimafest**
Der deutsche Sozialstaat vor einer
doppelten Herausforderung

Dieter Rucht

- 155 Linke und rechte Mobilisierungspotentiale seit 1990**

Horst Kahrs

- 175 Was heißt „linke Politik“
und was wird aus ihr?**

Ilse Bindseil

- 195 Krise, Selbsttäuschung
und das Freiheitsrecht Denken**

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

Das Politische, das Private und ein gelingendes Leben

Eine Einleitung

Ohne Freiheit und Demokratie kann in der Moderne gelingendes Leben nicht mehr gedacht werden, denn sie sollen dem Menschen die Chance garantieren, „in grundsätzlich unwägbarsten Umständen sein Leben gleichwohl aus eigener Kraft und Orientierung zu führen“ (Seel 2002, S. 279). Freiheit und Demokratie sind politischen Ursprungs, sie haben ihren Nukleus im demokratischen Verfassungsstaat, werden darüber hinaus jedoch auch als politikübergreifende Ordnungsleitlinien in Anspruch genommen. Das hat einen guten Grund, denn moderne Lebensverhältnisse sind in immer mehr Hinsichten entscheidungsoffen geworden. Erst dann, wenn nicht alles schon feststeht, wenn nicht alles Schicksal ist, das nur noch vollstreckt wird, betreten Freiheit und Demokratie die gesellschaftspolitische Bühne. Sie können sich entfalten, solange keine Instanzen auftreten, die die ganze Wahrheit für sich beanspruchen und in hierarchischer, fundamentalistischer oder diktatorischer Manier durchsetzen wollen.

Freiheitsrechte und demokratische Rechte unterscheiden sich, hängen aber zusammen. Weil mehr Demokratie für alle, die vorher über die Natur und über andere Menschen in ihrem eigenen Interesse nach Gutdünken verfügen konnten, weniger Freiheit bedeutet, ist Demokratisierung ein bekämpftes Ziel. Freiheits- und Demokratie-Diskurse haben je eigene Perspektiven und Akzente, werden aber im Wissen geführt, dass es sich negativ auswirkt, wenn sie sich wechselseitig aus den Augen verlieren.

Politik sieht die ganze Gesellschaft – aber nicht von oben

Die Frage nach der Zukunft der Politik sollte vielleicht mit der Verwunderung darüber beginnen, dass einerseits die basalen modernen Werte Freiheit und Demokratie in einem Atemzug mit Politik aufgerufen werden, andererseits aber Politik in der Moderne einen zweifelhaften, zeitweise richtig schlechten Ruf genießt: Politikverdrossenheit über „die da oben“, Proteste gegen staatliche Tatenlosigkeit, Vorwürfe wegen zu viel Bürokratie, Rügen für Hinterzimmerkungelei, Rufe nach starker Führung, sogar einem Führer – politische Akteure scheinen besonders auffällige Mängelwesen zu sein. Lässt sich für diesen zunächst verwirrenden Umstand eine Erklärung anbieten?

Politische Reden, besonders die feierlichen, vermitteln oft den Eindruck, dass dem politischen Personal gar nicht bewusst ist, wie sehr die Berufung auf Freiheit und Demokratie einer Absage an ungebremste Machtansprüche gleichkommt; wie wenig sie von der Machtentfaltung übrig lassen, die vormoderne Staatlichkeit mit Glanz und Gloria und weit ausholenden Herrschaftsgesten für sich reklamieren konnte. Moderne Politik mit dem Staat als Zentrum und der Regierung als Spitze ist im Namen von Freiheit und Demokratie strukturellen Voraussetzungen unterworfen, die ihre Entscheidungs- und Handlungsspielräume in ein enges Regelwerk einbinden.

Dieses Regelwerk, das mit der Gewaltenteilung beginnt, über die Spaltung der Spitze in Regierung und Opposition, die Kontrolle durch die öffentliche Meinung und

die Abhängigkeit vom Wählervotum bis hin zu den unveräußerlichen Grund- und Menschenrechten reicht, nimmt dem Staat keineswegs die Möglichkeit, in gesellschaftliche Entwicklungen einzugreifen: Sowohl mit seiner Kompetenz, Recht zu setzen, als auch mit seiner Möglichkeit, Steuern zu erheben und Steuergelder zu verteilen. Aber es sind Eingriffe, die ihre Rückkopplungseffekte mitdenken und damit rechnen müssen, dass die übrige Gesellschaft aus politischen Entscheidungen ihre eigenen Schlüsse zieht. Im Namen von Freiheit und Demokratie reflektieren Organisationen und Personen im Wirtschafts- und Finanzsystem, in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Kunst, im Bildungssystem, im Sport und in den Familien ihren Umgang mit und ihre Konsequenzen aus den politischen Entscheidungen. Orientiert an ihren je spezifischen Interessen und an ihren Vorstellungen vom Allgemeinwohl (im schlechtesten Fall auch unter Missachtung jeglichen Allgemeinwohls) reagieren sie gegebenenfalls mit Kritik und Protesten, machen sich auf die Suche nach Schlupflöchern und Ausweichgelegenheiten, erheben Klage, rufen zur Abwahl der Regierung auf.

Ein gesellschaftliches Strukturmerkmal der fortgeschrittenen Moderne, das große Verständnisschwierigkeiten bereitet, ist dieser Umstand: Die Politik selbst hat zwar im Staat ein Zentrum und in der Regierung eine Spitze, aber sie bildet (anders als vormoderne Herrschaftsformen) weder Zentrum noch Spitze der Gesellschaft, sondern ist nur ein Funktionsfeld neben anderen; ein wichtiges, ein unverzichtbares mit ganz besonderen Aufgaben und Leistungen, aber kein darüber stehendes, alles bestimmendes, sondern ein

eingebettetes, interdependentes. Politik hat die Gesellschaft als ganze im Blick, aber nicht von oben. Sie hat nur ihre *politische* Perspektive, so wie andere Funktionsfelder ihren je eigenen – wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, massenmedialen – Blickwinkel haben und dabei auf ihre Weise ebenfalls die Gesellschaft als ganze beobachten.

Dieser begrifflich-politische Paradigmenwechsel weg von einer Herrschafts- hin zu einer Governance-Perspektive dürfte der Wegweiser für das aktuelle und künftige Politikverständnis sein. Deutlich wird aus dieser Perspektive aber auch, wie vorausschauend Otto Brenners Ruf nach Demokratisierung eben nicht nur der Politik war, sondern auch der anderen Funktionsfelder, allen voran der Wirtschaft. Gerade wenn es zutrifft, dass moderne Politik nicht allmächtig ist (sich zu Allmacht nur im Modus des Staatsterrors aufschwingen kann), kommt es sehr darauf an, dass sich demokratische Verhältnisse auch auf anderen gesellschaftlichen Feldern entwickeln. Alleine auf weiter Flur steht demokratische Politik auf wackeligen Beinen.

Der Ruf nach mehr Demokratie sollte wiederum nicht vergessen, dass nicht jederzeit alles den zeitlich, sachlich und sozial anspruchsvollen Prozessen demokratischer Willensbildung und Entscheidung ausgesetzt werden kann. Gesellschaftliches Zusammenleben braucht auch unangefochtene Prämissen, auf die es aufbauen und sich verlassen kann, Prämissen, die mehr umfassen, als dass zwei mal zwei vier und ein Gerichtssaal keine Turnhalle ist. In diesem Kontext kann auch der viel strapazierten Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Privaten nicht ausgewichen werden.

Unproduktiver Streit über Alternativen, die keine sind

Andreas Reckwitz (2017) hat seine Theorie der „Gesellschaft der Singularitäten“ auf Verschiebungen der sozialen Logik des Allgemeinen und des Besonderen gegründet. Man bekommt es eine Stufe konkreter, wenn man die Verschiebungen zwischen dem Politischen und dem Privaten ins Auge fasst. Der Konflikt zwischen Rechts und Links hat sich stets auch darum gedreht, das Private privat sein und in Ruhe zu lassen oder das Private als politisch auszuflaggen. Die Krisenanfälligkeit der globalisierten Moderne, die sich spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 1929 im öffentlichen Bewusstsein verankerte, mit Kriegen, Massenarbeitslosigkeit und Hungersnöten laufend aktualisierte und im 21. Jahrhundert mit der Finanz-, Euro-, Flüchtlings-, Corona- und Klimakrise verallgegenwärtigte, hat die Grenzen zwischen dem Privaten und dem Politischen jederzeit in Frage gestellt. Krisen sorgen für Turbulenzen sowohl im Privaten als auch im Politischen und sie strapazieren das Spannungsverhältnis zwischen beiden; Kriege zerstören alles, automatisch auch soziale Trennungslinien.

Die freiheitlich-demokratische Transformation, eines der herausragenden Merkmale der Moderne, konstituiert ein Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Privaten, in dem zwar auch das (individuelle und organisierte) Private auf seine Gemeinwohlverträglichkeit hin beobachtet wird, aber zuvor hat sich die Politik gegenüber den Privatinteressen zu rechtfertigen. Gerade die Wahlstimme gründet auf dem Recht der freien Meinung und der Gleichheit der Wählenden: „one man, one vote“. Nichts verpflichtet Bürger:innen, über ihr

Privatinteresse hinauszudenken und für ihre Wahlentscheidung mehr zu berücksichtigen als ihr persönliches Wohlergehen. Aber zugleich ist klar, dass die bürgerliche Selbständigkeit um ihre Abhängigkeit von selbständigen Anderen weiß und deshalb „eine, wenn auch in kleiner Münze ausgezahlte Gemeinwohlorientierung“ (Habermas 2021, S. 481) einschließen muss, die sich zuvörderst in zivilgesellschaftlichen Engagements gerade auch auf lokaler und regionaler Ebene zeigt. In jeder Zweierbeziehung existiert ein Drittes, nämlich das beide Betreffende; wird es vernachlässigt oder von einer Seite okkupiert, leidet die Beziehung. Vergleichbares trifft auf die Gesellschaft zu, das alle Betreffende bedarf – über die Anerkennung der einzelnen Betroffenen (Personen wie Organisationen) hinaus – der Beachtung und der besonderen Berücksichtigung. Im Dauerstreit zwischen Markt und Staat spiegelt sich die Verkennung dieser Sachlage. Prototyp des Marktstrategen ist der *homo oeconomicus*; Amartya Sen (2020) nennt ihn einen rationalen Dummkopf.

In der Coronakrise trat das Konfliktpotential zwischen persönlichen und organisationalen Freiheiten einerseits, Notwendigkeiten eines gesamtgesellschaftlich operierenden Regierungshandelns andererseits dramatisch hervor. Sie steht exemplarisch „für ein besonders starkes Theater einer echauffierten Gesellschaft, die die Dinge persönlich nimmt, wenn sie nicht in den Kram passen. Die Kontroversen rutschen ab.“ (Schulz 2022, S. 8)

Es gibt kaum etwas Unproduktiveres als den Streit über Alternativen, die keine sind. Die Idee der individuellen und organisationalen Selbstbestimmung ist eine *politische* Idee; sie findet ihren gesellschaftlichen Ausdruck als Freiheit der

Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, der Meinungs- und Medienfreiheit etc.. Die Möglichkeiten, allen Personen Einfluss auf die kollektiv bindenden Entscheidungen der Politik zu garantieren, sowie für Personen und Organisationen Freiräume für eigene Entscheidungen zu schaffen, wurden *politisch* durchgesetzt. Allerdings mit der historischen Pointe, dass in Organisationen, insbesondere in Wirtschaftsorganisationen, die Freiheiten und demokratischen Rechte der Personen wenig zur Geltung kommen, um die Effizienzvorteile der Hierarchie nutzen zu können. Die organisationale Entscheidungsfreiheit wirtschaftlicher Organisationen gründet sich auf Eigentum, konzentriert sich an der Spitze und verursacht Unterordnung, wenn nicht Unterdrückung, sofern nicht Mitbestimmungsrechte realisiert werden konnten (siehe dazu den Essayband zur Zukunft der Arbeit).

Netzwerke bringen mehr Freiheiten und mehr Abhängigkeiten

Wenn man versucht, das strukturelle Fundament der Politik mit gesellschaftlichen Megatrends wie Globalisierung und Digitalisierung zusammenzudenken, gelangt man für die Zukunft der Politik zu dieser These: Die politischen Aufgaben werden größer, anspruchsvoller und sie werden schwieriger zu erfüllen.

Oft beschrieben, weil sie schon die beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts stark beeinflusste, wurde die Diskrepanz zwischen der primär national geprägten politischen Handlungsfähigkeit und der gesellschaftlichen Globalisierung, die es organisationalem Handeln (nicht nur, aber vor

allem auch der Wirtschaft) prinzipiell erleichtert, Standorte weltweit zu wählen und zu wechseln, und den Nationalstaaten damit einen Standortwettbewerb aufzuzwingen. Die Konkurrenz um Investitionen hat (auch wenn neue Machtblockbildungen sie einschränken) folgenschwere Auswirkungen auf Quantität und Qualität der Arbeitsplätze und damit auf einen, oft *den* wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Lebensqualität der Einzelnen und ihrer Familien. Daraus erwachsen wiederum Probleme für die Sozialpolitik mit Konsequenzen für die Stabilitätsbedingungen der Demokratie.

Die Digitalisierung verstärkt insbesondere zwei gesellschaftliche Prozesse, die das politische System herausfordern, die Beschleunigung und die Individualisierung. Vergleiche, die den Zeitbedarf demokratischer Entscheidungsprozesse und das Tempo algorithmenbasierter Entscheidungen, des „automated decision-making“ (ADM), gegeneinander ausspielen, münden in Absurdität.

Die computerbasierte Kommunikation löst einen weiteren Schub der Individualisierung aus, weil sie sowohl auf der Seite von Produktion und Information, als auch auf der Seite von Konsumtion und Rezeption die individuellen Entscheidungsspielräume – allerdings nur für Zahlungsfähige – markant erweitert. Die PR-Abteilung der Gegenwartsgesellschaft verteilt Einladungskarten zur „Selbstverwirklichung“ und ist stolz darauf, wenn Jede:r es anders haben will. Wenn die kollektiv bindenden Entscheidungen der Politik, die aus rechtsstaatlichen Gründen alle gleich behandeln sollen, auf singuläre Lebensweisen und Lebensstile treffen, betreffen sie Jede:n anders. Da kann eigentlich nur Unzufriedenheit herauskommen, es sei denn, die Politik erklärt und erklärt, und die Zivilgesellschaft übt zu verstehen,

statt sich sofort aufzuregen und zu empören; und die Politik übt zuzuhören und von zivilgesellschaftlichen Expertisen und Engagements zu lernen. Auf die Leistungsfähigkeit einer demokratischen Öffentlichkeit kommt es in diesen Zusammenhängen besonders an (siehe dazu den Essayband zur Zukunft der Öffentlichkeit).

Im Zusammenspiel führen Globalisierung und Digitalisierung zu Vernetzung. Netzwerke haben die Eigenart, dass sie für die beteiligten Personen und Organisationen sowohl mehr Freiheiten als auch mehr Abhängigkeiten erzeugen. Deshalb steigern sie das Risiko von Krisen sowie des damit einhergehenden Reißens von Netzen und erhöhen so die Anforderungen an die Politik, ‚es wieder zu richten‘. Es sind Anforderungen an eine Politik, die darauf umso intelligenter reagieren wird, je klarer ihr ist, dass sie selbst nur als ein Teil des Netzwerkes funktioniert.

Diese facettenreiche Gemengelage wirft für die Zukunft der Politik zahlreiche schwierige Fragen auf, einige haben wir den Autor:innen dieses Bandes vorgegeben, verbunden mit der Einladung, die Form des Essays zu wählen. Dankenswerter Weise liefern die Beiträge sehr viel mehr Argumente und bieten weitaus anschlussfähigere Antworten, als wir Fragen gestellt haben.

Literatur

Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In M. Seeliger, & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Leviathan, Jahrgang 49, Sonderband 37, S. 470–500). Baden-Baden: Nomos

Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp

Schulz, J. W. (2022). *Glossar der Sicherheitsgesellschaft. Gegen die Verlockung der Eindeutigkeit*. Berlin: Edition Ästhetik und Kommunikation

Seel, M. (2002). *Sich bestimmen lassen. Studien zur theoretischen und praktischen Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Sen, A. (2020). *Rationale Dummköpfe. Eine Kritik der Verhaltensgrundlagen der Ökonomischen Theorie*. Stuttgart: Reclam

Die Autoren

Hans-Jürgen Arlt arbeitet als freier Publizist und Sozialwissenschaftler zu den Themenschwerpunkten Kommunikation, Arbeit und Kommunikationsarbeit. An der Universität der Künste Berlin lehrt er als Honorarprofessor strategische Kommunikationsplanung. In den 1990er Jahren leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Aktuelle Publikationen: „*Mustererkennung in der Coronakrise*“ sowie „*Arbeit und Krise. Erzählungen und Realitäten der Moderne*“.

Benedikt Linden ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Wissenschaftsförderung und Projektsteuerung der Otto Brenner Stiftung in Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Medien-, Kommunikations- und Politikwissenschaft. Den gegenwärtigen Zuständen von Demokratie & Zivilgesellschaft sowie polit-ökonomischen und wirtschaftsdemokratischen Problemstellungen gehört sein besonderes Interesse.

Kathrin Röggla

Zivilgesellschaftliche Pegelstände, alternder Meeresspiegel



Die Zivilgesellschaft ist in der politischen Arbeit überhaupt nicht mehr wegzudenken. Sie ist ein Ort der Aushandlungen, wie sie für demokratische Prozesse notwendig sind.

Um es vorwegzunehmen: Es ist kein Überblick zu bekommen. Danach fragten Sie doch. Danach fragen wir alle. Kompakt, analytisch, meinungsstark, wie der *Spiegel* (Spiegel Online o. J.) das anbietet. Das ist aber schwierig. Schließlich leben wir in einer Situation der toxischen Debatten, der Symbolpolitik und der ausgelagerten Katastrophen. In einer Zeit der geschickt eingefädelten Intransparenz von Eigentumsverhältnissen, der Algorithmenherrschaft, der Börsenblasen und Krypto-Schneeballsysteme. Allein zu fassen, wo die Grenzen eines Wirtschaftskrieges verliefen, überstiege mein Vermögen. Ich fürchte, eine Beschreibung unserer Gegenwart würde heute immer unzureichend sein. Dazu ist der Begriff von Gegenwart mittlerweile auch zu ungenau gefasst. Sie stellt nicht mehr den Moment zwischen gestern und morgen dar, sie hat sich lange schon ausgedehnt zur *breiten Gegenwart*¹, die immer mehr Jahrhundertsuperlativen Platz machen musste, vom Jahrhunderthochwasser zur Jahrhundertdürre, und seit kürzestem ist sie der Ort, an dem jederzeit Epochenwenden stattfinden können.

Ganz plötzlich, wie am 24. Februar 2022, kann man in einer neuen Welt aufwachen. Plötzlich müssen auch wir Menschen der Literatur qua Medien mit Militarisierung und Kriegslogiken umgehen, und lassen uns kriegsbedingte Energie- und Lebensmittelknappheiten ankündigen, hören zu, wie die Bundesregierung ein Statement verlautbart, dass jeder in die Ukraine fahren dürfe, um dort an welcher Seite auch immer zu kämpfen, und es lange Zeit zugelassen wurde, dass rechtsradikale Schläger loszogen, um sich in einer realen Kriegssituation mit dem Umgang mit Waffen vertraut zu machen (Litschko 2022; Heine 2022). Dies ist eines der De-

tails einer allgemeinen Lage, in der wieder über Atomkrieg spekuliert wird, fern von jener prometheischen Scham, die der Philosoph Günther Anders (2002) in den späten 50ern diagnostizierte. Es liegt mir auf der Zunge, von einer neuen Realität zu sprechen, wüsste ich es nicht besser, es wäre auch vollkommen unhistorisch gedacht. Aber wenn Deutschland von einer Wirklichkeit überrollt werden kann, wie der *Spiegel* im März 2022 titelt (Spiegel Online 2022), ist die Frage, wer diese Wirklichkeit bestimmt, wer der Direktor der Wirklichkeit ist, wie es der Schriftsteller Rolf Dieter Brinkmann formuliert hat, irgendwie schal geworden.

Die Vermutung, dass es in weiten Teilen schon Algorithmen sind, die jegliches Kollektiv ausmachen und über uns entscheiden, gerade, wo wir uns so individualistisch wähnen, wurde schon in zahlreichen Publikationen ausgesprochen, ob über den Plattformkapitalismus oder über die Philosophie des Silicon Valley. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kämpft derzeit mit seiner Reichweite und antwortet diesem Befund mit einer Digitalisierungskampagne, die eher zeigt, dass er Influencer:innen und social media alles zugetraut, sich selbst aber nichts. In einer mittleren und jüngeren Generation sieht man die Deutungshoheit über das Weltgeschehen mehr bei Facebook und Tiktok als im veritablen Journalismus. Deregulierung ist längst ein Begriff aus den Neunzigern, und dereguliert hat sich auch der Aufklärungsimpetus, das heißt wir sind abhängig von der prekären Arbeit der Whistleblower:innen. Bei bestimmtem Geheimnisverrat droht ihnen mittlerweile, wie man am Beispiel von Julian Assange sehen kann, Verhaftung und Auslieferung in die USA und 175 Jahre Gefängnis nach

einem aus den Jahren des ersten Weltkriegs stammendem Gesetz. Und das, unabhängig, wo man verhaftet worden ist oder seine Arbeit getan hat. So viel zur Lage der Informationspolitik.

Ich gebe zu, dass dies ein weiterer halbherziger Versuch eines Panoramas war und wenig den Überblick bietet, den Sie jetzt gerne hätten. Und nicht nur Sie, auch ich möchte mich ja orientieren, sehe es als eine Hauptaufgabe als Schriftstellerin zu verstehen, in welcher Welt ich lebe, und das verlangt einen gewissen Sinn für eine vertikale und horizontale Ordnung, selbst wenn ich sie theoretisch in Frage stelle und gerne von Verflechtung und neuen Wissensformen spreche. Zentral darin ist die Frage des Handelns. Wer entscheidet noch? Es hat sich in der großen Perspektive eine Gegenüberstellung eines technokratischen Nichthandelns, einer Rhetorik der Sachzwänge und einer rechtspopulistischen Handlungsbehauptungsrhetorik ergeben, ein Grundstrom von Verohnmächtigungsdiskursen, die von spontaneistischen, impulsiven und voluntaristischen Handlungsvorstellungen durchkreuzt werden, was sich nicht selten in merkwürdigen Verdrehungen äußert, zum Beispiel von Opfer- und Täterzuschreibung. Dabei bleiben die Verohnmächtigungsdiskurse dominant, vor allem in den Hinterzimmern, in den Zusammenhangsräumen.

Meine Arbeit als Schriftstellerin beginnt meist auf der Ebene der Begegnung im Gespräch. Ich recherchiere am liebsten mit dem Aufnahmegerät in der Hand, höre Menschen zu, die ich als Expert:innen in ihrem Feld erachte, und ich betrachte selbst theoretisches Wissen immer unter dem Aspekt des Erfahrungswissens. Und so habe ich Gespräche

mit Menschen aus der Ökonomie, Dolmetscher:innen, Schuldnerberater:innen, NGO-Mitarbeitenden, Flughafenangestellten und Anwält:innen gesucht, in den letzten Jahren zunehmend mit solchen aus der Zivilgesellschaft. Warum? Geht man auf eine konkrete soziale Verortung der eben beschriebenen Handlungsrhetorik ein, wird diese Frage, wer oder was über unsere Gegenwart entscheidet, heute am ehesten von Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft mit einem stolzen „Wir“ beantwortet, sicherlich im Sinne einer kämpferischen Rhetorik. Schön und gut, werden Sie sagen, aber wer ist da überhaupt das symbolische Subjekt der Handlung? Schon lange sind es zumindest im Mediendiskurs nicht mehr so sehr Großparteien, alte Machtblöcke und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, die als Triebkräfte einer Veränderung gesehen werden, auch wenn letztere doch Ansprechpartner:innen von Initiativen sind. Es ist diese ausdifferenzierte Landschaft aus zivilgesellschaftlichem, themenbezogenem Engagement, die die alte Parteienzugehörigkeit bis zu einem bestimmten Grad symbolisch ersetzt hat. Auch das Lobbysystem der DAX-Unternehmen wurde mit einer sich zusehends professionalisierenden zivilgesellschaftlichen Lobbyarbeit beantwortet.

Wer ist überhaupt diese Zivilgesellschaft? Das ist gar nicht so einfach zu beschreiben. Institutionen, NGOs, fluide Zusammenschlüsse, Bürgerinitiativen, kleine und große Online-Plattformen, die sich da oder dort gründen. In meiner Gesprächsreihe „Welt verändern“ im Schauspiel Köln, zu der ich Menschen einlade, die außergewöhnliche und nachhaltige Wege in dieser Zivilgesellschaft nehmen, um aus der Welt einen besseren Ort zu machen, einen solidarischen,

nachhaltigen, ressourcenschonenden, gerechten, friedliebenden, oder schlicht ein sozial annehmbares Miteinander am Laufen halten, höre ich von Biographien, die meist mit einer Vielzahl dieser Zusammenschlüsse zu tun haben, niemals nur in einer aktiv sind. Denn so viel ist allen klar: Eine NGO besteht nicht für sich alleine, sondern agiert in einem Feld aus medialen und institutionellen Ansprechpartnern. Die sehr unterschiedlichen Akteur:innen mit denen ich seit Jahren zu tun habe, arbeiten in international agierenden Instituten wie dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin, das Hunderte von jungen Jurist:innen anzieht, um sich gegen Menschenrechtsverletzungen aller Art zu wehren, in parteinahen Stiftungen, die Plattformen schaffen, an denen sich unterschiedliche Positionen begegnen können, oder sind Teil einer Selbsthilfegruppe in Neukölln in Vereinsstruktur, die mehr nach innen gerichtet ist, leben in studentischen AGs oder partizipieren in den Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet, die sich gegen die Flughafenerweiterung gewehrt haben. Alle sind sie gewissermaßen Expert:innen in ihrem Feld und versuchen, die Situation von Betroffenen zu verbessern.

Aber wie, fragen Sie, bewegt man nun etwas? Indem man großflächige Allianzen eingeht, eine breite Diskussion anstößt, sich mit an „runde Tische“ setzt? Gerade in den letzten Jahren hat diese Form der Verständigung zugenommen. So wurde nicht nur die Hambacher-Forst-Aktivistin Antje Grothus Teil der Kohlekommission, seit langem werden im Grunde in jedem heiklen politischen Moment zivilgesellschaftliche Akteur:innen an runde Tische gebeten, und Planfeststellungsverfahren, die alle Beteiligten einbin-

den sollten, gehören sowieso schon länger zum politischen Repertoire. Und ebenso lange hören wir die Klage, dass sie eher zu Informationsveranstaltungen für interessierte Bürger:innen verkommen sind, die beruhigt werden müssen, wenn der neue Flughafen, die neue Bahntrasse durch ihr Dorf gebaut werden soll, gegen ihre ureigensten Interessen zum vermeintlichen Wohl für die Allgemeinheit.

Dennoch ist es den politischen Vertreter:innen nicht abzusprechen, dass sie wirklich glauben, sie beteiligten sich alle an dem Prozess. Volksbegehren werden durchgeführt wie das der „Deutsche Wohnen enteignen“ in Berlin, an dem sich eine Million Menschen beteiligt haben und 59,1 Prozent für eine Enteignung stimmten. Doch wie so ein Volksbegehren umsetzen? Da muss eine Fachkommission ran, die vermutlich die verfassungsrechtlichen Folgen prüft und zu dem Schluss kommen wird, dass es nicht so einfach geht. Und natürlich gibt es tausende, heute auch pandemiebedingte Bremsfaktoren, bis es zu so einer Kommission kommt. Es wird auf beiden Seiten im Sinne der Stadt, der Allgemeinheit und des Wohls der Bürger:innenschaft argumentiert, und die sich geprelltühlende aktivistische Gruppe beginnt sich zu radikalieren. Nicht selten wird mit Mitteln der Einschüchterung gearbeitet, ob durch Hate Posts oder Protestformen, die längst ihre Harmlosigkeit eingebüßt haben, seit sie von gewaltbereiten Rechtsextremen gekapert wurden. Die Mahnwachen vor den Häusern von Politiker:innen, die ich schon 2012 im Rahmen der Flughafenerweiterung in Frankfurt wahrgenommen habe, wirken im Zeitalter der Coronaspaziergänge einfach anders.

Und dennoch fühlt sich die grüne Aktivistin und Bürgerrechtsbewegte Antje Grothus (2020) nur noch „verkohlt“ von der Kohlekommission, und die zahlreichen Bürgerinitiativen, die ich im Jahr 2012 im Rhein-Maingebiet gesprochen habe, sehen sich betrogen von ihren Landesregierungen. Sie erzählten alle von Symbolpolitik und Scheinbeteiligung. Damals als Mainzer Stadtschreiberin wurde mir klar, dass die alten Machtblöcke durchaus noch existieren, jene Verbindung von Konzernen und Regierungen. Lufthansa hat nicht umsonst seine Brüsseler Vertretung direkt an die der hessischen Landesregierung gebaut. RWE ist mit Nordrhein-Westfalen verheiratet, und wir erleben es in diesen Tagen, wie der kriegsbedingte Gedanke eines Umschwungs in der Energiepolitik wieder in einer Verlängerung der Braunkohletagebauabbauzeiten verschwindet, nur mit dem Unterschied, dass das Versorgungsargument das Arbeitsplatzargument ablöst.

Die Lieferkettenpanik ist Teil der großen Angstkulisse, in die wir ständig hineingeraten, und die sich als Handlungshemmung tief in unsere Köpfe senkt. Die Wachstumsgesellschaft tut ihren Teil dazu, und alle Versuche, alternative Ökonomien in Gang zu setzen, werden im Mediendiskurs nur halbherzig vorgeschlagen. Immer wieder kommt hier das politische Vorstellungsvermögen an seine Grenzen. Wird zu wenig über Erfolge kommuniziert? Ist es ein hartnäckiges Festhalten aus identitätspolitischen Gründen, weil man zu viel verlieren würde, wenn man den Lebensplan ändert? Oder sind wir am Ende wieder bei den wirkmächtigen Narrativen angelangt, denen auch ich in meinen literarischen Weltentwürfen oft genug auf den Leim gehe?

Ja, die Narrative. Von ihnen war bis jetzt noch nicht wirklich die Rede, dabei haben sie das abgelöst, was man einmal früher als Ideologiekritik bezeichnet hat. Heute gilt es, sehr genau sich zu Narrativen zu verhalten, sie zu bestärken, ihnen etwas entgegenzusetzen. Der größte Unterschied zum Ideologiebegriff ist, dass sie keinen verbindlichen Zusammenhang ergeben, sondern pluraler, flexibler und in unterschiedlichen Abstraktionsgraden vorhanden sind. Es gibt keinen gezwungenen Zusammenhang. Man kann einem Verschwörungsnarrativ aufsitzen oder dem rassistischen Narrativ des „weiße-Frauen-vergewaltigenden-POC-Mannes“. Die Verohnmächtigungserzählung, das dystopische Narrativ der Ausweglosigkeit ist nur eines von vielen, auch wenn sie auf einer größeren Abstraktionsebene funktioniert, oftmals viele kleine Narrative verbindet.

Es ist ja so, dass wir Schriftsteller:innen besonders angstbegabte Wesen sind und uns gerne Szenarien aller Art vorstellen, wobei wir zunehmend zu Verohnmächtigungserzählungen greifen. Warum? Es sind die Welterzählungen, die noch zu erzählen sind, ob in der Dystopie oder im Gegenwartsbefund, in ihnen stellt sich noch ein Zusammenhang her, die Verknüpfung unseres sozialen Miteinanders. Denn indirekt verweisen sie immer auf die reale Komplexität, multilaterale politische Strukturen und Unübersichtlichkeit. Und dennoch wirkt in ihnen ein Gift, das mir ausgerechnet eine Netflixserie, *Black Mirror*, vor Augen geführt hat.

Die auf wohligen Konsum angelegte dystopische Serienform ließ mich nämlich fragen, wie weit ich von diesem Narrativ wirklich entfernt bin. Dem kultivierten Gefühl der Unausweichlichkeit und der Vergeblichkeit mit der Ausrede

des Vorführens des Kritisierten, um es anzuprangern, ist keine Zukünftigkei mehr zu entlocken. Im Grunde wird immer suggeriert, dass in Wirklichkeit niemand mehr entscheidet, dass die Gegenwart der reinste Selbstläufer ist und in eine Zukunft hineinläuft, die merkwürdig geschlossen ist. Niemand kann noch eine wirkliche Entscheidung treffen, einen Unterschied machen. Und doch werden ja real Unterschiede gemacht – Protestbewegungen setzen Themen, lassen Entscheidungen unumgänglich werden, private Initiativen wie die jetzt deutlich werdende Geflüchtetenunterstützung zeigen eine durchaus positive Weltsicht. Und in der Frage nach den Narrativen ist heute klipp und klar, dass es politisch nicht unschuldig ist, welche Erzählung man bedient.

Ergebnis aus dieser Erkenntnis, sind zum Beispiel die Publikationen des Sozialpsychologen Harald Welzer, der seit einigen Jahren im S. Fischer Verlag Erfolgsgeschichten der Nachhaltigkeit und Resilienz sammelt, auch die Kuratorin und ehemalige Berliner Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Adrienne Göhler, verfolgt die Strategie „Zur Nachahmung empfohlen“, so der gleichnamige Titel ihrer seit zehn Jahren global tourenden Ausstellung, in der Ideen weitergegeben werden, Lösungsansätze kursieren. Es wird eben nicht mehr das Untergangsbild alleine beschworen, wenn wir von ökologischen Krisen sprechen. Nicht mehr die Drohkulisse aufgerufen, die tickende Zeit, Bilder, die ohnehin bekannt sind und eine gewisse Abwehr erzeugen. Das ist eingängig und für mich war die Frage, in welcher Form ich mich dem anschließen könnte. Helden-erzählungen sind nur meine Sache nicht. Gerade das Erfolgsgesicht der Organisationen wirkte wie eine PR-Maßnahme,

die mich nur zu gerne in den Dienst genommen hätte. Literatur als Hagiographie des zivilgesellschaftlichen Widerstands? Kommt da nicht die reale Machtfrage zu kurz?

Meine Recherchen sind bestimmt davon, ein Aktionsfeld dynamisch zu verstehen, weniger darum, dies Feld sauber abzustecken. Also jetzt nicht Gesprächspartner:innen ideal auszusuchen, sondern immer ein Plus, ein Drumherum zu erzeugen. Es ist letztendlich eine sehr einfache Vorgehensweise. Ich werde mir zu einem Problem, das zugleich immer schon auch ein ästhetisches Problem ist, Fragen stellen. Wie gehen wir damit um? Wie ist dieses Problem gelagert? Wie verbindet es sich mit anderen Krisenlagen? Wer ist beteiligt? Und mit welchen Sprachen wird darüber gesprochen? In welcher Form zeigt es sich, und vielleicht ist sogar diese Form mein erster Bezugspunkt. Ziemlich schnell werde ich feststellen, dass mein Verständnis vom Problem nicht ganz richtig ist und meine Fragestellung revidieren und erweitern, neu justieren, um erneut loszulegen. Literarisches Schreiben ist im Grunde der Prozess zu lernen, die Fragen richtig zu stellen. Es ist sowohl eine Kontaktnahme nach innen, und ein sozialer Potlatch nach außen, eben ästhetische Grundlagenforschung. Niemals gibt es eine rein angewandte Literatur.

Mein neuestes Stück „Das Wasser“ ließ dieses Forschungsfeld breit ausdifferenzieren. Von den bewusst lokal agierenden Gruppen, den unsicher wirkenden lokalen Netzwerken zu den selbstbewusst agierenden Anwält:innen der großen NGOs wie Greenpeace und Germanwatch ist es ja ein weiter Weg. Und so habe ich mich in Dresden sowohl mit Cradle to Cradle, als auch der TU-Umweltinitiative Dresden, den Fridays for Future, Ende Gelände, German Watch, ei-

ner Pastorin der evangelischen Kirche, Greenpeace, einem Wasserstoffunternehmer, dem Umweltzentrum Dresden, einem Streuobstwiesenbetreiber und dem Umweltamt unterhalten. Ach, da wären noch Vertreter:innen der „Woche des guten Lebens“, ein Gentrifizierungsaktivist, die Grüne Liga und eine Bewässerungsbeauftragte einer rheinischen Stadt, sowie Vertreterinnen der Ökologie-AG im sächsischen Staatstheater. Es ging mir um eine Multiperspektive zivilgesellschaftlicher Organisationen zu einer Krisenfrage, und es war klar, dass diese nicht nur lokal oder regional zu beantworten ist. Wer handelt? Wie ist noch zu handeln? Was bremst einen? Was ist überhaupt die Krise? Wie wird sie gefasst (beispielsweise leidet ein Drittel der Fläche Deutschlands unter Trockenstress)? Schnell wurde mir klar, dass sie allerdings thematisch ebenfalls nicht wirklich abzuschließen ist, denn auch die Wohnungsfrage ist eine Umweltfrage, auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eine. Selbst verwaltungstechnische Fragen oder die nach Rechtssystemen könnte man stellen und die nach Kolonialismus, dem heteronormativen Patriarchat. Und schließlich sind so was wie zivilgesellschaftliche Handlungen ohne die sie umgebenden staatlichen Behörden und politischen Kräfte nicht denkbar.

Erstaunlicherweise hörte ich in den sehr unterschiedlichen Gesprächen viel von Blockaden, Hindernissen, Bremsfaktoren, ja, kaum ging ich ins Detail, kam ich von dem stolzen „Wir“, das etwas verändert, schnell zu einem „Wir leider nicht“ und landete bei Vergeblichkeitserzählungen. Sicherlich habe ich dieses wiederkehrende Erzählmuster meiner Gesprächspartner:innen durch meine Fragen

provoziert, aber es zeigte sich auch, dass diese Organisationsform nicht nur eine Verschiebung im sozialen Zusammenschluss von Akteur:innen bedeutet, sondern auch die der zeitlichen Handlungsstruktur, was wiederum zur Folge hat, dass viele der zivilgesellschaftlichen Verbände flüchtig und zeitlich begrenzt funktionieren, man arbeitet mal in der einen, trifft sich womöglich in einer anderen wieder, aber sicher ist es nicht. Die eigene Meinung zu diesem oder jenem Thema löst eine grundsätzliche Genossenschaft ab. Vieles hängt an einzelnen Menschen, und insofern ist heute mehr von der Burnoutfalle von Graswurzel-NGOs zu hören, als von dem realpolitischen Ausbrennen in großen Strukturen. Und vor allem große Organisationen wie zum Beispiel Greenpeace, Amnesty International oder Germanwatch zeigen sich resilienter gegenüber diesen Flüchtigkeitsgefahren als eine lokale Bürger:inneninitiative, die sich gegen einen Autobahnanschluss wehrt.

Die einzigen, die nicht von Burnout und Bremswirkung erzählten, waren durch die Bank die Jurist:innen größerer NGOs, und es kam nicht von ungefähr, dass sie derart souverän auftraten. Sie hatten gerade den Durchbruch in Karlsruhe erlebt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht Ende April 2021, der von Germanwatch und Greenpeace mit unterstützten Klage Recht zu geben. Dies hat einen großen Impuls in die Szene getragen. In jeder Demonstration der Fridays for Future oder im nordrheinwestfälischen Braunkohlrevier im letzten Jahr wurde erwähnt, wie sich endlich, nach Jahren der Arbeit, dieser Etappensieg ereignen konnte, der die Bundesregierung dazu zwingt, in ihrer Gesetzgebung nochmal in Hinblick auf Generationengerechtigkeit nachzuarbeiten. Das

Urteil, das die Freiheit künftiger Generationen in die Waagschale wirft, spricht von der hohen Wirksamkeit dieser von zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützten Klagen, wie sie in den letzten Jahren als politisches Instrument sich erwiesen haben, ob im Menschenrechtsbereich oder als Verfassungsbeschwerde. Gerade der Freiheitsbegriff öffnet hier die Tür. Aber ob sich diese sich veränderte Rechtsprechung in Realpolitik umsetzen lässt, steht noch zur Disposition. Hier beginnt erneut, Sie werden es bereits ahnen, schon wieder das „Ja, aber“ meiner Erzählung.

Wir kommen schon wieder zur Begrenztheit, der fragilen Struktur und Anfälligkeit für Burnout der zivilgesellschaftlichen Organisation, schließlich hängt die Schlagmacht oft an ganz konkreten Personen. Auch sehen sie sich einem sehr mächtigen politischen und ökonomischen Gegner gegenüber, der sich ganz anders organisieren kann. Aber man soll sich nicht täuschen, auch das sind nicht festsitzende Blöcke. Nicht nur in der Politik, auch in den Vorständen von Unternehmen gibt es mittlerweile Einsicht, dass anders gehandelt werden muss, und oftmals wird eine Zusammenarbeit auch versucht. Der größte Feind ist dabei wiederum nicht alleine das ökonomische und machtpolitische Interesse, sondern die fehlende politische Imagination. Man kann sich Veränderung einfach nicht vorstellen. Es gibt eine persistierende Unvorstellbarkeit von Veränderung, aus der wiederum eine fehlende Selbstwirksamkeitserfahrung resultiert, in dem Gefühl von zu geringer Handlungsmacht, egal, wo wir uns befinden. Beißt sich die Katze hier in den Schwanz? Aber natürlich – dieser Essay folgt der Kreisförmigkeit, die sich in meinen Gesprächen so deutlich ergeben hat.

Darin fand sich ein weiterer Aspekt: Die strukturelle Angleichung an das woanders Erlebte. „Ich mache doch nicht in meiner Freizeit bei denselben autoritären Strukturen mit wie auf Arbeit!“, so äußerte sich ein Bekannter, der sich neben seiner Arbeit rundfunkpolitisch engagieren wollte. Er machte seiner Enttäuschung darüber Luft, dass sich in der freigewählten Struktur genau das wieder herstellte, was er bei seinem Arbeitgeber, einer großen öffentlich-rechtlichen Institution, erlebt – das Einziehen von Hierarchien und eine Kultur der Angst. Im Umbau unserer Medienlandschaft als Antwort auf die rasanten Digitalisierungsschübe in der Gesellschaft entsteht daraufhin ein rasendes Mitläufertum vor der Angstkulisse des Verlusts von Reichweiten, und es werden Hierarchien eingezogen, wo vorher keine waren. Und wie wir alle wissen, ist hierarchisches Denken rasant ansteckend, denken Sie nicht?

Aber ich sehe, Sie sind ganz woanders. Sie würden an dieser Stelle gerne mal grundsätzlich einwenden, dass mein Politikverständnis einem bürgerlichen Blick unterliegt. Wie sehen Schulterschlüsse und Repräsentationsvorgänge derer aus, die nicht für sich sprechen können, das heißt wer kann das wirklich? Und wieso begegne ich nicht dem Vorwurf, dass manches bürgerschaftliche Engagement gar nicht so allgemeinwohlorientiert ist, sondern einzig den eigenen Interessen verpflichtet – das berühmte Windrad vor dem eigenen Haus? Aber bevor ich Ihnen nun genügend Gegenbeispiele des sehr wohl am Gemeinwohl Interessiertseins vorführe, möchte ich eine ganz einfache Sache sagen, jenseits einer moralischen Bewertung: Die Zivilgesellschaft ist in der politischen Arbeit überhaupt nicht mehr wegzuden-

ken. Sie mag sich symbolisch etwas verbraucht haben, aber in der realen Situation durchaus nicht. Ob daraus etwas erwächst, was wirklich einen Unterschied macht, lässt sich schwer abschätzen, es wundert jedenfalls nicht, dass dieses Engagement auch von zahlreichen Institutionen und Verbänden, parteinahen Stiftungen und einzelnen Politiker:innen unterstützt wird. Sie ist ein Ort der Aushandlungen, wie sie für demokratische Prozesse notwendig sind. Zu fordern bleibt, ebenso kreisförmig, dass die Beteiligung der Bürger:innen nicht nur scheinhaft ist, dass sie im Dialog mit Wissenschaft und Politik, auch mit der Kunst in Kontakt bleibt, weil die politische Imaginationskraft dringend Stärkung braucht.

An diesem Punkt angekommen, fällt mir auf, Sie haben interessanterweise noch immer nicht gefragt, woher die Gelder für diesen Text kommen? Das ist typisch für Ihre Generation (oder die Generationen, die Sie umgeben.) An gewissen Stellen wird einfach nicht nach dem Geld gefragt. Also dieser Text wurde von der Brenner-Stiftung teilfinanziert, quer durch die Hochschule für Kunst und Medien und die Akademie der Künste. Könnte man sagen, und man würde einem gewissen Transparenzbegriff Genüge tun. Man kann es aber ganz anders darstellen, und von jeder Menge Zwischenfinanzierungen, sowie sehr unklaren Ressourcengeber:innen sprechen. Auch darin läge ein Reiz.

Anmerkung

- 1 Ein Begriff, den der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht geprägt hat.

Quellen

Die Links wurden am 18. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Anders, G. (2002). *Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*. München: C.H.Beck

Grothus, A. (2020). *Tweet vom 16. Dezember 2020, 11:38 Uhr*. <https://twitter.com/antjgrothus/status/1339157953379782656>

Heine, H. (2022, 02. März). Deutsche dürfen an Ukraine-Krieg teilnehmen – auch für Russland. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-aufruf-fuer-internationale-legion-deutsche-duerften-an-ukraine-krieg-teilnehmen-auch-fuer-russland/28121508.html>

Litschko, K. (2022, 03. März). Neonazis wollen an die Front. *taz*. <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine!/5835674/>

Spiegel Online (o.J.). Die Lage am Morgen. https://www.spiegel.de/thema/morningbriefing/?sara_icid=targ_own_DMhsOEVMbIaLryIOIHaE3sLgaCfdMU

Spiegel Online (2022, 04. März). Wie Deutschland von der Wirklichkeit überrollt wurde. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krieg-wie-deutschland-von-der-wirklichkeit-ueberrollt-wurde-a-f688c75a-ac04-4c7d-8dfb-827f296c67ea>

Die Autorin

Kathrin Röggla ist eine vielfach ausgezeichnete Schriftstellerin, zuletzt (2022) erhielt sie den Else-Lasker-Schüler-Dramatikpreis. Sie schreibt Prosa, Hörspiele und Theaterstücke. Seit 2015 ist sie Vizepräsidentin der Berliner Akademie der Künste.

Dirk Baecker

Bürger 4.0



*Der Bürger 4.0 ist der erregte Bürger.
Er erregt sich, um teilzunehmen,
und er erregt sich, um abzuschalten.
Erregung ist die Form, die eine Reaktion
ermöglicht, ohne verstanden, geschweige
denn durchdrungen zu haben,
worauf man sich einlässt.*

Eine Einmalerfindung

Auch der Bürger ist eine Einmalerfindung der menschlichen Gesellschaft, Name und historische Gestalt mögen sich ändern, die Funktion wird beibehalten. Zwar erhebt erst die moderne, die bürgerliche Gesellschaft ihn zum Prinzip der Selbstbeschreibung der Gesellschaft, aber das schließt nicht aus, dass es ihn vorher schon gab (oft tatsächlich nur als Maskulinum) und dass er die Transformation der modernen in eine nächste Gesellschaft überlebt. Zu prüfen und zu würdigen ist dies allerdings nur dann, wenn man genauer angeben kann, worum es sich bei diesem Bürger handelt. Der Versuch lohnt sich, denn offenbar ist mit dem Bürger, männlich wie weiblich, ein bestimmtes Politikverständnis verbunden. Dieses Politikverständnis befindet sich zusammen mit dem Bürger gegenwärtig in einer Krise. Es steht daher in Frage, mit welcher Art von Politik wir es zu tun bekommen, wenn der Bürger seine zentrale Stellung im Selbstverständnis der Gesellschaft verliert.

Hegel

Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Gesellschaft hat Hegel ein Verständnis von Individuum, Familie und Staat entwickelt, das sich dafür eignet, genauer einzukreisen, worum es sich bei einem Bürger handelt. Der Bürger, so lässt sich im Anschluss an Hegels Rechtsphilosophie formulieren, ist ein Individuum, das seine Selbstständigkeit im Verhältnis zu einer Familie und einem Staat erwirbt und behauptet und in der Gesellschaft, dem „System

der Bedürfnisse“, aus Eigennutz seine Interessen verfolgt. Brisanz erhält dieses Verständnis des Bürgers daraus, dass Familie und Staat nicht einfach Kontextbedingungen für die Entwicklung eines selbständigen Individuums sind, sondern ihrerseits als selbständig gewürdigt werden. Selbständigkeit bestimmt sich für Hegel als Gewinn des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen derart, dass das Allgemeine das Besondere im Widerspruch zu ihm selbst bestimmt. Familie, Individuum, Staat und Gesellschaft werden als „Stufe(n) der Differenz“ verstanden (Hegel 1970, § 181, S. 338).¹

Das spezifisch bürgerliche Element an dieser Konstellation ist die Substanz der Sittlichkeit, die mit der Familie, das heißt mit der Ehe, der Liebe und dem Verhältnis der Eltern zu den Kindern entsteht, mit der Auflösung der Familie, sobald die Kinder sie verlassen und die Eltern sterben, vergeht und nur im Staat, der die Möglichkeit einer neuen Gründung der Familie durch die Kinder sicherstellt, aufrechterhalten und gleichsam stellvertretend, jetzt nicht mehr als „Naturzustand“, sondern als Gesetz, verwirklicht werden kann. Bürger ist, wer sich selbständig als Individuum auf eine selbständige Familie und einen selbständigen Staat bezieht und in diesem Verhältnis sein Selbstbewusstsein und seine Sittlichkeit verwirklicht.

Man sieht, wie politisch diese Figur gedacht ist. Politisch ist der Anspruch an die Selbständigkeit des Individuums; politisch ist die Anerkennung der Selbständigkeit der Familie; und politisch ist das Verständnis eines Staats, der seine Selbständigkeit seinerseits nur dadurch verdient, dass er Individuum und Familie in ihrer Besonderung anerkennt und schützt. An eben diesem dritten Element scheitert die

„ideale“ Vorstellung des Staates bei Platon, der nur das Allgemeine kennt und zugunsten des Schönen und Wahren das Risiko der Zufälligkeit und Willkür, wenn nicht sogar des Elends und des sittlichen Verderbens, das mit jeder Besonderheit einhergeht, nicht eingeht (Hegel 1970, § 185, S. 341 f.). Hegels Ausgangspunkte hingegen sind die Differenz, die Entzweiung, der Gegensatz zur Vernunft, aus der ein Selbstbewusstsein und seine Reflexion gewonnen werden, ohne die die Kraft und Stärke einer Einheit nicht gedacht werden können. Der Bürger ist jene politische Figur, die sich aus der Familie in die Familie bewegt und vielleicht weniger für sich als für alle anderen den Staat als Garant der Möglichkeit des Übergangs zwischen untergehender und wieder entstehender Sittlichkeit anerkennt. Bürger ist, wer jederzeit bereit ist, Individualität, Familie und Staat gegeneinander auszuspielen und dennoch ihren Bezug aufeinander nicht aufzugeben.

Man ahnt, welche Konstellation von Eigennutz, Sentimentalität und Vernunft im Bürger zur Deckung kommt und doch jederzeit verraten werden kann. Bürger ist die im Individuum sich selbst gefährdende und verwirklichende Sittlichkeit. Und „Sittlichkeit“ ist nicht etwa die Fähigkeit, sich entsprechend Sitte, Brauch und Gewohnheit zu verhalten, sondern ist identisch mit der „Idee der Freiheit“, deren Begriff identisch ist mit der Natur des Selbstbewusstseins (Hegel 1970, § 141, S. 292).

Selbständigkeit, Freiheit und Selbstbewusstsein

Wir können daher auch sagen: Bürger ist, wer seine Individualität einer Familie und einem Staat verdankt, die ihr

beide widersprechen und sie doch beide, als Naturzustand und als Gesetz, garantieren. Erst dann, wenn diese Bedingungen der Möglichkeit von Selbständigkeit, Freiheit und Selbstbewusstsein gegeben sind, tummelt sich der Bürger in einer Gesellschaft, in der er seine Interessen verfolgt und für die Verfolgung seiner Interessen davon abhängig ist, dass alle anderen ebenfalls ihre Interessen verfolgen (ebd., § 183, S. 340). Hegel verdankt diese Einsicht Adam Smith (1978).

Bürger ist, wer seine Freiheit als Abhängigkeit vom Naturzustand und vom Gesetz des menschlichen Lebens weiß und in dieser Modalität verwirklicht. Bürger ist, wer das Gesetz in den Dienst des Naturzustands und den Naturzustand in den Dienst des Gesetzes stellen kann, ohne sich dabei zum Knecht des einen oder anderen machen zu lassen. Der „Naturzustand“ ist hier nichts anderes als ein Argument. Er schützt die Selbständigkeit individuellen und familiären Lebens, wohl wissend, dass hier und in der Auseinandersetzung mit dem Staat eine Sittlichkeit geboren wird, die alles andere als natürlich, sondern in hohem Maße kulturell und gesellschaftlich ist. Diese Bestimmung der Begriffe „Kultur“ und „Gesellschaft“ stand Hegel jedoch noch nicht zur Verfügung.

Eine Medienarchäologie

Es liegt auf der Hand, dass die dialektische Konstellation von Individualität, Familie und Staat keine Erfindung der bürgerlichen Gesellschaft ist. Die bürgerliche Gesellschaft erhebt sie jedoch zum Prinzip, weil sie auf diese Dialektik grundsätzlicher angewiesen ist als noch die steinzeitliche

und die antike Gesellschaft und möglicherweise auch die nächste Gesellschaft.

Diese Vermutung kann nur im Rahmen einer Medienarchäologie der Gesellschaft geprüft werden. Diese Medienarchäologie unterscheidet im Anschluss an Marshall McLuhan und seine Schule vier Medienepochen der menschlichen Gesellschaft, die Epochen der Mündlichkeit, der Schriftlichkeit, des Buchdrucks und der elektronischen Medien und nimmt an, dass mit jedem Auftreten dieser dominant werdenden Medien der Maßstab, das Tempo und das Schema der Situation des Menschen verändert werden (McLuhan 1968, S. 14; 1986). Einmalerefindungen kann man mit Bronisław Malinowski (2005) jene Institutionen der Gesellschaft nennen, deren Funktion in jeder Medienepoche beibehalten wird, während sich ihr Name und ihre historische Gestalt laufend ändert. So findet man in der steinzeitlichen Gesellschaft keine Bürger im Wortsinn, sehr wohl aber ein Handeln und Erleben, das als bürgerlich im hier mithilfe von Hegel bestimmten funktionalen Sinn zu verstehen ist. Man ist Individuum, man erlebt eine Familie, man muss sich mit irgendeiner Art des organisierten Gemeinwesens auseinandersetzen – und alle drei Momente in ein Verhältnis zueinander bringen.

Eine Medienarchäologie fragt danach, wie sich mit jedem neuen Medium – man denkt vor allem an Verbreitungsmedien der Kommunikation, eben Sprache, Schrift, Buchdruck, Elektronik, weniger an Erfolgsmedien der Kommunikation wie Macht, Geld, Wahrheit, Glaube, Recht und Kunst – die Struktur und die Kultur einer Gesellschaft ändern, um den erwarteten Sinn der Kommunikation besser zu verteilen und die gesellschaftsweite Einheit dieses Sinns zu

sichern (vgl. Luhmann 1997, S. 405 ff; Baecker 2007; Baecker 2018). Für jede Medienepoche der Gesellschaft muss der Sinn möglicher Kommunikation sowohl verteilt („strukturiert“) als auch auf eine wiedererkennbare Einheit des Sinns hin verdichtet („kultiviert“) werden.

In unserem Fall läuft dies im Ergebnis auf eine Unterscheidung des steinzeitlichen Bürgers 1.0 vom Bürger 2.0 der antiken Hochkulturen, modernen Bürger 3.0 und nächsten Bürger 4.0 hinaus. Die Art der Zählung markiert die historische Grobkörnigkeit der Unterscheidung, die die tatsächliche Vielfalt bürgerlicher Existenzweisen in der Weltgeschichte auch nicht annähernd wiedergeben kann. Darum geht es auch nicht. Der Akzent liegt nicht auf einer Historiographie, sondern auf einer Archäologie. Man will wissen, ob ein bestimmtes Phänomen der Gesellschaft, im vorliegenden Fall der Bürger, als eine Institution und somit Einmalerverfindung der Gesellschaft beschrieben werden kann und ob diese Beschreibung dazu dienen kann, dieses Phänomen sowohl zu historisieren als auch funktional zu stabilisieren. Besonders interessant ist diese Methode im Fall von Phänomenen, die für eine dieser Medienepochen für typisch gehalten werden. So wird der Bürger zwar zum Prinzip der Selbstbeschreibung der modernen Buchdruckgesellschaft, doch als dieser Bürger 3.0 ist er nur eine Variante seiner eigenen strukturellen Vielfalt. Es gab ihn vorher schon, als Bürger 2.0 und 1.0 und es wird ihn auch nachher noch geben, als Bürger 4.0.

Wenn sich die Beschreibung des Bürgers als Einmalerverfindung bewährt, könnte man ihn von bestimmten kontingenten Merkmalen seiner Existenz in der bürgerlichen, modernen Gesellschaft befreien, seine Funktion allgemeiner fassen

und seine Anpassungsfähigkeit an andere Medienepochen der Gesellschaft beschreiben. Denn letztlich geht es darum, jedes Auftreten eines neuen Verbreitungsmediums der Kommunikation als einen „Schock“ oder eine „Katastrophe“, das heißt als einen Wechsel im Modus der Ausdifferenzierung und Reproduktion der Gesellschaft zu verstehen, denen sich alle Institutionen und Phänomene der Gesellschaft gleichermaßen anpassen müssen. Man kann es auch anders formulieren: Wenn es dem Bürger gelungen ist, sich über den Wechsel von der steinzeitlichen über die antike bis zur modernen Gesellschaft zu erhalten, stehen die Chancen nicht schlecht, dass er auch den Sprung in die nächste Gesellschaft schafft.

Gender

Man verzeihe mir im Übrigen die Rede vom Bürger im Maskulinum. Ich gehe davon aus, dass die Figur des Bürgers ihre männlichen und ihre weiblichen Seiten hat, und ich nehme nicht an, dass Teilhabechancen an der Gesellschaft symmetrisch verteilt waren und sind. Ich glaube im Gegenteil, dass die Differenzierung des Geschlechts, die sich bei Hegel äußerst biedermeierlich liest, eine wichtige Rolle im Umgang mit der Dialektik der Figur spielt. Man kann die Ansprüche auf Selbständigkeit und Bezug, auf Freiheit und Abhängigkeit je unterschiedlich akzentuieren, wenn es gelingt, das Selbst- und Fremdbild des männlichen Bürgers vom Selbst- und Fremdbild der weiblichen Bürgerin zu unterscheiden. Dabei können sich Strukturen der Ungleichheit einspielen, die umso hartnäckiger beibehalten und verteidigt werden, je geringer die Chance ist, den strukturellen Charakter die-

ser Figur und ihre Funktion innerhalb der Gestaltung der Gesellschaft zu durchschauen. Hier wie auch sonst ist die Struktur einer Unterscheidung, die nicht zur Disposition steht, ein Beleg für das Vorliegen einer kulturellen Gewalt (vgl. Galtung 1990).

Doch ist dies im Folgenden nicht mein Thema. Der Bürger ist weiblich wie männlich eine Figur der Gestaltung des Bezugs auf Individuum, Familie und Staat. Deswegen belasse ich es bei einem Fachterminus, „Bürger“, der keine konkreten Personen bezeichnet, sondern eine Figur der Gestaltung sozialer Verhältnisse. Ich will jedoch nicht darauf verzichten, zu unterstreichen, dass die weibliche Bürgerin mit ihrer Erfindung von Pflanzenkunde, Töpferei und Flechtereie ebenso viel für die menschliche Zivilisation bewirkt hat wie der männliche Bürger mit seinen Netzen, Waffen und Pflügen. (Siehe Graeber und Wengrow 2022)

Probleme der Kommunikation

Jede Medienepoche überfordert die Struktur und Kultur der jeweils vorangegangenen Medienepoche. Jede Medienepoche geht auf ihre Weise mit dem Sinnüberschuss um, der durch neue Verbreitungsmedien für Handeln und Erleben der Gesellschaft bereitgestellt wird. Der Bürger, der nur spricht, kann seine Freiheit und Abhängigkeit im Verhältnis zu Familie und Staat anders gestalten als die Bürger, die auch schreiben, auch drucken und auch elektronische Medien benutzen. Aber auch der Bürger, der nur spricht, muss Probleme der Kommunikation bewältigen, die der Bürger, der keine Sprache hatte und sich ausschließlich im Medium der Wahrnehmung bewegte, nicht hatte.

Medienepochen werden daher des Näheren durch die Probleme der Kommunikation beschrieben, die sie im Verhältnis zur früheren Medienepoche hervorrufen. Kommunikation gilt soziologisch insgesamt als unwahrscheinlich (Luhmann 1981), so dass neue Kommunikationsmedien eben nicht ökonomisch als Formen der Senkung möglicher Transaktionskosten beschrieben werden, sondern als Formen der Erneuerung einer strukturell und kulturell unter anderen Umständen schon bewältigten Unwahrscheinlichkeit.

Affinität

Der Bürger 1.0 ist daher der Bürger, der aus dem Paradies einer Kommunikation im Reich evidenter Wahrnehmung vertrieben wird und es lernen muss, mit dem Referenzproblem der Sprache umzugehen. Sprache bezieht sich auf Abwesendes, dessen Status nicht überprüft werden kann. Mit Sprache kann man lügen. Und welche Worte und Sätze wie verstanden werden, lässt sich im Fluss der Kommunikation sprachlich kaum, sondern allenfalls durch die Beobachtung anschließenden Handelns überprüfen. Andererseits gewinnt man durch den Wechsel zwischen Reden und Schweigen eine Distanz (Picard 2009), die noch feiner moderiert werden kann als zuvor der Wechsel zwischen Annäherung und Entfernung, Zuwendung und Abwendung. Man beginnt zu erzählen und muss Formen einer verdichteten Information bewältigen, an die zuvor nicht zu denken war (Schapp 1985).

Was bedeutet das für den Bürger 1.0? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Individuum, Familie und Staat im Fall der steinzeitlichen Gesellschaft? Diese Frage kann hier nur anekdotisch beantwortet werden. Für ein ausführliches

Studium der ethnographischen und ethnologischen Quellen fehlt der Platz, ganz zu schweigen davon, dass Jäger- und Sammler- sowie Hirten- und Bauerngesellschaften, heroische Hügel- und arbeitsame Talgesellschaften nicht über einen Kamm zu scheren sind. (Vgl. Graeber und Wengrow 2022) Aber einiges spricht dafür, dass nach dem Verhältnis von Familie und Staat oder „Naturzustand“ und Gesetz im Umkreis von Heirats- und Verwandtschaftsregeln gesucht werden muss und dass hier der Begriff der „Affinität“ eine gewisse Bedeutung für die Ausgestaltung individueller Spielräume hat (Viveiros de Castro 2016). Die Affinen sind die nicht Verwandten, aber auch nicht Verfeindeten. Die Kategorie der Affinität belegt, dass die Grenzen des Stamms nicht scharf gezogen sind und man daher aus wirtschaftlichen und zeremoniellen Gründen nach Allianzen suchen kann, in denen das Individuum sich rituell neu bestimmt. Für Nordamerika ist belegt, dass Clanstrukturen es ermöglichen, den gesamten Kontinent zu erwandern und so eine Selbständigkeit zu praktizieren, die weit über die Grenzen der Familie und des Stamms hinausreicht.

Der Bürger 1.0 ist derjenige, der anhand der Kategorie der Affinität zwischen Verwandtschaft und Feindschaft einen Spielraum individueller Selbständigkeit findet. Der Bürger entsteht als „Raubtier“, dem Gelegenheiten mehr gelten als Grenzen und der doch den Ritus auf seiner Seite weiß, um dem Gesetz zumindest im Nachhinein Genüge zu tun.² So bleibt auch die Selbständigkeit der Familie, die sich erweitert beziehungsweise reproduziert, ohne an allzu strikte Verwandtschaftsregeln gebunden zu sein, ebenso wie die Selbständigkeit des Staates, der sich im Gesetz des Ri-

tus wiederfindet, gewahrt. Selbst wenn die Frequenz dieses Raubtierverhaltens im Verhältnis zur Frequenz anderer Verhaltensweisen des Stamms niedrig sein sollte, wäre damit doch die Vermutung plausibilisiert, dass sich schon in der steinzeitlichen Gesellschaft ein Verhalten findet, das man als „bürgerlich“ im Sinne Hegels verstehen kann.

Selbstbeherrschung

Mit der Einführung und Durchsetzung der Schrift in den Hochkulturen Mesopotamiens, Ostasiens, Mittelamerikas, Afrikas und Europas treten neue Kommunikationsprobleme auf. Symbole vertreten nicht mehr nur das Abwesende und Täuschende, sondern auch das Vergangene und Zukünftige (vgl. Goody et al. 1981). Musste die steinzeitliche Gesellschaft nur zwischen Ewigkeit und Flüchtigkeit unterscheiden, so differenzieren sich in der antiken Gesellschaft die Zeithorizonte in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Sozialstruktur der Gesellschaft stellt um von strukturell ähnlichen Stämmen und Clans auf strukturell ungleiche Schichten. Aristokratie und Klerus profitieren von der Vergangenheit und planen für die Zukunft, während Jagd, Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft und Reproduktionsarbeit saisonal der Gegenwart verhaftet bleiben.

Eine funktionale Entsprechung für die Figur des Bürgers findet sich in der Antike nicht in der Stadtkultur, sondern in der Hauswirtschaft. Die Stadtkultur markiert die Schärfe der Differenz sozialer Schichten einschließlich einer Beschränkung „demokratischer“ Tendenzen auf das Gespräch der männlichen Aristokraten, während die Hauswirtschaft

ein neues Gleichgewicht zwischen Individualität, Naturzustand und Gesetz beziehungsweise Individuum, Familie und Staat findet, das um den zentralen Topos der Selbstbeherrschung, der *sophrosyne*, kreist (Xenophon 1956): Einen Oikos zu bewirtschaften, heißt für den Hausherrn, seine Frau anzuweisen, Kinder und Gesinde anzuweisen, Verzicht zu üben, um den Ertrag steigern zu können.

Das wird der bürgerliche Charakter schlechthin. Im Zentrum steht ein Individuum, das seine Bedürfnisse kennt, in der Familie mit den Bedürfnissen aller anderen konfrontiert ist und beginnt, die Gegenwart in eine Relation zur Zukunft zu setzen. Der Aufschub wird zum Gesetz. Der zukünftige Ertrag belohnt für den gegenwärtigen Verzicht. Das Individuum bestätigt seine Selbständigkeit, indem es auch mit der Zeit – und nicht nur mit den reziproken Verpflichtungen unter Seinesgleichen – rechnen lernt und sich nur dort unterwirft, wo es den eigenen Nutzen erhöht. Bürgerliche Individualität wird zu einer Frage des Diskontierungsfaktors der Gegenwart im Verhältnis zur Zukunft, mit einem Spielraum für die Verschwendung, wenn sie sich zum Beispiel als Gabe in einem Sozialkalkül behauptet. Selbstbeherrschung hat eine Form, deren Außenseite den Verzicht auf sie einschließt. Wichtig ist für den Bürger nur, dass er immer wieder zu ihr zurückkehrt. Er bleibt ein Raubtier, doch nun im Umgang mit der eigenen Bedürfnisstruktur. Seine Einverleibung gilt nun ihm selbst.

Der antike Bürger 2.0 profitiert nicht lesend und schreibend von der Schriftkultur, sondern indem er seine Lebensmaximen an deren Zeitverständnis orientiert. Das wird von der Aristokratie als genussfeindlich und vom Volk als geizig bezeichnet, aber der entscheidende Punkt ist der Gewinn

von Entscheidungsfähigkeit im Umgang mit Gegenwart und Zukunft.

Urteilkraft

Mit der Einführung und Durchsetzung des Buchdrucks entsteht die moderne Gesellschaft. Ab jetzt liest und schreibt zunehmend, wenn auch immer noch mit Ausnahmen, fast die gesamte Bevölkerung. Zusätzlich zu den Referenzproblemen der Sprache und zum Symbolüberschuss der Schrift bekommt die Gesellschaft es jetzt mit einem Kritiküberschuss zu tun (McLuhan 1968; Giesecke 1991). Die Bücher verbreiten Meinungen zu allem und jedem. Humanisten und Aufklärer ermuntern zum Gebrauch der eigenen Vernunft. Man liest – und kritisiert, quer durch die alten Schichten.

Die Gesellschaft wird dynamisch im Umgang mit ihrer eigenen Kontingenz. Traditionelle Auffassungen von Politik und Wirtschaft, Recht und Religion, Wissenschaft und Kunst werden nicht nur durch moderne Auffassungen überholt, sondern zunehmend differenziert sich, wie mit unterschiedlichen Themen umgegangen wird. An die Stelle der sozialen Schichten, die nicht verschwinden, aber zunehmend anachronistisch wirken, tritt eine funktionale Differenzierung der Gesellschaft, die das Individuum nicht mehr an seiner Herkunft, sondern an seiner Kompetenz im Umgang mit Macht und Geld, Liebe und Wahrheit, Glaube und Kunst misst. Jedem Individuum wird Zugang zu allen Funktionsbereichen der Gesellschaft in Aussicht gestellt. Das ist die eigentliche Revolution, die sich in England, Amerika, Frankreich und Russland je unterschiedlich vollzieht.

Der Bürger erhält erstmals seinen Namen. Der Bürger ist derjenige, der sich mit seiner Burg, das heißt unter weiteren Bürgern, in einer Öffentlichkeit bewegt, die bisher dem die Gesellschaft repräsentierenden Adel vorbehalten war, und sich auf ein Urteil verlässt, das in privaten Räumen lesend und schreibend vorbereitet wird (Koselleck 1973). Er ist derjenige, der sich in einer liberalisierten Gesellschaft seinen Interessen entsprechend verhält, aber nach wie vor sowohl an die Familie als auch an den Staat, an den Naturzustand seines Lebens und an das Gesetz, gebunden ist, die beide, ebenso wie er, als selbstständig gewertet werden. Die funktionale Ausdifferenzierung aller Teilbereiche der Gesellschaft inklusive des Individuums führt zu Entwicklungen, die den Abstimmungsbedarf untereinander auf Dauer stellen. Im Grunde genommen befindet sich die Gesellschaft dauerhaft in der Krise, so sehr sie auch von einer vernünftigen Ordnung der Verhältnisse träumt, die entweder vom Fortschritt und der diesen Fortschritt ermöglichenden Technik erwartet wird oder auf eine noch in der Tradition gehaltene Vergangenheit projiziert wird.

Kritik und Krise sind die Formen, mit denen auf Kritik und Krise reagiert wird. Bürger ist, wer diese Formen als Garanten eines dynamischen Gleichgewichts durchschaut und sich ebenso raubtierhaft wie selbstbeherrscht in diesen Formen bewegt. Bürger ist außerdem, wer sich vom Staat den Schutz aller vor allen verspricht, aber einer jetzt sichtbar werdenden „bürgerlichen“ Gesellschaft ein Eigenrecht zugesteht, das die Politik in ihre Schranken weist. An dieser Gesellschaft ist außer der Allgegenwart von Kritik und Krise nichts gewiss. Sie gleicht eher dem verlängerten

Naturzustand der Familie als dem Gesetz des Staates. Der Bürger 3.0 findet sich darin zurecht, indem er auf seiner Selbständigkeit besteht und die Allgemeinheit aller anderen selbständigen Individuen als seine Voraussetzung reflektiert. Er rechnet. Er übt sich in einem politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, religiösen und kulturellen Gleichgewicht, das nichts ausschließt, solange es mit allem anderen vereinbar bleibt. Wer diese Bedingung verletzt, wird zum Außenseiter. Wer ihr nicht genügt, wird zu einer Unterschicht, die das eigentliche Skandalon der bürgerlichen Gesellschaft ist, weil dort jede Beweglichkeit verloren geht. Bürger ist, wer seine Urteilskraft nicht nur in der Schwebelage halten kann, sondern sie in nahezu jedem Moment in ein Erleben und eine Handlung übersetzen kann, die die Verhältnisse ändert.

Erregung

Man muss sie durchzählen, um den Bürger 4.0 von allen früheren Versionen zu unterscheiden. Mit den elektronischen Medien entsteht eine nächste Gesellschaft (Drucker 2001), die mit neuen Problemen der Kommunikation die Struktur und Kultur der modernen Gesellschaft überfordert. Radio, Fernsehen, Computer und Internet ermöglichen nicht nur erstmals instantane Kommunikation über alle bisherigen räumlichen und zeitlichen Grenzen hinweg, sondern bewirken Kontrollstrukturen, die keinem bekannten Muster sei es der funktionalen Differenzierung, der sozialen Schichtung oder der Stämme und Clans mehr genügen. Zwar spielen diese alten Strukturformen der Gesellschaft nach wie vor eine Rolle, wenn sie nicht sogar als Wertesphären, Klassen

und Gemeinschaften eine neue Prominenz erfahren, aber zur dominanten Strukturform wird, wenn nicht alles täuscht, das Netzwerk (Castells 2001).

Der Bürger 4.0 kann sich nicht mehr nur auf Affinität, Selbstbeherrschung und Urteilskraft verlassen. Der Naturzustand seiner Familie ist in allen Fragen der Geschlechts-, Alters-, Vermögens- und Kompetenzstruktur der Gegenstand einer nicht enden wollenden Interpretation und Diskussion. Das Gesetz des Staates verliert und verdichtet sich in nationalen und internationalen Konstellationen. Die Selbständigkeit des Individuums reicht nur noch bis zur Darstellung eines Profils im Netz (Moeller und D'Ambrosio 2022). Die Prämisse der individuellen Undurchschaubarkeit, die in der liberalen Gesellschaft der Moderne zur Betriebsbedingung der Gesellschaft geworden ist, wird aufgegeben, um dem Individuum Identitätsleistungen abzuverlangen, die einem Netzwerk dabei helfen, die seine zu finden. Dabei hilft die immer mögliche Reaktion der Entnetzung (Stäheli 2021), die auf der Außenseite jeden Netzwerks bestätigt, dass ein Netzwerk keine scharf gezogenen Grenzen hat, sondern jederzeit mit Verlust und Gewinn weiterer Kontakte rechnet.

Der Bürger 4.0 ist der erregte Bürger. Er erregt sich, um teilzunehmen, und er erregt sich, um abzuschalten. Erregung ist die Form, die eine Reaktion ermöglicht, ohne verstanden, geschweige denn durchdrungen zu haben, worauf man sich einlässt. An die Stelle von Selbstbeherrschung und Urteilskraft, das heißt von Reflexion und Sachkenntnis, tritt eine Bestandsaufnahme von Nachbarschaften, die die Frage zu beantworten erlaubt, mit wem man etwas zu tun haben möchte und mit wem nicht, begleitet von einer scharfen Einschätzung der unscharfen Chancen, die sich

dadurch ergeben. Das Netzwerk ist mit allen seinen Eigenschaften ein Ungewissheitskalkül (White 1992, S. 17f.), das dabei hilft, nicht nur die eigene Position zu finden und zu halten, sondern sie auch mit möglichst geringem Aufwand zu variieren.

Dem Bürger 3.0 erscheint diese Heuristik der Erregung im Verhältnis zur Selbstbeherrschung und zur Urteilskraft früherer Zeiten wie eine Bankrotterklärung. Der moderne Bürger optiert im Zweifel für die Vernunft. Dem Bürger 4.0 bleibt jedoch kaum eine andere Wahl. Hinter seiner Maske einer blasierten Coolness, die er der Überflutung durch die Erregungen der Großstadt entgegensetzt (Simmel 1995), konzentriert er sich auf den Umgang mit einer Komplexität, die nicht mehr durch die Vernunft kontrolliert wird oder als Unvernunft ein pathologisches Interesse findet, sondern zum Normalfall einer Konstellation aufsteigt, die Körper, Geist und Gesellschaft in ihrem unvereinbaren Eigensinn aufeinander bezieht. Die Erregung ist eine Heuristik. Sie ist ein Register, mit dessen Hilfe der Körper den Geist, der Geist die Gesellschaft und die Gesellschaft den Körper wahrnimmt, ohne eine Adresse für die Antwort auf die Frage zu benötigen, woher die Erregung kommt. Die Erregung ist aussagekräftig, eben weil sie auf eine Komplexität, eine Vielfalt verweist, die auf keine Eindeutigkeit zu reduzieren ist, sondern Gefühl ebenso wie Gedanke und Gedanke ebenso wie Kommunikation ist.

Es ist schwer zu sagen, ob mithilfe dieser Erregung die Andockstellen oder die Ausstiegsgründe vervielfältigt werden. Man ist leichter ansprechbar und gerät leichter aus dem Tritt, lernt aber in jedem Fall etwas über sich, was aus den Augenwinkeln besser zu beobachten ist als durch direkte Überprüfung.

Kante, nicht Knoten

Die Politik der nächsten Gesellschaft ist inklusiv und exklusiv. Sie versammelt ihre Klientel in Safe Spaces, aus denen heraus zum Angriff geblasen wird. Erregte Bürger suchen nach ihren Positionen. Ihnen kommt eine Politik entgegen, die sich nicht mehr repräsentativ, sondern dialogisch und deliberativ versteht und dafür nach Adressen in Industrie und Zivilgesellschaft, Kirche und Wissenschaft, Recht und Erziehung sucht (Bevir 2010, 2013; August 2021; Baecker 2022). Netzwerke wollen nicht regiert werden, sondern benötigen Governance: eine Form der Selbststeuerung, die als Kontrolle, Kommunikation und Kalkül ausgelegt werden kann, um unter Betroffenen, Beobachtern und Beratern immer diejenigen Adressen ansprechen zu können, auf die andere Netzwerkpartner Wert legen (Mayntz 2005). Politik wäre bloße Moderation, ginge es nicht zugleich um die Ausübung einer Macht, die darüber entscheidet, wer gehört wird und wer nicht.

Die Kommunikation in sozialen Medien hilft dabei, Erregungspotentiale einzuschätzen, genügt aber nicht als Steuerungsmedium. Vielmehr zählt jede Art von Kommunikation, die in der Lage ist, Rat mit Drohung zu verknüpfen. Immer noch bewährt sich die liberale Politik als Kunst, Freiheitsgrade so einzurichten und aufrechtzuerhalten (Möllers 2020), dass Rat und Drohung wissen, dass sie es nicht nur mit einem politischen Gegenüber, sondern mit weiteren und mehr oder minder kalkulierbaren Adressen im Netzwerk zu tun haben. Erregung inklusive ihres Gegenteils, Gelassenheit, ist auch hier als ein zentraler Zug im Spiel. Sie erlaubt zu testen, wer sich worauf einlässt, wie verhandel-

bar eine Position ist und mit welchen Leerstellen für Überraschungen gerechnet werden kann.

Politik wird postdigital. Weit davon entfernt, sich auf die rechnenden Maschinen zu verlassen, geht es um Aufbau und Unterhaltung kommunikativer Netzwerke, an denen sich die Rechner mit Information, Gedächtnis und Verknüpfung zwar beteiligen, die Entscheidung über Richtung, Rücksicht und Verantwortung jedoch jederzeit bei Menschen liegt, genauer: bei der Art und Weise, wie Menschen untereinander vernetzt sind. Menschen, so kann man konzipieren, sind nicht die Knoten geschweige denn die Löcher beziehungsweise „Maschen“, sondern die Kanten eines Netzwerks (Wikipedia o.J. und Krämer 2016). Ihre Aktivität, ihr Handeln und Erleben entscheidet darüber, welche Ressourcen eines Netzwerks zwischen welchen Knoten ins Spiel kommen.

Kann man diese Menschen „Bürger“ nennen? Trifft auf sie die Einheit der Differenz von Selbständigkeit/Individualität, Naturzustand/Familie und Gesetz/Staat noch zu? Ist der Bürger 4.0 mit seinen Erregungszuständen in der Lage, Kante zu spielen, oder markiert er nicht vielmehr einen Aspekt jener Milieus, mit denen Politik zurande kommen muss, ohne sie anders als populistisch repräsentieren zu können? Diese Fragen sind kaum zu beantworten, weil sich mit den elektronischen Medien die Register und Protokolle der Gesellschaft derart verschieben, dass es kaum noch möglich ist, antike ebenso wie moderne Begriffe beizubehalten (Latour 1998; Galloway 2004; Galloway und Thacker 2007).

Aber vielleicht ist genau das der Einsatz einer Politik der nächsten Gesellschaft, die einem Anspruch auf partizipative Governance gerecht wird: den Bürger 4.0 zur

Kante zu machen, das heißt zu befähigen, Verbindungen in Netzwerken zwischen Themen, Organisationen, Entscheidungen und Bewertungen herzustellen und zu beurteilen. Die Erregung wäre dann nur eine erste Stufe im Umgang mit Komplexität. Ihr folgt in Bürgerräten und ähnlichen Formaten eine zweite Stufe, auf der es darum geht, die Einheit der Differenz von Selbständigkeit/Individualität, Naturzustand/Familie und Gesetz/Staat neu zu konkretisieren. Der Bürger 4.0 wäre derjenige, der um seine ökologischen Lebensbedingungen als Mensch mit Familie weiß, seine Selbständigkeit weniger als Prinzip der Interessenverfolgung, sondern als Prinzip der Verknüpfung und Bewertung von Information versteht und sich auf Gesetze beruft, die vor allem Verfahrensgesetze sind: Gesetze der Konsultation (Nanz und Leggewie 2018). Der Bürger 4.0 wäre derjenige, der planetarisch denkt und eine Verantwortung übernimmt, die seiner Rolle im Anthropozän gerecht wird (vgl. Latour 2018; Hanusch et al. 2021).

Die Familie bewährt sich im Wechsel der Generationen. Das Gesetz des Staates entscheidet zwischen Inklusion und Exklusion. Bürger ist und bleibt, wer im Wechsel der Generationen jene Selbständigkeit bewahrt, die die Option der Inklusion und Exklusion nicht aus der Hand gibt. Der Bürger behauptet seine Rechte als Menschenrechte. Gegen Menschenrechte als Bürgerrechte verstößt, wer andere nicht heraus- und nicht hineinlässt. Die elektronischen Medien stellen umfassende Möglichkeiten der Überwachung bereit. Erregt versucht der Bürger, die Kontrolle zu behalten. Es ist unklar, ob ihm das gelingt. Seit er spricht, hat er die Dinge nicht mehr in der Hand.

Anmerkung

- 1 Eine bündige Nacherzählung des Dramas der Differenz von der Familie über das Individuum und den Staat bis zur Gesellschaft findet sich in Hegel (1983, S. 122 ff.).
- 2 Viveiros de Castro (2016, S. 147 f.) spricht von einem subjektivierenden Raubtierverhalten, einem Verhalten der wechselseitigen Einverleibung, im Extremfall des Kannibalismus, das mit der Gabe und dem Tausch andere soziale Beziehungen erschließt als die neutrale Beziehung der Arbeit.

Literatur

August, V. (2021). *Technologisches Regieren: Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne: Foucault, Luhmann und die Kybernetik*. Bielefeld: transcript

Baecker, D. (2007). *Studien zur nächsten Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Baecker, D. (2018). *4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt*. Leipzig: Merve

Baecker, D. (2022). *Diesseits der Ausübung von Macht: Politik als Heuristik und Diskurs*. In K.-R. Korte, G. Scobel, & T. Yildiz (Hrsg.), *Heuristiken des politischen Entscheidens* (S. 148 – 178). Berlin: Suhrkamp

Bevir, M. (2010). *Democratic Governance*. Princeton, NJ: Princeton University Press

Bevir, M. (2013). *A Theory of Governance*. Berkeley, CA: University of California Press

Castells, M. (2001). *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich

Drucker, P. F. (2001, 3. November). The Next Society: A Survey of the Future. *The Economist*

Galloway, A. R. (2004). *Protocol: How Control Exists After Decentralization*. Cambridge, MA: MIT Press

Galloway, A. R., & Thacker, E. (2007). *The Exploit: A Theory of Networks*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press

Galtung, J. (1990). Cultural Violence. *Journal of Peace Research*, 27(3), 291–305

Giesecke, M. (1991). *Der Buchdruck in der frühen Neuzeit: Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Goody, J., Watt, I., & Gough, K. (1981). *Entstehung und Folgen der Schriftkultur*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Graeber, D., & Wengrow, D. (2022). *Anfänge: Eine neue Geschichte der Menschheit*. Stuttgart: Klett-Cotta

Hanusch, F., Leggewie, C., & Meyer, E. (Hrsg.) (2021). *Planetar denken: Ein Einstieg*. Bielefeld: transcript

Hegel, G. W. F. (1970). *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. Werke 7. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Hegel, G. W. F. (1983). *Philosophie des Rechts: Die Vorlesung von 1819/20 in einer Nachschrift* (Hrsg. von D. Henrich). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Koselleck, R. (1973). *Kritik und Krise: Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (Neuausgabe). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Krämer, S. (2016). Leibniz ein Vordenker der Idee des Netzes und des Netzwerkes? In M. Grötschel, E. Knobloch, J. Schiffers, M. Woisnitza, & G. M. Ziegler (Hrsg.), *Vision als Aufgabe: das Leibniz-Universum im 21. Jahrhundert* (S. 47–59). Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

- Latour, B. (1998). *Wir sind nie modern gewesen: Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Frankfurt a. M.: Fischer
- Latour, B. (2018). *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp
- Luhmann, N. (1981). Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation. In Ders., *Soziologische Aufklärung 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 25 – 49). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Malinowski, B. (2005). *Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Mayntz, R. (2005). Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie. In G. F. Schuppert (Hrsg.), *Governance-Forschung: Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien* (S. 11 – 20). Baden-Baden: Nomos
- McLuhan, M. (1968). *Die magischen Kanäle*. Düsseldorf: Econ
- McLuhan, M. (1986). *Die Gutenberg-Galaxis: Das Ende des Buchzeitalters*. Düsseldorf: Econ
- Moeller, H.-G., & D'Ambrosio, P. (2022). *Profile Yourself! Identity After Authenticity*. New York: Columbia University Press
- Möllers, C. (2020). *Freiheitsgrade: Elemente einer liberalen politischen Mechanik*. Berlin: Suhrkamp
- Nanz, P., & Leggewie, C. (2018). *Die Konsultative: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung* (erw. Neuauflage). Berlin: Wagenbach
- Picard, M. (2009). *Die Welt des Schweigens* (Neuauflage). Schaffhausen: Loco
- Schapp, W. (1985). *In Geschichten verstrickt: Zum Sein von Mensch und Ding* (3. Auflage). Frankfurt a. M.: Klostermann

Simmel, G. (1995). Die Großstädte und das Geistesleben. In Ders., *Gesamtausgabe, Bd 7: Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908, Bd I* (S. 116–131). Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Smith, A. (1978). *Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München: dtv

Stäheli, U. (2021). *Soziologie der Entnetzung*. Berlin: Suhrkamp

Viveiros de Castro, E. (2016). Das Problem der Affinität in Amazonien. In Ders., *Die Unbeständigkeit der wilden Seele* (2. Auflage, S. 76–160). Wien: Turia + Kant

White, H. C. (1992). *Identity and Control: A Structural Theory of Action*. Princeton, NJ: Princeton University Press

Wikipedia (o.J.). Netzwerk. <https://de.wikipedia.org/wiki/Netzwerk> (abgerufen am 11. Juli 2022).

Xenophon (1956). Oikonomikos: Die Hauswirtschaftslehre. In Ders., *Sokratische Schriften* (hrsg. von Ernst Bux, S. 235–302). Stuttgart: Kröner

Der Autor

Dirk Baecker ist Soziologe und Seniorprofessor für Organisations- und Gesellschaftstheorie an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift *Soziale Systeme* und im Beirat der Zeitschrift *Cybernetics and Human Knowing*.

Lisa Herzog

Freiheit oder Gleichheit? Gleiche Freiheit!



Kritik an sozialer Ungleichheit lässt sich nicht nur aus der Perspektive abstrakter Gerechtigkeitsideale formulieren. Jede:r, der und die es mit der Demokratie ernst meint, muss sich die Frage stellen, wie viel Ungleichheit mit der Freiheit aller, sich als Gleiche:r unter Gleichen zu erleben, kompatibel ist.

Freiheit und Gleichheit, diese beiden Werte werden oft als die großen Gegenpole in westlichen politischen Systemen dargestellt. „Rechts“ will man mehr Freiheit, oft verstanden als Abwesenheit staatlicher Eingriffe, „links“ geht es um Gleichheit, die mit staatlichen Maßnahmen durchgesetzt werden muss. Doch dieses Bild wird der komplexen politischen Wirklichkeit heutiger Gesellschaften kaum noch gerecht (siehe auch Nassehi 2017). Und es übersieht, dass es die Demokratie selbst ist, die bestimmte Formen *gleicher Freiheit* zwingend erfordert.

Auf die Frage, auf welchen Freiheiten die Demokratie gründet, welche sie gefährdet, und welche sie fördert, gibt es viele mögliche Antworten – doch am fundamentalsten scheint mir der Zusammenhang zwischen Demokratie und einer bestimmten Form von Freiheit: der, als Gleiche:r unter Gleichen zu leben. Diese Freiheit ist selbst voraussetzungsreich, sie verlangt, dass bestimmte Abwehrrechte und damit „negative Freiheiten“ gegeben sind, und sie erfordert, dass die gesellschaftlichen Strukturen allen Mitgliedern der Gesellschaft das nötige Mindestmaß an materiellen Ressourcen sichern, was manchmal als „positive Freiheit“ verstanden wird (Herzog 2013). Die Freiheit, sich als Gleiche:r unter Gleichen zu erleben, ist nicht an Homogenität gebunden, im Gegenteil: sie ermöglicht und stützt die Vielfalt an Hintergründen und Lebensformen, die unser gesellschaftliches Leben bereichert. Aber sie zieht klare Grenzen für die Arten und Ausmaße von Ungleichheit, die eine Demokratie zulassen kann. Denn jenseits dieser Grenzen wird diese Form von Freiheit verunmöglicht und Demokratie untergraben.¹

Es ist ein interessantes Gedankenexperiment, sich auszumalen, wie die Begegnung zwischen den reichsten und den ärmsten Einwohner:innen eines Landes in verschiedenen Demokratien aussehen würde – „Gedankenexperiment“, weil derartige Begegnungen leider kaum stattfinden. Aber wenn es sie gäbe, wie würden die Beteiligten es empfinden? Würden diese Menschen sich auf Augenhöhe begegnen? Könnten sie sich ehrlich die Meinung sagen? Oder wäre die Begegnung von Angst und Unterwürfigkeit auf der einen Seite und Überheblichkeit und Arroganz auf der anderen geprägt? Wie sähe es aus, wenn ein Rechtskonflikt oder ein Kampf um die öffentliche Meinung zwischen diesen beiden Parteien ausbräche? Wären Liebesbeziehungen zwischen Angehörigen dieser Gruppen möglich, wie sähe es mit beruflichen Partnerschaften aus? Und was sagen die Ergebnisse dieses Gedankenexperiments darüber aus, wie tief demokratische Werte und Prinzipien wirklich in unseren Gesellschaften verankert sind?

Die Tradition der republikanischen Freiheit

Wer die Freiheit, als Gleiche:r unter Gleichen zu leben, verteidigt, sieht sich sofort dem Vorwurf ausgesetzt, damit im Namen der Freiheit einen anderen Wert einschmuggeln zu wollen. Doch dieser Vorwurf verkennt, dass diese Freiheit im Zentrum einer der ältesten Traditionen des westlichen politischen Denkens steht: der republikanischen Tradition. Denn die Freiheit, als Gleiche:r unter Gleichen zu leben, ist die andere Seite der Medaille, nicht unter der willkürlichen Herrschaft eines Dritten zu stehen, zum Beispiel eines Ty-

rannen (siehe z. B. Pettit 1997; Skinner 1998). Von der Willkür eines/einer anderen abhängig zu sein, ist auch dann eine Form der Freiheitseinschränkung, wenn diese Person einem viel Spielraum lässt. Dieses Argument wird oft mit dem Beispiel des nachlässigen Sklavenhalters illustriert, der seinen Sklav:innen viele Freiheiten im Sinne der Abwesenheit von Hindernissen zugesteht – und der diese Zugeständnisse dennoch jederzeit rückgängig machen könnte. Sklav:innen sind aufgrund ihres *Status* unfrei. Der Gegensatz dazu ist der Status der freien Bürgerin oder des freien Bürgers, die nur den gemeinsam erlassenen Gesetzen der Gemeinschaft unterworfen sind, die sie selbst mitgestalten, und gleichzeitig durch basale Bürgerrechte vor einer möglichen „Tyrannei der Mehrheit“ geschützt sind.

Natürlich ist die Umsetzung dieser Freiheit in großen, komplexen Gesellschaften institutionell aufwendig. Es führt nicht weiter, eine Art Rousseau'schen Gemeinwillen zu postulieren und damit die komplexen Prozesse gesellschaftlicher Meinungsbildung auszublenden – und auch die vielen Probleme von Ungleichheit und Ausschluss, die dabei entstehen können. Vielmehr muss es darum gehen, die Institutionen von Rechtsstaat und Demokratie so auszugestalten, dass das Prinzip der Gleichheit aller Bürger:innen in ihnen bestmöglich zum Ausdruck kommt. Das verlangt unterschiedliche Formen von Repräsentation und Mitsprachemöglichkeiten, aber auch „checks and balances“, die zuverlässig verhindern, dass in die Rechte einzelner unverhältnismäßig eingegriffen wird. Gleichzeitig muss die Funktionalität von politischen Institutionen gewahrt bleiben, indem zum Beispiel klare Regeln für das Zustandekommen von Entscheidungen bestimmt werden.

Dieses Verständnis von Demokratie gesteht zu, dass die Abwägung unterschiedlicher Freiheiten ein komplexer Prozess ist. Das ist angesichts der zahlreichen sozialen Beziehungen, in denen Menschen untereinander stehen, aber auch nicht anders zu erwarten. Gerade ein „negatives“ Verständnis von Freiheit, das vor allem die Abwehr staatlicher Eingriffe betont, baut oft implizit auf einer atomistischen Vorstellung des Menschen auf, die vernachlässigt, dass die Verwirklichung von Freiheit gerade in sozialen Beziehungen stattfindet – wenn diese entsprechend ausgestaltet sind. Gleichzeitig gesteht es gegenüber normativ noch anspruchsvolleren Vorstellungen von „sozialer“ Freiheit (z. B. Honneth 2011) zu, dass nicht *alle* menschlichen Beziehungen im Sinne einer positiven Komplementarität ausgestaltet werden können, in der die Freiheit der einen die Freiheit des anderen konstitutiv voraussetzt.

Situationen des Konflikts sind angesichts natürlicher Knappheiten unvermeidlich; für sie müssen friedliche Lösungsmechanismen gefunden werden. Intensive, nach dem Modell der Liebesbeziehung oder Familie verstandene Beziehungen können nur in kleineren Gruppen, nicht auf der Ebene ganzer Gesellschaften, stattfinden. Allerdings können auch die Mitglieder ganzer Gesellschaften sich dafür einsetzen, dass die gleichen Rechte und der gleiche Status anderer Gesellschaftsmitglieder gegen Bedrohungen geschützt werden. Sie müssen sich als potentielle Partner:innen in gemeinsamen Projekten, zum Beispiel zur Organisation politischer Veranstaltungen, sehen können – oder auch als gleichberechtigte Gegner:innen, die aber die Grundprinzipien der Demokratie dennoch

gemeinsam tragen. Diese Art von egalitärer Solidarität ist für Demokratien unverzichtbar.

Die republikanische Tradition hat eine natürliche Affinität zu einem Verständnis von Demokratie als nicht nur repräsentativ, sondern auch partizipativ (z. B. Pateman 1970). Ohne die Bedeutung repräsentativer Strukturen leugnen zu wollen, betont diese Richtung demokratischen Denkens die Einbindung aller Bürger:innen in demokratische Prozesse, nicht nur im politischen Geschehen auf großer (sprich nationaler) Bühne, sondern auch auf allen Ebenen föderaler Strukturen und auch in Bereichen des Lebens, die oft nicht als „politisch“ im engeren Sinne gefasst werden, zum Beispiel der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Denn nur, wenn Demokratie im Alltag der Einzelnen, in ihren Begegnungen untereinander und in der Gestaltung ihrer gemeinsamen Praktiken und Regeln verwurzelt ist, kann eine wirklich demokratische Haltung entstehen, die das Versprechen einlöst, nicht der Willkür anderer unterworfen zu sein.

Eine weitere Affinität besteht zu „epistemischen“ Theorien der Demokratie (z. B. Landemore 2013). Diese betonen, dass durch demokratische Prozesse – des Wählens, vor allem aber der vorangehenden gemeinsamen Deliberation – das „Wissen der Vielen“ in den politischen Prozess eingebracht werden kann. Die Vielfalt an Perspektiven erlaubt es, politische Probleme unterschiedlich zu beleuchten, oder sie überhaupt erst als Probleme zu artikulieren und ihnen eine diskursive Form zu geben, in der sie bearbeitbar werden. Wenn nur bestimmte Gruppen oder soziale Klassen an der politischen Diskussion teilnehmen, fallen die Interessen der anderen allzu leicht unter den Tisch. Dasselbe droht,

wenn ungleiche Machtverteilung den Diskurs verzerrt: dann bekommen manche Positionen übermäßiges Gewicht, während andere aus Angst oder Frustration heraus überhaupt nicht geäußert werden. Können dagegen Bürger:innen aus ganz unterschiedlichen Hintergründen und mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten ihre Argumente in die Debatte einbringen, erhöht das die Chance, dass blinde Flecken vermieden, gute Ideen aufgegriffen, und die bestmöglichen Kompromisse gefunden werden. Das wiederum erhöht die Legitimität demokratischer Entscheidungen, die auch für diejenigen akzeptabler werden, die in einem konkreten Fall eine Niederlage erleiden.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen gleicher republikanischer Freiheit

Allerdings drohen all diese schönen Ideale – für die man durchaus auf gewisse Realisierungsansätze in der politischen Wirklichkeit verweisen kann – zu scheitern, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen einer Gesellschaft gleichberechtigte Verhältnisse unter ihren Bürger:innen unterminieren. Je nach historischer und geographischer Lage kommen die Bedrohungen dabei aus unterschiedlichen Richtungen. Mal sind es religiöse Vorurteile gegenüber Minderheiten, mal sind es jahrhundertealte Konflikte zwischen verschiedenen Ethnien, mal die von populistische Politiker:innen angeheizten Spannungen eines kulturpolitischen „wir“ gegen „die,“ und an den unterschiedlichsten Stellen, selbst in den scheinbar aufgeklärtesten Kreisen, halten sich hartnäckig sexistische und rassistische Strukturen und Vorurteile.

Ich möchte vor allem auf die Bedrohungen gleicher republikanischer Freiheit genauer eingehen, die sich durch eine immer stärker wachsende *soziale* Ungleichheit ergeben. Ein ungezügelter Kapitalismus – wirtschaftliche Freiheit vor allem für diejenigen, die sie rücksichtslos gebrauchen – gefährdet die Demokratie, weil er ihre sozialen Grundlagen unterminiert. Die ökonomischen und soziologischen Fakten variieren zwischen unterschiedlichen demokratischen Ländern, doch die Tendenzen der letzten Jahrzehnte gleichen sich (Piketty 2014). Während die Löhne und Gehälter der mittleren Einkommensklassen in den letzten 30 Jahren kaum gewachsen sind, konzentrieren sich hohe Einkommen und Vermögen bei einer kleinen Klasse von „Superreichen“. Am unteren Ende der Einkommensskala herrschen prekäre Arbeitsverhältnisse vor, wobei Alleinerziehende (typischerweise Frauen) aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten oft besonders schwer der Teilzeit- und Niedriglohnfalle entkommen können. Im Bereich der Normalverdienenden tut sich die Kluft auf zwischen denjenigen, die Vermögen, zum Beispiel in Form von Immobilien, erben, und denen, die dies nicht tun. In Europa wird durch steuerliche Umverteilung und wohlfahrtsstaatliche Unterstützung die Ungleichheit etwas reduziert, zumindest ihr Anstieg konnte zeitweise abgebremst werden. Trotzdem hat sich die Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg offenbar bis weit in die Mittelschicht hineingefressen.

Die sich daraus ergebenden Formen von Ungleichheit kann man in vielen Fällen als ungerecht kritisieren; nicht zuletzt macht wachsende materielle Ungleichheit es tendenziell auch schwieriger, die Chancengleichheit in zukünfti-

gen Generationen zu erhalten (z. B. Walton und Camia 2013). Doch ich möchte hier vor allem betonen, dass es auch aus *demokratiethoretischer* Sicht problematisch ist, wenn die materiellen Verhältnisse sich immer weiter auseinanderentwickeln und sich die unterschiedlichen Milieus so verfestigen, dass zwischen ihnen die Kontakte immer geringer werden – außer in Rollen, in denen es eine klare Über- und Unterordnung gibt, etwa in Form von Putzpersonal, das über eine App ins Haus bestellt wird. Das verringert nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass Individuen sich als Gleiche unter Gleichen empfinden. Es birgt auch das Risiko, dass das allgemeine Vertrauen in die Mitbürger:innen sinkt. Wie zahlreiche Studien bestätigen, sind ökonomisch ungleiche Gesellschaften mit höherer Wahrscheinlichkeit auch sogenannte „low trust“-Gesellschaften, in denen die Menschen angeben, dass man anderen, außerhalb von Familie und Freundeskreis, grundsätzlich nicht vertrauen könnte (Rothstein und Uslaner 2005). Nun müssen und können, wie oben schon erwähnt, die Bürger:innen einer Demokratie keine familiären Verhältnisse untereinander entwickeln. Ein gewisses Vertrauen stärkt jedoch die Chance, dass Menschen miteinander ins Gespräch kommen oder sich gemeinsam für politische Anliegen engagieren – und dies sind Dinge, die Demokratien dringend brauchen.

Eine weitere Gefahr ist, dass materielle Ungleichheiten in Ungleichheiten anderer Art übersetzt werden, die zentrale Werte des demokratischen Zusammenlebens unterminieren. Polemisch gesagt: wäre alles, was die Reichen mit ihrem Geld tun, davon Schweizer Uhren zu kaufen, wäre das demokratiethoretisch harmlos. Doch sie können davon auch

teure Anwält:innen, den Zugang zu politischen Kreisen, Privatschulen für ihre Kinder oder mediale Aufmerksamkeit bezahlen. Und selbst, wenn sie dies nicht beabsichtigen sollten, gefährden sie damit den gleichen Status und die Handlungsmöglichkeiten weniger betuchter Gesellschaftsmitglieder. Denn viele der Güter, um die es hier gibt, haben *positionale* Züge, das heißt ihr Wert hängt ganz oder teilweise davon ab, wo auf der Skala bestimmter Güter man steht (z. B. Frank 2011). Wie viel die Anwältin „wert“ ist, die man sich mit einem normalen Einkommen leisten kann, hängt teilweise davon ab, wie gut die Anwälte sind, die sich der juristische Gegner leisten kann. Nur zehn Prozent der Kinder können auf die zehn Prozent „besten“ Schulen (wie auch immer man das genau verstehen möchte) gehen, und wenn das Geld mancher Eltern hier Vorsprünge verschafft, haben andere das Nachsehen – zum Beispiel weil dann teure Freizeitaktivitäten oder Auslandsaufenthalte zur Voraussetzung für den Einstieg in bestimmte Berufe werden.

Kritik an sozialer Ungleichheit lässt sich von daher nicht nur aus der Perspektive abstrakter Gerechtigkeitsideale formulieren. Jede:r, der und die es mit der Demokratie ernst meint, muss sich die Frage stellen, wie viel Ungleichheit mit der Freiheit aller, sich als Gleiche:r unter Gleichen zu erleben, kompatibel ist. Politikwissenschaftler:innen bescheinigen vor allem den USA, in dieser Hinsicht längst eine Oligarchie zu sein, in der nicht nur politischer Einfluss käuflich ist (z. B. Gilens 2005), sondern auch in zahlreichen anderen Feldern der Einfluss des Geldes viel zu groß geworden ist, zum Beispiel durch die soziale Praxis der außergerichtlichen Vergleiche auch im Rechtswesen. Europäische Demokratien

müssen sich viel klarer, als sie das bisher getan haben, gegen ein derartiges Abgleiten in „postdemokratische“ (Crouch 2004) Zustände stemmen.

Ein dritter Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die konkreten Formen des Zusammenlebens in der Arbeitswelt, die in demokratischen Gesellschaften vorherrschen. Gerade in Gesellschaften, in denen sich die sozialen Milieus immer stärker voneinander entfernen, ist es oft die Arbeitswelt, die Menschen miteinander in Berührung bringt (und wie viel verlorengeht, wenn dies nur noch vom „Homeoffice“ aus über den Bildschirm passiert, haben viele von uns während der Corona-Lockdowns am eigenen Leib erlebt, auch wenn es ein Privileg ist, sich vor gesundheitlichen Risiken schützen zu können). Aber wie begegnen sie sich dort – als grundsätzlich Gleiche, die trotz unterschiedlicher Rollen alle bestimmte Rechte genießen und Mitspracherechte bei der Ausgestaltung der Arbeitswelt haben? Oder in Verhältnissen, die, wenn nicht denen von Sklavenhalter:innen und Sklav:innen, dann doch denen feudaler Abhängigkeitsverhältnisse gleichen?

Wie man sich selbst und andere in der Arbeitswelt erlebt, hat bei sehr vielen Menschen einen prägenden Einfluss auf ihre grundlegende Selbstsicht und ihr Bild von der Gesellschaft. Wenn man acht (oder mehr!) Stunden am Tag Untergebene:r ist und sich als passiv und abhängig erleben muss, wie kann man dann den Bürger:innensinn entwickeln, der zur gleichberechtigten Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen befähigt? Umgekehrt hat die partizipative Demokratietheorie schon lange postuliert, dass es einen „spillover“-Effekt zwischen demokratischen Praktiken in der

Arbeitswelt und der demokratischen Beteiligung von Bürger:innen in Zivilgesellschaft und Politik gibt (z. B. Pateman 1970). Die grundlegende Idee ist einfach: wer im eigenen Alltag erlebt und erlernt, gemeinsam mit anderen Projekte anzugehen, Prozesse zu gestalten und Entscheidungen zu treffen, kann diese Fähigkeiten auch in anderen Bereichen einsetzen. Auch das Verständnis dafür, dass Politik ein komplizierter Prozess ist, in dem um die besten und gerechtesten Lösungen hart gerungen werden muss, kann dadurch verbessert werden.

Verschiedene Studien haben versucht, diese These empirisch zu untermauern, was jedoch methodische Schwierigkeiten aufwirft (für einen Überblick siehe Carter 2006). Zumindest, was demokratische *Haltungen* angeht, sind einige neuere Daten aus Deutschland besonders interessant. In der 2020er *Leipziger Autoritarismusstudie* haben die Autor:innen das Konstrukt der „industrial citizenship“ verwendet, um den Zusammenhang zwischen dem Erleben der Arbeitswelt und demokratischen Positionen zu erforschen (Decker und Brähler 2020). Dieses Konstrukt setzt sich aus den Antworten auf vier Aussagen zusammen, die im Fragebogen erfasst werden: „Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen“, „In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen“, „Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen“, und „Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern.“ (ebda, S. 130-131) Wer sich im Arbeitsalltag respektiert fühlt und eigene Handlungsfähigkeit erleben kann, bei dem ist es

statistisch gesehen viel wahrscheinlicher, dass er oder sie prodemokratische Haltungen teilt und rechtsextreme Einstellungen und Ungleichwertigkeitsideologien (z. B. Sexismus) ablehnt (ebda, S. 135-138).

Gleichheitssichernde Institutionen, gleichheitssichernde Kultur

Die Freiheit, sich als Gleiche:r unter Gleichen zu erleben, benötigt zahlreiche Institutionen, die vor Willkür und Abwertung schützen. Wenn zum Beispiel eine ungerechtfertigte Kündigung ausgesprochen wird, muss es Möglichkeiten des Einspruchs und notfalls auch der gerichtlichen Klärung geben. Und es darf dabei keine Rolle spielen, ob es sich um eine Person mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne privilegierte Herkunft handelt. Traurigerweise ist es so, dass diejenigen Menschen, die auch anderweitig schon benachteiligt sind, oft in Positionen arbeiten, in denen ihnen diese Art von Schutz versagt bleibt. Wenn eine Uber-Fahrerin eine schlechte Bewertung bekommt und ihr Account gesperrt wird, weil sie auf die Avancen eines betrunkenen Fahrgastes nicht eingeht, stellt sich kein Betriebsrat dagegen und die Möglichkeiten des Einspruchs sind oft aufwendig und wenig erfolgversprechend. Gerade in vielen Bereichen der plattform-basierten Dienstleistungsarbeit muss die institutionelle Einbettung der Arbeitsverhältnisse dringend nachgebessert werden.

Doch Institutionen können nur so stark sein wie die Menschen, die die Rollen in ihnen ausfüllen. Deswegen braucht es auch eine *Kultur* gleichen Respekts, die von einer

hinreichend großen Zahl an Menschen mitgetragen wird. Dazu gehört, dass die Unterschiedlichkeit von beruflichen und gesellschaftlichen Rollen in ihren gegenseitigen Ergänzungsverhältnissen gesehen wird, anstatt dass ständig in Hierarchien gedacht wird. Statt Arbeitswelt und Gesellschaft ausschließlich in Kategorien „oben“ und „unten“ zu sehen, müsste es vielmehr das „Nebeneinander“ sein, das zählt: jede einzelne Person kann ihre Aufgaben nur erledigen, weil andere Personen andere Aufgaben erfüllen, und das gilt vom Putzpersonal bis zum CEO oder der Behördenchefin. Es wäre freilich einfacher, diese horizontale Logik zu verinnerlichen, wenn auch die Gehälter weniger weit auseinanderklaffen würden – ein Punkt, der radikal klingen mag, sich aber sowohl aus der gegenseitigen Abhängigkeit unterschiedlicher beruflicher Rollen als auch aus dem Verständnis von Demokratie als einer Gesellschaft der Gleichen zwingend ergibt.

Heißt das, dass es *keinerlei* unterschiedliche Bezahlung und keinerlei Hierarchien mehr geben sollte? Das folgt daraus nicht – die Frage ist vielmehr, wie viel davon zur Erreichung bestimmter funktionaler Ziele, zum Beispiel als Anreiz für das Inkaufnehmen längerer Ausbildungsphasen, *notwendig* und gleichzeitig mit einer grundsätzlichen Kultur des gleichen Respekts *vereinbar* ist. Viel hängt von der konkreten Ausgestaltung ab: so ist zum Beispiel völlig klar, dass bestimmte Rollen nur von denjenigen eingenommen werden können, die über bestimmte Fähigkeiten verfügen, oder dass zum Lösen von Konflikten und zur Koordination von Aufgaben bestimmte – vielleicht auch nur temporäre – hierarchische Rollen hilfreich sein können. Aber das

bedeutet nicht, dass nicht trotzdem in Bezug auf manche Aspekte der Aufgaben die Chefin oder der Chef den Angestellten Rechenschaft schuldig sein sollte, dass er oder sie von den Angestellten gewählt werden könnte, und dass es passende Formen der Mitsprache und Interessenvertretung geben sollte. Je demokratischer die Wirtschaft gestaltet wird, desto eher kann sie mit den Werten und Prinzipien der politischen Demokratie kompatibel gehalten werden.

Und es würde auch helfen, wenn sich gelegentlich umkehrt, wer „oben“ und wer „unten“ steht. In einer wirklich demokratischen Gesellschaft, mit einer Kultur der Gleichheit, wäre es nicht so, dass die immer gleichen „üblichen Verdächtigen“ in allen gesellschaftlichen Bereichen das Sagen hätten. Stattdessen gäbe es eine Durchmischung der Beziehungen: diejenige, die im Betrieb die Chefin ist, ist zum Beispiel im Sportverein oder der Ortsgruppe der Partei einfaches Team-Mitglied, unter Leitung von jemand, der im Beruf selbst nicht besonders weit „oben“ ist. Vielleicht könnte es irgendwann sogar gelingen, dass „oben“ und „unten“ überhaupt nicht mehr die Kategorien wären, in denen die Mitglieder einer Gesellschaft über ihre Rollen nachdenken – dann wäre eine wirklich demokratische Kultur erreicht.

Anmerkung

- 1 Darüber hinaus stellen sich drängende Fragen nach dem Zusammenhang zwischen der derzeitigen Form eines ungezügelten Kapitalismus und den planetaren Grenzen, auf die ich hier jedoch aus Platzgründen nicht näher eingehen kann.

Literatur

Carter, N. (2006). Political participation and the workplace: The spillover thesis revisited. *The British Journal of Politics & International Relations*, 8(3), 410 – 426

Crouch, C. (2004). *Post Democracy*. Cambridge: Polity

Decker, O., & Brähler, E. (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag

Frank, R. H. (2011). *The Darwin Economy: Liberty, Competition, and the Common Good*. Princeton, NJ: Princeton University Press

Gilens, M. (2005). Inequality and Democratic Responsiveness. *Public Opinion Quarterly*, 69(5), 778 – 96

Herzog, L. (2013). *Freiheit gehört nicht nur den Reichen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus*. München: C. H. Beck

Honneth, A. (2011). *Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp

Landemore, H. (2013). *Democratic Reason*. Princeton: Princeton University Press

Nassehi, A. (2017). *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Hamburg: Murmann

Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press

Pettit, P. (1997). *Republicanism: A Theory of Freedom and Government*. Oxford: Oxford University Press

Piketty, T. (2014). *Capital in the 21st Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press

Rothstein, B., & Uslaner, E. M. (2005). All for All: Equality, Corruption, and Social Trust. *World Politics*, 58(1), 41 – 72

Skinner, Q. (1998). *Liberty before Liberalism*. Cambridge: Cambridge University Press

Walton, A., & Camia, V. (2013). Fraternal Society in Rawls' Property-Owning Democracy. *Analyse & Kritik*, 35(1), 163 – 186. <https://doi.org/10.1515/auk-2013-0113> (abgerufen am 11. Juli 2022).

Die Autorin

Lisa Herzog ist Professorin für Politische Philosophie und Direktorin des Center for Philosophy, Politics and Economics an der Rijksuniversität Groningen, Niederlande. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftsphilosophie, Gerechtigkeitstheorien, Wirtschaftsdemokratie.

Wichtige Veröffentlichungen: *Inventing the Market. Smith, Hegel, and Political Theory* (OUP, 2013), *Reclaiming the System: Moral Responsibility, Divided Labour, and the Role of Organizations in Society* (OUP, 2018), *Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf* (Hanser Berlin, 2019).

Imran Ayata

Leben, lieben, kämpfen – in einem anderen Land



*Es bedarf eines Perspektivwechsels,
der darin besteht, Einwanderung
und Migration als nichts Temporäres
oder Vergängliches, sondern als
gesellschaftliche Normalität zu begreifen.
Denn das Jahrhundert der Migration
hat für Almanyā erst begonnen.*

Welches Zuhause?

Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen seinen Nachbarstaat Ukraine ist wiederkehrend nicht nur von einer Zeitenwende die Rede, sondern auch vom ersten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Welches Verständnis von Europa dieser Feststellung auch zugrunde liegen mag, das ehemalige Jugoslawien scheint nicht Teil davon zu sein. Die Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, die 1991 begannen und zehn Jahre dauerten, waren für mich aber genau das: ein Krieg in Europa, der ein Ende und einen Anfang zugleich markierte. Vorbei war es mit der Legende, dass Krieg früher war. Krieg, das war immer ganz weit weg. Krieg, das war Schulunterricht. Krieg, das war Hitler. Und dann brach er in jenem Land aus, das ich als Autoputland kannte. Und als Titoland.

Damals teilte sich meine Großfamilie in einen pro- und einen anti-sowjetischen Block. Besonders viele sympathisierten mit dem Maoismus. Selbst Enver Hoxha-Groupies ließen sich in meiner Familya ausmachen. Nur zu Titos Jugoslawien schien sich kein Verwandter zu bekennen. Als dann der Staatschef Jugoslawiens starb, war mein Vater trotzdem traurig. Die Mulatos, unsere jugoslawischen Hausgenossen, die im Laufe der Kriegsjahre zu serbischen Nachbarn wurden, waren sehr viel trauriger. „Ach, Komšija, Tito war guter Mann, Tito war Frieden“, prostete Gospodin Mulato im Hof meinem Vater nostalgisch zu, der zustimmend ein doppeltes „Jawohl, richtig!“ entgegnete. Frau Maier, unsere einzige deutsche Nachbarin in der stabilen 18-Familien-Kanakenhood, wütete von ihrem Küchenfenster, die Herr-

schaften sollten ihre Heimatangelegenheiten leise oder am besten woanders klären.

Die Kriege in Jugoslawien veränderten das Leben meiner Eltern in Ulm und das von vielen Einwanderinnen und Einwanderern aus der Türkei in Deutschland, die nicht mehr mit dem Auto in den Sommerferien in das Land fuhren, aus dem sie als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter gekommen waren. Fortan wurde geflogen, was anfangs sehr teuer war, bis sich Jahre später der Billigfliegertourismus durchsetzte. Man verplemperte nicht mehr Urlaubstage auf dem Autoput, der Europastraße 5, die wir E5 nannten. E5, so als wäre es Vitaminersatz. Einige Wochen vor dem Beginn der Schulferien hatte sich unsere kleine Wohnung in ein Ausnahmegebiet verwandelt, dominiert vom Diktat der Reisevorbereitungen. An diesen Tagen eilten meine Eltern nach Feierabend von einem Kaufhaus zum anderen, von einem Geschäft zum nächsten. Viel Zeit blieb ihnen für das Shopping nicht. Die Geschäfte schlossen wochentags um 18 Uhr, an Samstagen schon am frühen Nachmittag. Sale hieß noch Winter- oder Sommerschlussverkauf, letzterer fand zum Leidwesen meiner Familie meist erst nach unserem Türkeiurlaub statt.

In den Sommerferien kannten wir nur eine Destination: die Türkei. Meine Mitschülerinnen und Mitschüler erzählten von Ferien in Ländern, auf die ich in Landkarten zeigen konnte. Dafür kannte ich den Autoput, das eigenartige Grau, das uns nach Villach umgab, die Strecke zwischen Zagreb und Belgrad, die mir endlos vorkam, obwohl mein Vater schnell fuhr und selbst in brenzligen Situationen zu Überholmanövern ansetzte, gegen die meine Mutter ohne

Unterlass rebellierte. Meine Schwester und ich schlugen uns mal auf ihre, mal auf seine Seite.

Auch auf der Rückbank hatte jeder seine Seite, und wehe einer überschritt die imaginäre Grenzziehung, die mitten durch den Rücksitz verlief. Rassismus ging damals anders: Wir hörten von Geschichten, in denen großgewachsene Jugoslawen auf der E5 mit Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern aus der Türkei auf dem Weg in die Heimat Schnipp Schnapp machten und sie anschließend in Kühlschränken einfroren. Auch wenn wir uns über diese Horrormärchen amüsierten, ein bisschen furchteinflößend fanden wir sie trotzdem. Verwundert waren wir über Einheimische in Bulgarien, die in gebrochenem Türkisch auf Rastplätzen uns nach Musikkassetten von Zeki Müren, Bülent Ersoy und Samime Sanay fragten. Meine Eltern hatten Mitleid mit ihnen, sie hätten wohl eine solche Sehnsucht nach der „Musik ihrer Heimat“. Noch ehe ich nachfragen konnte, was es denn mit den Parkplatzbulgaren und Türkiye auf sich hatte, erzählten meine Eltern von der türkischen Minderheit in Bulgarien und davon, dass sie ihre Sprache nicht sprechen und ihre Musik nicht hören dürften. Dann sind das die Kurden Bulgariens, warf meine Schwester ein, aber das wurde im Auto überhört.

So fuhren wir weiter in Richtung Türkei, immer genervter und angestregter von der langen Reise. Ich beobachtete in der Gastarbeiterkarawane wie Männer (Frauen saßen damals kaum am Steuer) fast an der Windschutzscheibe klebten, so müde waren sie von den Strapazen der E5. Mein Vater verpasste sich gelegentlich Backpfeifen und biss in eine Zitrone, um wach zu bleiben.

Harte Währung: Erfolg

Die Geschichten vom Autoput, das Leben der Mulatos und meiner Eltern sowie Millionen von Einwanderinnen und Einwanderern sind noch immer viel zu wenig eingeschrieben in das Narrativ Deutschlands, in der erfolgreiche Migrationsbiografien inzwischen einen größeren Anteil haben. Denn Erfolg ist die entscheidende Währung, wenn es um Einwanderung und Migration geht. Egal, ob Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft, wer im Sinne der Mehrheitsgesellschaft Erfolg ausweisen kann, gehört nicht nur dazu, sondern gestaltet und prägt mit. So ist der deutsche HipHop ohne Rapperinnen und Rapper mit Migrationsgeschichte nicht vorstellbar – der Fußball, die Literatur oder der Film ebenso. Verbunden sind diese Erfolgsgeschichten oftmals mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der zweiten und dritten Generation, die gelegentlich mit einer gewissen Ignoranz und Überheblichkeit auf die erste Generation blicken, auf die Art, wie sie deutsch sprechen, auf ihr einfaches proletarisches Leben, ihre Musik oder ihre Gastarbeiterliteratur. Man selbst ist cooler, erfolgreicher, neu-deutscher oder postmigrantischer. Dabei hat ihr Erfolg seinen Ursprung in der Generation der Gastarbeiter, deren Lebensleistungen in Almania verkannt bleiben. Ohne sie, wären wir nicht die, die wir heute sind.

Überfällig ist, dass gerade die zweite und dritte Generation diesen Pionierinnen und Pionieren mehr Respekt zollen. Dafür gibt es Anknüpfungspunkte, zum Beispiel in der Musik der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Als ich gemeinsam mit dem Münchner Künstler Bülent Kullukcu

vor knapp zehn Jahren das Album *Songs of Gastarbeiter Vol. 1* herausgab, waren das mediale Echo und die öffentlichen Reaktionen überwältigend. Mit unserer Compilation dokumentierten wir die Musik unserer Eltern, die zum Alltag von Millionen Menschen in diesem Land gehörte, in der deutschen Öffentlichkeit aber völlig unbekannt war. Anfang 2022 schafften wir es endlich, das Folgealbum *Songs of Gastarbeiter Vol. 2* auf den Markt zu bringen (Ayata und Kullukcu 2022). Ein musikalisch diverses Album, das politische Protestsongs und Partymusik zusammenführt und ein Aufruf gegen falsch verstandene Homogenität ist. Damit wollen wir Vorurteilen und Klischees, die gegenüber dieser Generation noch immer bestehen, etwas entgegenstellen, ihrer Musik eine größere Bühne geben und einen Beitrag dazu leisten, dass sie nicht verloren geht.

Mit *Songs of Gastarbeiter* richten wir den Blick auf die Menschen dieser Generation, die mit ihrer Musik ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen thematisierten, sich nicht nur leidend, sondern auch kämpferisch und ironisch gaben. Sie waren scharfsinnige Beobachterinnen und Beobachter der deutschen Gesellschaft und Politik, die nicht selten einfach nur eine Party feierten. Ebenso wertvoll ist es, die Erinnerungen an hunderte von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern initiierte Streiks Anfang der 1970er Jahre zu beleben, bei denen sie für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und Gleichberechtigung kämpften. Wer sich mit der Geschichte der Migration in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, setzt sich früher oder später nicht nur mit dem wilden Streik bei Ford in Köln (1973) auseinander, sondern landet auch beim Automobilzulieferer Pierburg in Neuss.

Dort legten im selben Jahr Gastarbeiterinnen den gesamten Betrieb lahm. Sie waren zuvor in die so genannte „Leichtlohngruppe 2“ eingestuft worden und erhielten für die gleiche Arbeit einen geringeren Stundenlohn als Männer. Dem Kampf der Gastarbeiterinnen um „eine Mark mehr“ schloss sich später ein Großteil der Belegschaft an und die Forderung konnte durchgesetzt werden (vgl. Braeg 1973). Insgesamt verdienen die Resilienz und die widerständigen Strategien der Migrantinnen und Migranten gegenüber institutionellem und alltäglichem Rassismus sowie ökonomischer und sozialer Ausgrenzung größere Beachtung. Dabei lassen sich Verbindungslinien und Brüche von wilden Streiks bei Ford bis zur Kampagne *#SayTheirNames* der Initiative 19. Februar Hanau ausmachen.

Notwendiger Perspektivenwechsel

Menschen setzen sich in Bewegung, verlassen ihr Zuhause, bauen in einem anderen Land eine Existenz auf, lieben und kämpfen, erfinden sich und ihr Umfeld neu, schaffen sich Zugänge zu ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen, verändern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir leben in einer fluiden Migrationsgesellschaft, in der Fragen der Einwanderung nicht mehr als Nebenthemen gelten können, die in die Zuständigkeit der Communities, der Sozialarbeiterindustrie oder Migrationsexpertinnen und -experten fallen. Aber kein Missverständnis: fluid bedeutet nicht sozial, nicht kulturell durchlässig.

Es ist erstaunlich, wie schwer Deutschland sich als Land tut, in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung zu-

kunftsweisende Antworten auf Fragen zu finden, die bleiben werden. Es bedarf eines Perspektivwechsels, der darin besteht, Einwanderung und Migration als nichts Temporäres oder Vergängliches, sondern als gesellschaftliche Normalität zu begreifen. Ein solcher Perspektivwechsel zeichnet sich des Weiteren darin aus, dass er die sozialen und politischen Kämpfe sowie die Alltagsstrategien der Migrantinnen und Migranten in den Blick nimmt (vgl. Bojadzijeve 2007) und sie als zentrale Akteurinnen und Akteure in der Migrationsgesellschaft versteht, also als handelnde Subjekte, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und manchmal dafür das Mittelmeer zu überqueren versuchen. „Der Migrant ist Protagonist, Akteur und Interpret des epochalen Dramas.“ (Di Cesare 2021, S. 35)

Verwunderlich ist, wie der politische Mainstream sich noch immer an das Dispositiv nationalstaatlicher bzw. europäischer Regulation klammert, wenn es um Einwanderung geht. Das gründet auf einer langen Geschichte, in der die Anwerbeabkommen nach dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiges Kapitel darstellen. Diese galten als Paradebeispiele und Referenz für die staatliche Steuerung von Einwanderung. Schon mit einer einfachen Suchmaschinenrecherche finden sich in der bundesrepublikanischen Geschichte viele Beispiele von Gesetzen und Verordnungen, die diesen Leitgedanken in sich tragen. So trat Anfang der 1980er Jahre das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ in Kraft. Der Name des Gesetzes war Programm. Denn gefördert werden sollte der „Wegzug von arbeitslosen Ausländern“, eine politökonomische Last gewissermaßen, die die damalige Bundesregierung mit

der Zahlung einer so genannten Rückkehrhilfe loswerden wollte. In zwei Jahrzehnten waren aus Gastarbeitern Ausländer geworden, die später zu ausländischen Mitbürgern aufstiegen, dann Immigranten, Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Einwanderungsgeschichte oder neue Deutsche wurden. Wie auch immer die Bezeichnung dieser Gruppe lautet, die Vorstellung von staatlich gesteuerter Einwanderungspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte, die je nach Bedarf Menschen ins Land lockt und zurückweist, mal mit Rückkehrprämien, mal mit Abschiebungen und Ausweisungen.

Es ist nicht nur die staatliche Politik, die in – früher nationalstaatlichen und heute europäischen – Grenzen denkt, auf die Kraft der Regulation setzt und ein instrumentelles Verständnis von Einwanderung kultiviert. Elemente davon lassen sich in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sphären und Organisationen, aber auch bei den Gewerkschaften finden. Umso wichtiger ist es, dass wir eine gesellschaftliche Debatte initiieren, wie der Blick auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte vom toxischen Dreieck der Bereicherung, Viktimisierung und Bedrohung befreit werden kann (vgl. Ayata 2022). Denn es ist mitnichten die Aufgabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Almanya zu bereichern, weder ökonomisch noch kulturell. Ist es nicht eigenartig, wenn in einer Demokratie dies von manchen eingefordert wird und anderen nicht? Warum müssen überhaupt Migrantinnen und Migrantinnen produktiv und erfolgreich sein, um ohne Wenn und Aber dazugehören?

Denken in Grenzen

Es ist nicht hinnehmbar, Menschen mit Migrationsgeschichte zu Opfern zu machen oder als solche zu stigmatisieren, wie es noch immer viel zu häufig geschieht. Und es ist populistisch und rassistisch, Einwanderung als eine Gefahr für die Homogenität und die Wahrung „unserer Werte“ zu instrumentalisieren und bei Straftaten von Geflüchteten oder Migrant:innen statt rechtsstaatlicher Verfahren, reflexartig Abschiebungen zu fordern. Das tun nicht nur Rechtsextreme und Rechtspopulisten, diese Argumentation bemühen auch andere. Erst wenn wir dieses toxische Dreieck überwinden, wird es besser möglich, den eigentlichen Herausforderungen und Chancen einer Einwanderungsgesellschaft zu begegnen.

Die Autonomie der Migration (vgl. Moulier Boutang 2002) war in der Vergangenheit eine Herausforderung und sie wird auch in Zukunft die Konzepte gesteuerter Einwanderung und der Sicherung von Grenzen vor große Herausforderungen stellen. So wie zuletzt Menschen aus der Ukraine dem Krieg entflohen sind, werden künftig Menschen in Afrika oder auf einem anderen Kontinent den Folgen der Klimaerwärmung entkommen wollen. Sie werden sich auf den Weg machen und Grenzen überwinden. Donatella Di Cesare (2021) hat darauf hingewiesen, dass sich das „Innen“ und „Außen“ verfestigen, indem eine Gesellschaft die eigene Zugehörigkeit feiert, die eigene Gemeinschaft im Fokus hat und immer in Grenzen denkt. „Es ist diese metaphysische Dichotomie zwischen Innen und Außen – die Grundlage aller politischen Trennung – die zuallererst in Frage gestellt werden muss.“ (ebd., S. 36)

Dieses Abwehrkonzept aufrecht zu erhalten und zu verfestigen, ist das zentrale Motiv erstarkter Rechter und Autokraten, die den Nationalstaat stärken wollen, die Kriege führen, die Mauern an Grenzen bauen oder „unser Land“ und „unser Volk“ zurückholen wollen. Bezogen auf Einwanderung gibt es gleichwohl kein Zurück.

Dass rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien einen Rückfahrtschein in alte Zeiten lösen wollen, hat damit zu tun, dass sie Komplexität meiden, ohne Reue vereinfachen, und ihnen Hass und Lüge näher sind als gesellschaftliche Realitäten. Dabei wissen selbst sie, dass das Deutschland ihrer Imagination unwiederbringlich perdu ist, wofür schon allein die Demografie spricht. Nach Zahlen des Mikrozensus hatten in Deutschland 21,2 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Das entspricht 26 Prozent der Bevölkerung in deutschen Privathaushalten (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019). Der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit Einwanderungsgeschichte wird in den nächsten Jahrzehnten signifikant wachsen – auch dann, wenn noch Billionen in die europäische Grenzagentur Frontex und die europäische Grenzkontrolle fließen sollten. Selbst bei einer Nulleinwanderung wird der Anteil von Migrantinnen und Migranten in Deutschland wachsen.

Rassismus – ein Thema aller

In der Einwanderungsgesellschaft zu leben, heißt, kontinuierlich über Rassismus zu sprechen. Doch selbst nach den NSU-Morden, nach Halle und Hanau mangelt es in

Deutschland an einer breiten öffentlichen Debatte über Rassismus, dessen Bekämpfung längst ins Pflichtenheft der Mehrheitsgesellschaft gehört. Rassismus ist ein Thema der gesamten Gesellschaft und nicht delegierbar auf so genannte Minderheiten. Das ist sogar grundfalsch. Rassismus ist das Thema aller, weshalb der Kampf gegen Rassismus und Hass in Almanyā als gesamtgesellschaftliche Aufgabe leidenschaftlicher und energischer geführt werden muss. Der Singular ist irreführend, denn antirassistische Politik kann nur im Plural gedacht erfolgreich sein.

Bei den hitzigen Debatten um Identitätspolitik in Almanyā könnte man einen anderen Eindruck gewinnen. Während die einen stärkere Repräsentation und Rechte von so genannten Minderheiten einfordern, sehen andere darin den Rückfall in einen Opferwettbewerb und die Gefahr, in einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft von wesentlichen Fragen abzulenken. Doch der Bezug auf Identität hat immer auch eine Klassendimension, so wie Klasse wiederum Identität stiftet. Interessant ist, auf welches Verständnis von Identität rekurriert wird. Identitäten sind niemals homogen und statisch – und weniger vom Ethnischen determiniert, als gemeinhin behauptet wird.

Wer vermag heute ernsthaft zu definieren, was deutsch ist, was Teile der deutschen Kultur oder deutsche Werte sein sollen. Identitäten können Gehhilfen sein. Sie helfen, Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu erkämpfen, neue Themen zu setzen und Perspektiven einzubringen. Das Spiel mit den Identitäten ist für Menschen mit internationaler Geschichte eine Technik der politischen und kulturellen Artikulation. Identitäten sind aber auch Fallen, weil der Bezug

auf sie, manchmal ungewollt, Grenzziehungen zwischen „Ihr“ und „Wir“ oder „eure Heimat“ und „unser Albtraum“ nicht in Frage stellt oder in diesen Kategorien verharrt (vgl. Aydemir und Yaghoobifarah 2019). Dass identitätspolitische Positionen stärker wahrnehmbar werden, hat auch damit zu tun, dass sich in einer zunehmend von Social Media geprägten Öffentlichkeit Positionen von Sprecherinnen und Sprechern anders verteilen und die Kapitalisierung der eigenen Biografie, Herkunft oder sexuellen Orientierung Bühnen und Abnehmer findet. Mit Sichtbarkeit und Repräsentation allein sind gesellschaftliche Veränderungen nicht möglich. Sie bedürfen politischer, rechtlicher und ökonomischer Interventionen. Ich kann so viele Essays und Artikel veröffentlichen, wie ich will, kann Likes und Retweets auf Twitter einsammeln oder im Kreise der Erfolgskanaken mit dem Bundespräsidenten über Diversität in Almanya parlieren, nichts davon wird das Leben von Rentnerinnen und Rentnern ändern, die als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in dieses Land eingewandert sind, oder einen Einfluss haben, wie ein Geflüchteter aus Syrien oder der Ukraine hier Fuß fassen kann.

Die eigene privilegierte Position ignorierend für die eigene Community zu sprechen, sich als deren Vertreterinnen und Vertreter zu behaupten und sich so Zugänge zu verschaffen und individuelle Karrieren zu ebnet, bedeutet mitnichten, Ausgrenzung und Rassismus in Frage zu stellen. Denn es gibt keinen plausiblen Grund, sich damit zu arrangieren, dass sich die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft scheinbar daran gewöhnt hat, dass rassistische Diskriminierungen verharmlost, Menschengruppen stig-

matisiert, Flüchtlingsheime, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Politikerinnen und Politiker angegriffen werden. Indem wir dieser Gewöhnung nichts entgegenstellen, erfahren Nationalismus, Ressentiments und gruppenbezogener Hass weiter Akzeptanz.

Umdenken und neue Kompromisslosigkeit

Im Grunde sollten wir uns gerade wegen der tektonischen Rechtsverschiebung und der anhaltenden rassistischen Gewalt einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zuwenden, in deren Mittelpunkt die Frage steht, wie in Zeiten der Globalisierung, der fortwährenden Bewegung von Menschen über Grenzen hinweg, trotz aller Differenzen, ein gemeinsames, pluralistisch-solidarisches Leben möglich ist. Eine Debatte solcher Größenordnung und Relevanz in Gang zu bringen, mutet heute utopisch an.

Die Jahrzehnte des Neoliberalismus haben gesellschaftliche Praktiken und Strukturen der Solidarität substanziell geschwächt. Das ist politisch fatal, weil wir uns globalen Herausforderungen stellen müssen, die existenziell bedrohlich sind.

Notwendig ist nicht nur ein Umdenken, sondern ein Denken in radikalen Alternativen – wie wir leben, arbeiten, wirtschaften.

Gebraucht werden neue gesellschaftliche Allianzen, die das Soziale und Ökologische nicht als Gegensätze begreifen, sondern im Sinne eines guten Lebens für alle zusammenführen. Zu denken, sozial und ökologisch sei nicht miteinander vereinbar, spielt jenen in die Hände, die aus dieser Polari-

sierung Profit schlagen oder sie für Eigeninteressen instrumentalisieren. Ob Corona-Pandemie, Leben mit Grundsicherung, Erderwärmung, Artensterben, die Verschmutzung der Meere oder Migration, die globalen Aufgaben erfordern eine neue Form von Kompromisslosigkeit.

Welche Kraft eine solche Fokussierung entfalten kann, sehen wir bei Fridays for Future. Neben allen Argumenten und Fakten, politischer Leidenschaft und Kreativität setzt diese weltweit agierende Bewegung vor allem auf: Kein Kompromiss beim Klimaschutz. Das ist ihre Radikalität. Die Aktivistinnen und Aktivisten stellen darauf ab, dass es ohne eine Abwehr der Klimakatastrophe keine Zukunft geben kann. Ihre Anklage handelt davon, dass ihnen und künftigen Generationen die Zukunft genommen wird. Deswegen lässt sich Fridays for Future bis jetzt nicht beirren, so als wollten sie sagen: Wir haben keine andere Wahl, ihr auch nicht. Wenn wir so weitermachen, werden wir alle untergehen.

Eine solche Kompromisslosigkeit könnte auch das Denken in „Innen“ und „Außen“, in „Wir“ und „Sie“, überwinden und ein Sprungbrett dafür sein, mit etablierten Reflexen des Verstehens und Legitimierens zu brechen, sich gemeinsam gegen die Ethnisierung sozialer Fragen und gegen jedwede Form sexistischer und rassistischer Diskriminierung zu stellen und dem Hass sowie der Gewalt der Rechten zu begegnen. Für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft bleibt es gewissermaßen eine kontinuierliche Aufgabe, kompromisslos zu sein, wenn es um ein solidarisches Zusammenleben und gleichberechtigtes Miteinander in Zeiten der Globalisierung und Migration sowie den geopolitischen Neuordnungen geht. Das ist alles andere als

einfach, und bedeutet, es auszuhalten, in Selbstwidersprüchen zu leben. Es zeichnet sich ab, dass diese nicht weniger, sondern mehr werden. Daher bleibt die Anforderung für die Zukunft, diesen Widersprüchen politisch und kulturell zu begegnen. Und es bleibt die Ambiguitätstoleranz als notwendige Bedingung für eine Gesellschaft, die noch stärker von Migration konturiert sein wird. Denn das Jahrhundert der Migration hat für Almanya erst begonnen. Das Deutschland von morgen wird sehr viel stärker von Einwanderung geprägt sein, als es heute schon ist.

Quellen

Die Links wurden am 21. Juni 2022 zuletzt überprüft.

Ayata, I. (2022, 6. Oktober). *Jenseits des toxischen Dreiecks*. Heinrich Böll Stiftung. Heimatkunde – Migrationspolitisches Portal. <https://heimatkunde.boell.de/de/2021/10/06/jenseits-des-toxischen-dreiecks>

Ayata, I., & Kullukcu, B. (2022). *AYKU*. <https://www.songs-of-gastarbeiter.com/>

Aydemir, F., & Yaghoobifarah, H. (Hrsg.) (2019). *Eure Heimat ist unser Albtraum*. Berlin: Ullstein

Bojadzijeve, M. (2007). *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot

Braeg, D. (1973). „*Wilder Streik – das ist Revolution*“: *Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973*. Berlin: Die Buchmacherei

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019). *Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland*. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsbericht2019/PersonenMigrationshintergrund/personenmigrationshintergrund-node.html>

Di Cesare, D. (2021). *Philosophie der Migration*. Berlin: Matthes & Seitz

Moulier Boutang, Y. (2002, 3. April). Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration. *Jungle World*. <https://jungle.world/artikel/2002/14/nicht-laenger-reservearmee>

Der Autor

Imran Ayata ist Geschäftsführender Gesellschafter von BALLHAUS WEST, Agentur für Kampagnen GmbH. Er war Mitbegründer der Gruppe *Kanak Attak* und Redakteur von *Die Beute. Zeitschrift für Politik und Verbrechen*. Als Schriftsteller hat er Romane und literarische Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden in Deutschland und der Türkei publiziert.

Bettina Kohlrausch

Wie die Krise soziale Ungleich- heiten verschärft



*Der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat
und das Bildungssystem sind nicht (mehr)
in der Lage, die untersten Einkommensgruppen
angemessen abzusichern und ihre gesell-
schaftliche Teilhabe zu garantieren, obwohl
viele von ihnen erwerbstätig sind.*

Soziale Ungleichheit und ihre Bedeutung für die Entwicklung moderner Gesellschaften

Was ist soziale Ungleichheit und welche Bedeutung hat sie für die Entwicklung moderner Gesellschaften? Solga et al. (2009, S. 15) definieren soziale Ungleichheit als einen Zustand, in dem „Menschen als Angehörige sozialer Gruppen (zum Beispiel Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Alter, Bildungs- oder Berufsgruppen) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind“. Handlungs- und Lebensbedingungen sind durch die Ressourcen definiert, die mit einer bestimmten sozialen Position verknüpft sind. Wenn diese Verknüpfungen dauer- und regelhaft werden, entstehen Strukturen sozialer Ungleichheit.

Welche Ressourcen besonders relevant für die Definition spezifischer Handlungsspielräume sind, hängt dabei auch von den gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen ab, die zumindest in sogenannten Arbeitsgesellschaften insbesondere durch das Erwerbssystem definiert sind. So haben beispielsweise (formale) Qualifikationen in modernen Industriegesellschaften eine deutlich größere Bedeutung für die Bestimmung individueller Handlungsspielräume als dies in früheren Gesellschaften der Fall war. Gelegenheitsstrukturen, Handlungsoptionen und Ressourcen bestimmen somit auch Mobilitätsregime. Sie definieren die soziale Auf- und Abwärtsmobilität. Solange die Kopplung von sozialer Position und Ressource gesellschaftlich legitimiert erscheint, sind Auf- und Abwärtsmobilitäten bis zu einem gewissen Grad auch

gesellschaftlich akzeptiert und für die Individuen zwar nicht immer beeinflussbare, aber doch nachvollziehbare Prozesse.

Mit sozialer Ungleichheit sind daher nicht nur spezifische Mechanismen der sozialen Platzierung verbunden, sondern auch spezifische Muster der Legitimation dieser Platzierung. Ob eine Gesellschaft soziale Ungleichheit verträgt, hängt somit einerseits davon ab, wie groß diese ist und ob sie die Handlungsspielräume von bestimmten Gruppen so beschränkt, dass deren gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt oder nicht möglich ist; und andererseits davon, ob die existierende Ungleichheit zumindest großen Teilen der Gesellschaft als legitim erscheint, ob die Gesellschaft als gerecht wahrgenommen wird. Für diese Frage, ob die Verteilung von Ressourcen als gerecht wahrgenommen wird, ist es entscheidend, ob die Verteilungskriterien als nachvollziehbar und transparent angesehen werden. Wichtige Institutionen, die Individuen Handlungsspielräume ermöglichen und verwehren, sind der Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Sie tragen insofern zur Legitimation sozialer Ungleichheit bei, weil sie Zugänge zu Ressourcen und Handlungsspielräumen vermeintlich meritokratisch, also nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ge- oder verwehren. Das Konzept der Meritokratie kann schon im Grundsatz kritisiert werden, wie es zuletzt der prominente Philosoph Michael Sandel (2020) getan hat. Er verwies darauf, dass die Orientierung an Leistung Gesellschaften in Gewinner:innen und Verlierer:innen zu spalten droht.

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass jedoch schon das durchaus kritikwürdige Prinzip der Leistungsgesellschaft in Deutschland nicht gilt. Während der Pandemie wurde offengelegt, dass Zugänge zu wichtigen Ressourcen, wie die Ab-

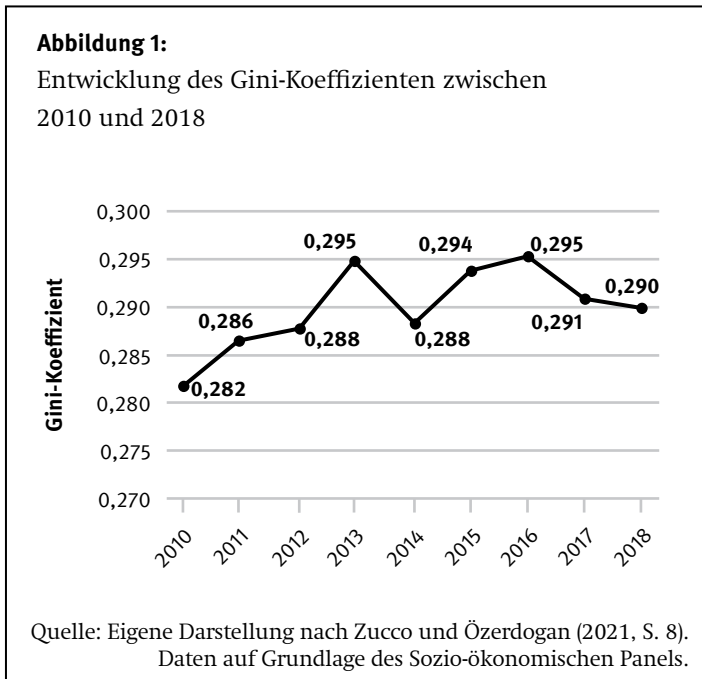
sicherung von Erwerbsarbeit oder Schulbildung, vor allem jenen vorenthalten werden, die über wenig Ressourcen verfügen. Dies widerspricht dem für die Idee der Meritokratie zentralen Ideal der Chancengleichheit. Im Ergebnis mündete dies auch in eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. Sie hat, so mein Argument, solche Ausmaße angenommen, dass die Grenzen der gesellschaftlichen Verträglichkeit erreicht sind. Das betrifft sowohl die Einschränkung der Teilhabe wegen sozialer Ungleichheit als auch die gesellschaftliche Akzeptanz insbesondere im Bezug auf die ungleiche Verteilung der Lasten der Corona-Krise. Ich konzentriere mich dabei in meinen Ausführungen auf die Einkommens- und Bildungsungleichheit.

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit

Ein Indikator für die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient, der bei totaler Ungleichheit (eine Person verdient alles und alle anderen nichts) den Wert eins und bei totaler Gleichheit (alle Personen verdienen gleich viel) den Wert null annimmt. Je höher der Gini-Koeffizient, desto größer ist somit die soziale Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient Deutschlands war im Jahr 2018 höher als im Jahr 2010 (siehe Abbildung 1). Es ist somit langfristig betrachtet zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit gekommen. Andererseits ist der Gini-Koeffizient seit 2016 wieder gesunken, was einen Rückgang der Einkommensungleichheit in den Jahren vor der Pandemie belegt. Dies ist ein erfreulicher Befund, der sicherlich auch auf steigende Tariflöhne zurückzuführen ist. Es bedeutet, dass wichtige Strukturen und Institutionen des

Arbeitsmarktes im Hinblick auf ihre Verteilungswirkung – zumindest für die mittleren Einkommensgruppen (siehe unten) – wieder besser funktionieren.

Schaut man sich die Entwicklung der Einkommen jedoch differenziert nach Einkommensgruppen an, so zeigt sich eine starke Differenzierung der Einkommensentwicklung. Während die mittleren und höheren Einkommen seit 2014 teilweise kräftige Zuwächse erfahren haben, sind die unteren Einkommen von dieser Entwicklung weitestgehend abgekoppelt. Die untersten zehn Prozent der Einkommen hatten zwischen 2010 und 2018 im Gegensatz zu allen anderen Einkommensgruppen keinerlei Reallohnzuwächse zu verzeichnen. Der Rückgang der



Einkommensungleichheit geht also vor allem auf die Zuwächse der mittleren Einkommen zurück.

Trotz niedriger Arbeitslosenzahlen wuchs bereits vor Beginn der Pandemie der Anteil der armen Menschen: Laut Verteilungsbericht des WSI aus dem Jahr 2020 ist seit 2012 der Anteil der Bevölkerung, der arm ist, also weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat, von 14 Prozent auf 16 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. Auch der Anteil der sehr einkommensarmen Bevölkerung (der weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens erhält) ist im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf zehn Prozent angestiegen. Ein beachtlicher Anstieg auf ohnehin schon hohem Niveau (Kohlrausch et al. 2020).

Es spricht viel dafür, dass diese Entwicklung durch die Corona-Krise eher verstärkt wird. Auswertungen auf Grundlage der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung haben gezeigt, dass untere Einkommensgruppen in der Krise am stärksten von Einkommenseinbußen betroffen waren (Zucco und Özerdogan 2021). Aber auch mittlere Einkommensgruppen hatten ein höheres Risiko Einkommenseinbußen (dies gilt sowohl für Individual- als auch für Haushaltseinkommen) zu erfahren als höhere Einkommensgruppen. Es besteht somit die Gefahr, dass die positive Einkommensentwicklung der mittleren Einkommensgruppen vor der Krise ab- oder ausgebremst wird. Ein näherer Blick auf die Faktoren, die das Risiko von Einkommenseinbußen vergrößern, erklärt, warum hiervon besonders oft die unteren Einkommensgruppen betroffen waren. So mussten vor allem Personen auf Teile ihres Einkommens verzichten, die im Gastgewerbe arbeiten, einer Branche mit einem hohen Niedriglohn-Anteil.

Die wichtigste Ursache für Gehaltseinbußen war die Kurzarbeit. In den allermeisten Fällen wurden Gehaltsausfälle nur anteilig durch das Kurzarbeiter:innengeld ersetzt. Insbesondere für Personen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, sind diese Kompensationen zu gering, um armutsfeste Löhne zu garantieren, da diese Einkommensgruppen besonders selten eine Aufstockung des Kurzarbeiter:innengeldes erhalten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie seltener tarifvertraglich abgesichert sind. Anders als Beschäftigte in Kurzarbeit, konnten Mini-Jober:innen, die besonders häufig von Einkommenseinbußen betroffen waren und in der Regel wenig verdienen, mit gar keinen zusätzlichen Kompensationen rechnen (Hövermann und Kohlrausch 2020).

Ungleiche Bildungs- und Aufstiegschancen

Soziale Ungleichheit betrifft auch die Chancen auf sozialen Aufstieg, die in Deutschland bereits vor der Pandemie sehr ungleich verteilt waren. Analysen des WSI haben gezeigt, dass sich die Einkommensverteilung im Verlauf der letzten Jahrzehnte verfestigt hat, die soziale Mobilität also abnimmt (Spannagel 2016). Das bedeutet, dass der soziale Aufstieg aus der Armut heraus nur selten gelingt. Die Pisa-Studien weisen darüber hinaus regelmäßig darauf hin, dass der Bildungserfolg in Deutschland eng an die soziale Herkunft der Kinder gekoppelt ist. Auch diese Tendenz hat sich im Zuge der Schulschließungen und des Homeschoolings eher verschärft, aus mehreren Gründen (vgl. auch Kohlrausch 2021).

Erstens waren finanzielle Ressourcen und die damit verbundene Ausstattung mit digitalen Endgeräten oder

Wohnraum, der genug Platz zum ungestörten Lernen ließ, ungleich verteilt. Gleichzeitig waren Eltern mit geringerem Einkommen und geringerer formaler Bildung auch seltener im Homeoffice und dadurch schlicht nicht vor Ort, um ihre Kinder zu Hause beim Lernen zu unterstützen. Wenig überraschend empfinden Eltern ohne akademischen Abschluss im Vergleich mit ihren akademischen Pendants die Schulschließungen im Hinblick auf die Lerneinbußen entsprechend als problematischer und das Lernumfeld zu Hause als schlechter (Wößmann et al. 2021). Das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe konnte darüber hinaus zeigen, dass Eltern mit akademischem Abschluss häufiger der Auffassung waren, dass ihre Fähigkeiten ausreichen, um ihre Kinder inhaltlich beim Lernen zu Hause zu unterstützen (LifBi 2020).

Zweitens trägt die deutsche Schulstruktur, die eine sehr frühe Aufteilung der Schüler:innen auf unterschiedliche Schultypen vorsieht, wesentlich zur Verschärfung von Bildungsungleichheit bei. Dies liegt daran, dass Bildungsentscheidungen der Eltern – aber auch Bildungsempfehlungen des Lehrpersonals – schichtspezifisch getroffen werden. So hatte ein Grundschulkind von Eltern aus Dienstleistungsberufen bei gleichen Kompetenzen im Jahr 2016 eine rund dreieinhalb mal höhere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als ein Kind aus dem Arbeitermilieu (vgl. Klemm 2021). Kinder aus den unteren sozialen Schichten müssen somit (unter ungünstigeren Voraussetzungen) mehr leisten, um auf eine höhere Schulform zu kommen.

Entscheidend ist, dass diese sehr frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schultypen zu unterschiedlichen Lernumfel-

dern führt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die individuellen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten auf einem Gymnasium deutlich besser sind als auf einer Hauptschule. Das wird zudem durch die äußeren Rahmenbedingungen, wie unterschiedliche Curricula, forciert. Auch während der Schulschließungen herrschten an Gymnasien bessere Bedingungen für das digitale Lernen als an anderen Schultypen. So berichteten vor allem Eltern von Kindern, die ein Gymnasium besuchten, von einem Anstieg interaktiver und/oder rezeptiver virtueller Lernangebote. Auch gibt es nach Angabe der Eltern an Gymnasien häufiger Onlineplattformen, Onlinekurse oder Schul-Clouds als an anderen Schultypen. Die unterschiedliche Ausstattung und Praxis der verschiedenen Schultypen ist vermutlich auch der Grund dafür, dass Akademikerkinder während der Pandemie häufiger in den Genuss von virtuellem Unterricht und individuellen Gesprächen mit Lehrer:innen kamen (Wößmann et al. 2021).

Schwindende Legitimität der sozialen Ordnung

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass die Krise bereits bestehende soziale Ungleichheiten verschärft, da sie vor allem jene trifft, die auch vor der Krise über eher geringe Ressourcen verfügten. Die Pandemie hat somit keine neuen Ungleichheiten geschaffen, sondern alte verstärkt. Sie hat die Schwächen und immanenten Ungerechtigkeiten des Erwerbssystems und der Institutionen, die diese Ungerechtigkeiten sozial auffangen sollen, sowie des Bildungssystems offengelegt: schwächere Arbeitsmarktgruppen und die unteren sozialen Schichten waren unverhältnismäßig

stark belastet. Das lag zum einen an der Prekarisierung von Arbeit, zum Beispiel im Zuge der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors und des Rückgangs der Tarifbindung in den Dekaden vor der Pandemie. Es hat sich weiterhin gezeigt, dass sich die Absicherung von Beschäftigung noch zu stark an einem traditionellen Verständnis von abhängiger Vollzeit-erwerbstätigkeit orientiert. In der Krise sind jedoch auch viele Freiberufler:innen auf den Schutz der Solidargemeinschaft angewiesen. Die Arbeit hat sich verändert – der Sozialstaat hinkt diesen Veränderungen immer noch hinterher, das hat die Pandemie uns deutlich vor Augen geführt.

Der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat und das Bildungssystem sind nicht (mehr) in der Lage, die untersten Einkommensgruppen angemessen abzusichern und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren, obwohl viele von ihnen erwerbstätig sind. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die negative Einkommensentwicklung der unteren Einkommensgruppen im Zuge der Corona-Krise und der anstehenden Ukraine-Krise noch verschärft. Damit würde es zu einer weiteren Zunahme der sozialen Ungleichheit kommen.

Das ist besorgniserregend, weil weitere Einkommensverluste – insbesondere für die ärmeren Bevölkerungsschichten – natürlich eine existenzielle Bedrohung darstellen, und weil eine Zunahme sozialer Ungleichheit destabilisierend auf die Gesellschaft als Ganzes wirken kann. Es besteht die Gefahr, dass Arbeit ihre Integrationskraft verliert und von einem wachsenden Teil der Beschäftigten nicht mehr als Angebot und Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe verstanden wird. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und damit einhergehender geringerer Befürchtungen, den Job

zu verlieren, nehmen die Sorgen um die eigene Altersabsicherung und die Abstiegsängste zu. Die Befürchtung, dass sich soziale Ungleichheiten vergrößern und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft abnimmt, hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Abstiegsängste betreffen zunehmend auch erwerbstätige Personen. Diese Befunde sprechen dafür, dass die Angst vor dem sozialen Abstieg mit Erfahrungen *innerhalb* des Erwerbssystems und weniger mit der Angst vor dem Ausschluss aus dem Erwerbssystem zusammenhängt.

In dieser Entwicklung liegt ein gewaltiges Potenzial sozialer Verunsicherungen, welches unsere sozialstaatliche Ordnung in Frage stellen könnte, weil die Systeme, welche die Verteilung von Ressourcen strukturieren (in diesem Fall der Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und das Bildungssystem) von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als nicht mehr funktional wahrgenommen werden. Dies kann langfristig auch destabilisierende Effekte auf die Demokratie haben: So waren beispielsweise Personen, die im Zuge der Corona-Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben, eher bereit, Verschwörungsmythen zu glauben (Hövermann und Kohlrausch 2020; Hövermann 2020, 2021). Es scheint daher dringend geboten, nicht nur die Stabilisierung der Wirtschaft, sondern auch die Abwendung der Zunahme der sozialen Ungleichheit als zentrale Herausforderung der Politik zu begreifen. Wir werden die aktuellen wie die kommenden Krisen und Transformationsprozesse nur bewältigen können, wenn Erwerbsarbeit, auch unter veränderten Rahmenbedingungen, ein Ort gesellschaftlicher Integration bleibt.

Literatur

Die Links wurden am 19. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Hövermann, A. (2020). Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmythen. Erkenntnisse aus zwei Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020 zu Einstellungen zur Pandemie und den politischen Schutzmaßnahmen. *WSI Policy Brief*, 48. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2021011311204937141512>

Hövermann, A. (2021). Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. *WSI Policy Brief*, 61. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2021102514313038186387>

Hövermann, A., & Kohlrausch, B. (2020). Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise. Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI-Mitteilungen*, 73(6), 485 – 492. DOI: 10.5771/0342-300X-2020-6-485

Klemm, K. (2021, 23. August). *Alle Jahre wieder – Zur Konstanz sozialer Ungleichheit in und durch Deutschlands Schulen*. Deutscher Gewerkschaftsbund. <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/bildung-und-bildungsarbeit/++co++3d891f16-0b01-11ec-bb4d-001a4a160123>

Kohlrausch, B. (2021). Die Corona-Krise verschärft Bildungsungleichheit. *WSI-Mitteilungen*, 74(6), 434. DOI: 10.5771/0342-300X-2021-6-434

Kohlrausch, B., Zucco, A., & Hövermann, A. (2020). Verteilungsbericht 2020: Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. *WSI Report*, 62. <https://www.econstor.eu/handle/10419/226658>

LifBi (2021). *Corona-bedingte Schulschließungen – ... und nun funktioniert alles digital? Wie Eltern mit Kindern in der 8. Klasse die Zeit der Schulschließungen in Deutschland erlebt haben* (NEPS Corona & Bildung, Bericht Nr. 1). Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. https://www.lifbi.de/Portals/13/Corona/NEPS_Corona-und-Bildung_Bericht_1-Schule.pdf

Sandel, M. J. (2020). *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*. Frankfurt am Main: S. Fischer

Spannagel, D. (2016). Soziale Mobilität nimmt weiter ab: WSI-Verteilungsbericht 2016. *WSI Report*, 31. <https://www.econstor.eu/handle/10419/225390>

Solga, H., Berger, P. A., & Powell, J. (2009). Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung. In H. Solga, J. Powell, & P. A. Berger (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse* (S. 11 – 45). Frankfurt a.M. und New York: Campus

Wößmann, L., Freundl, V., Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., & Zierow, L. (2021). Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021? *ifo Schnelldienst*, 74(5), 36 – 52

Zucco, A., & Özerdogan, A. (2021). Verteilungsbericht 2021. Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht. *WSI-Report*, 69. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008182/p_wsi_report_69_2021.pdf

Die Autorin

Bettina Kohlrausch ist wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und Professorin für gesellschaftliche Transformation an der Universität Paderborn. Sie forscht zu Arbeit und sozialer Integration.

Tanja Klenk

Wohlfahrtsstaat und Demokratie

Stärken und Schwächen der Selbstverwaltung



*Die soziale Selbstverwaltung,
obgleich bereits im ausgehenden
19. Jahrhundert eingeführt, kann auch
für das 21. Jahrhundert eine gute Antwort
auf die Frage sein, in welchem Sozialstaat
wir leben wollen.*

Haben Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die sozialstaatlichen Institutionen? Diese Frage ist in Zeiten wie diesen, in denen eine globale Pandemie, Krieg und andere Krisen unsere sozialen Sicherungssysteme einem Stresstest aussetzen und deren Resilienz herausfordern, aktueller denn je.

Aber auch losgelöst von akuten Krisenszenarien ist Vertrauen in die sozialstaatlichen Institutionen relevant. Je mehr Bürgerinnen und Bürger der Funktionsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates vertrauen, um so eher sind sie bereit, ihn mit Steuern und Beiträgen zu finanzieren. Vertrauen in die sozialstaatlichen Institutionen geht zudem mit Vertrauen in andere politische Institutionen einher, es kann Demokratien insgesamt stabilisieren.

Wie aber entsteht Vertrauen in wohlfahrtsstaatliche Institutionen? Vor allem: wie entsteht generalisiertes Institutionenvertrauen, das unabhängig von konkreten Akteuren und Ereignissen vorhanden ist? In modernen, pluralen Gesellschaften kann Vertrauen als Voraussetzung von Demokratie, wie Claus Offe (2019 [1999]) konstatiert, nicht monokausal auf einen einzigen Faktor zurückgeführt werden. Es lässt sich aber feststellen, dass der Partizipation in diesem komplexen Prozess eine Schlüsselrolle zukommt. Die aktive Einbindung in institutionelle Prozesse ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, demokratische Praktiken besser zu verstehen – einschließlich deren Unzulänglichkeiten. Aktive Beteiligung trägt dazu bei, Erwartungen an mitunter komplizierte und vielschichtige politische Prozesse anzupassen.

Der folgende Beitrag fragt vor diesem Hintergrund nach den Möglichkeiten der Partizipation in wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und stellt dabei fest, dass die Ausgangs-

lage im deutschen Wohlfahrtsstaat recht günstig ist. Was das deutsche Sozialstaatsmodell im internationalen Vergleich so besonders macht, ist die Selbstverwaltung als institutionalisierter Mechanismus der Betroffenenbeteiligung. Die fünf Säulen der Sozialversicherung – die Kranken-, Unfall- und Pflegekassen, die Träger der Renten- und Arbeitslosenversicherung und damit der Kernbereich des deutschen Sozialstaats – werden seit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung im ausgehenden 19. Jahrhundert als Selbstverwaltungseinrichtungen geführt, bei denen die von den Entscheidungen der Träger Betroffenen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Auch die Auswahl der Selbstverwaltungsakteure erfolgt nach demokratischen Prinzipien im Rahmen der alle sechs Jahre stattfindenden Sozialwahl.

Allerdings: die soziale Selbstverwaltung ist reformbedürftig. An vielen Stellen wurde versäumt, das seit Bismarck bestehende Modell an die Bedingungen einer modernen, pluralen Gesellschaft im 21. Jahrhundert anzupassen. Das betrifft Fragen der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten, der Wahlberechtigten und der konkreten Handlungsmöglichkeiten von Selbstverwaltungsakteuren. Es betrifft zudem die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Technologien, die ehrenamtliches Engagement unabhängiger von zeitlichen und räumlichen Restriktionen machen. Damit die soziale Selbstverwaltung einen Beitrag zur demokratischen Qualität des deutschen Sozialstaats leisten kann, sind Modernisierungsmaßnahmen notwendig.

Der Beitrag reflektiert zunächst, in welchem grundsätzlichen Verhältnis Demokratie und Wohlfahrtsstaat stehen und ordnet die soziale Selbstverwaltung als einen potentiell

demokratieförderlichen Mechanismus im Sozialstaat ein. Das folgende Kapitel fragt nach der gegenwärtigen Funktionsweise der sozialen Selbstverwaltung und stellt dabei Repräsentations- und Responsivitätsdefizite fest. Das abschließende Kapitel benennt Handlungsempfehlungen für eine Politik, die an einer Revitalisierung der sozialen Selbstverwaltung interessiert ist, um damit das Band, das Demokratie und Wohlfahrtsstaat miteinander verbindet, wieder enger zu knüpfen.

Wohlfahrtsstaat und Demokratie – kontroverse Debatten

Demokratie und Wohlfahrtsstaat – das sind doch zwei Seiten einer Medaille, oder? In der Tat erscheint diese Annahme auf den ersten Blick sehr einleuchtend: Etablierte Demokratien verfügen über gute ausgebaute soziale Sicherungssysteme, die für sozialen Ausgleich sorgen und zur sozialen Gerechtigkeit beitragen. Die sozialen Sicherungssysteme erfahren ihrerseits eine breite gesellschaftliche Unterstützung und leisten damit wiederum einen Beitrag zur Stabilität der Demokratie.

In der Realität ist das Verhältnis freilich komplexer: nicht alle Demokratien verfügen über einen voll entwickelten Wohlfahrtsstaat – die USA, einer der ersten Staaten mit einer demokratischen Verfassung, sind ein Paradebeispiel hierfür. Umgekehrt gibt es aber auch in vielen Staaten umfassende wohlfahrtsstaatliche Leistungen ganz ohne demokratische Rechte, wie etwa in den autokratischen Regimen Südostasiens.

In welchem Verhältnis Wohlfahrtsstaat und Demokratie stehen, wird in der Literatur daher kontrovers diskutiert. Thomas Humphrey Marshall (1992, [1949]), um hier einen

prominenten Vertreter zu zitieren, vertritt die These, dass bürgerliche, politische und soziale Rechte sich wechselseitig bedingen und dass Demokratisierung mittelfristig auch zur Etablierung sozialer Sicherungssysteme führt. Ähnlich Richard Titmuss (1981), der Demokratie als einen institutionellen Mechanismus begreift, der politische Eliten und Regierende mittelfristig zwingt, wohlfahrtsstaatliche Arrangements zu akzeptieren – selbst wenn sie von diesen nicht profitieren.

Claus Offe (2019 [1987]) wiederum steht dieser These kritisch gegenüber und verweist auf den ambivalenten und prekären Charakter des Zusammenhangs von Demokratie und Wohlfahrtsstaat. Deutlich wird dieses nicht-lineare Verhältnis auch mit Blick auf das eigene Land: So fallen gerade in Deutschland der Beginn staatlicher Sozialpolitik und die Durchsetzung der Demokratie deutlich auseinander. Bismarcks Sozialstaatsreformen dienten vor allem der Stabilisierung des stark von monarchischen Elementen geprägten noch jungen Nationalstaats, nicht aber der Demokratie. Die jüngsten Entwicklungen des deutschen Wohlfahrtsstaats wiederum zeigen, dass ein Um- und gar ein Rückbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme auch in etablierten Demokratien möglich ist. Mehr noch: die Entwicklungen des deutschen Wohlfahrtsstaats zeigen, dass sozialdemokratische Parteien, also klassische Wohlfahrtsstaatsbefürworter, beim Um- und Rückbau des Wohlfahrtsstaats eine maßgebliche Rolle spielen.

Es gibt also, so lässt sich konstatieren, keine feste und zwingende Beziehung zwischen Demokratie und Wohlfahrtsstaat. Zwar kann man feststellen, dass die beiden Staatsprinzipien relativ häufig zusammen auftreten. Eine förderliche

Wirkung auf die Stabilität einer Demokratie entfaltet der Sozialstaat aber nur dann, so Offe (2019 [1987]), wenn es ihm gelingt, Mechanismen zu etablieren, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Wohlfahrtsstaat stärken und die zur Herausbildung kollektiver Identitäten beitragen. Entscheidend ist also, nach der *demokratischen Qualität* des Wohlfahrtsstaats zu fragen. Welche Mechanismen der Partizipation, Repräsentation und Sicherung von Responsivität gibt es innerhalb der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements?

Institutionen des Wohlfahrtsstaats als Schule der Demokratie?

Der deutsche Sozialstaat nimmt im internationalen Vergleich insofern eine besondere Stellung ein, als er Demokratie bei der Implementation und Verwaltung von Sozialstaatsleistungen besonders fördert. Alle Sozialversicherungsträger verfügen über ein partizipatives Leitungsmodell, bei dem die ‚Betroffenen‘ – Repräsentanten der Versicherten und der Arbeitgeber – über Selbstverwaltungsgremien an der Leitung des Sozialversicherungsträgers mitwirken. Im Modell der sozialen Selbstverwaltung werden zwei Prinzipien miteinander verknüpft: Autonomie und Partizipation. Die Mitglieder der Sozialversicherung tragen die Verwaltung der Körperschaft selbst und verfügen über (teil-)autonome Gestaltungsspielräume, um die Bedarfs- und Adressatengerechtigkeit der sozialstaatlichen Maßnahmen zu gewährleisten, den solidarischen Ausgleich zwischen den Beteiligten zu organisieren und die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sachgerecht und effizient zu verwenden

(Braun et al. 2008). Die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsgremien wird durch die alle sechs Jahre stattfindenden Sozialversicherungswahlen bestimmt. Dabei wählen die Versicherten und die Arbeitgeber die Vertreter ihrer Gruppen getrennt aufgrund von Vorschlagslisten (§ 46 Abs. 1 SGB IV).

Das Sozialversicherungssystem ist seit Anbeginn mit dem Selbstverwaltungsmodell verknüpft, wobei die Idee der Selbstverwaltung freilich noch älter ist als die Bismarcksche Sozialgesetzgebung. Die Vorläufer der heutigen Sozialversicherungsträger waren berufsständische Organisationen, freie genossenschaftliche Zusammenschlüsse und Selbsthilfeeinrichtungen. Bei der Umsetzung der Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze wurden oftmals keine neuen öffentlichen Träger errichtet; stattdessen wurde auf die bereits bestehenden Einrichtungen pragmatisch zugegriffen und sie wurden mit einer öffentlichen Rechtsform versehen.

Aufgrund der beiden Mechanismen der sozialen Selbstverwaltung, Mitwirkung von unten und Wahl der an der Selbstverwaltung Mitwirkenden, wird der Selbstverwaltung eine positive Wirkung auf die demokratische Sozialisation der Bürgerinnen und Bürger zugeschrieben. In dieser Tradition der Begründung der Selbstverwaltung ist sie eine Schule der Demokratie, die die Herausbildung staatsbürgerlicher Tugenden wie Toleranz, politisches Engagement und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme fördert (Hendler 1984, S. 352; Frotscher 1983, S. 131). Die eigenverantwortliche Aufgabenerledigung stärkt den Gemeinschaftssinn und die Orientierung des und der Einzelnen am Gemeinwohl. Der tradierte Verwaltungstypus ist daher aus Sicht seiner Protagonisten gerade in modernen, individualisierten Gesellschaften von hoher Ak-

tualität: Die Steuerung öffentlicher Aufgaben in und durch genossenschaftsähnlich organisierte Gemeinschaften schafft bzw. erneuert soziale Bindungen und bildet ein Korrektiv zu anonymisierten und individualisierten Strukturen. Selbstverwaltung hilft, so die Idee, den Entfremdungserscheinungen einer strikt repräsentativen Demokratie und dem Phänomen der Politikverdrossenheit wirksam zu begegnen.

Repräsentations- und Responsivitätsdefizite in den Institutionen des Wohlfahrtsstaats

Allein, das Band, das die soziale Selbstverwaltung mit der Demokratie verbindet, ist brüchig geworden: sowohl das Autonomieprinzip als auch der Gedanke der Verwaltungspartizipation sind deformiert und tragen nur bedingt dazu bei, Demokratie destabilisierenden Prozessen und Politikverdrossenheit ein wirksames Korrektiv zu bieten.

So blicken zwar die Sozialversicherungswahlen auf eine lange Geschichte zurück: bereits die Vorläufer der heutigen Sozialversicherungsträger, genossenschaftliche Einrichtungen zur Selbsthilfe, haben Leitungsgremien durch Wahlen besetzt. An der Legitimation der Selbstverwaltungsakteure durch Wahlen wurde sowohl bei der Bismarckschen Sozialgesetzgebung als auch beim Selbstverwaltungsgesetz von 1951 festgehalten, mit dem die Wiedererrichtung der sozialen Selbstverwaltung nach dem NS-Regime und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde.

Heute sind die Sozialwahlen, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, die drittgrößte Wahl in Deutschland, nach der Wahl zum Deutschen Bundestag und der Wahl

zum Europäischen Parlament. Allerdings stehen die historische Bedeutung und die quantitative Dimension der Sozialversicherungswahlen in einem eklatanten Missverhältnis zu ihrer Beachtung und Bewertung durch die Versicherten und die Öffentlichkeit (Braun et al. 2008, S. 5). Bei der letzten Sozialwahl 2017 lag die Wahlbeteiligung bei 30,42 Prozent. Nachdem die Wahlbeteiligung 30 Jahre lang sank (von 43,85 Prozent auf 30,15 Prozent im Jahr 2011), konnte bei der letzten Wahl 2017 zwar eine Stabilisierung der Wahlbeteiligung erreicht werden – aber ob damit schon eine Trendwende erreicht ist, wie sie der Abschlussbericht der Beauftragten für die Sozialversicherungswahl nahelegt (Sozialwahl 2017, S. 6), erscheint mehr als fraglich. Denn auch die Sozialwahl 2017 ging mit einem sehr negativen Medienecho einher, das deutlich macht, dass dem Selbstverwaltungsmodell ein breiter Rückhalt in der Bevölkerung fehlt bzw. es vielfach auch überhaupt nicht bekannt ist. So sind laut einer aktuellen Umfrage die Sozialwahlen bei insgesamt 68 Prozent der 16- bis 29-jährigen Befragten völlig unbekannt (vdek 2019).

Hierfür gibt es mehrere Ursachen, die (1) im Verhältnis der Selbstverwaltungsorgane zu den Versicherten liegen, (2) im Verhältnis der Selbstverwaltung zum Staat und (3) im Binnenverhältnis der Selbstverwaltung zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren.

*(1) Verhältnis der Selbstverwaltung zu den Versicherten:
fehlende Wahlmöglichkeiten, Repräsentations- und
Responsivitätsdefizite*

Ein wichtiger Indikator zur Messung von Demokratiequalität sind kompetitive Wahlen. Auf just jene wird aber bei

einer Vielzahl der Versicherungsträger bewusst zugunsten der Durchführung von ‚Friedenswahlen‘ verzichtet. Friedenswahlen sind Wahlen ohne eigentliche Wahlhandlung, bei denen diejenigen, die sich zur Wahl stellen, sich auf nur eine Vorschlagsliste einigen oder bei mehreren Vorschlagslisten nicht mehr Bewerber nennen, als Selbstverwaltungsakteure zu wählen sind. Bei den Sozialwahlen 2017 wurden nur bei zehn der insgesamt 161 Versicherungsträger kompetitive Wahlen durchgeführt (Sozialwahl 2017, S. 15). Friedenswahlen sind rechtlich zulässig, keine Frage. Aber sie minimieren die Chancen zur politischen Partizipation und demokratischen Mitgestaltung öffentlicher Institutionen.

Die zweite Ursache sind Repräsentations- und Responsivitätsdefizite. So ist beispielsweise der Frauenanteil an den Selbstverwaltungsakteuren sehr gering: nur 22,6 Prozent der Mandate werden ausweislich des Abschlussberichts der Bundeswahlbeauftragten von Frauen wahrgenommen (Sozialwahl 2017, S. 53). Zwar konnte der Anteil der weiblichen Mandatsträgerinnen seit der Wahl 2011 von 18 Prozent auf 22,6 Prozent gesteigert werden, dennoch sind Frauen in den Organen der sozialen Selbstverwaltung im Vergleich zu ihrem Anteil an der Versichertenschaft noch immer unterrepräsentiert.

Geschlecht ist allerdings nur eine der Dimensionen, die Interessenlagen in der Sozialversicherung beeinflussen. Alter, Gesundheitszustand, Familienstand und Erwerbsstatus sind weitere höchst relevante Dimensionen – und ebenso wie in Bezug auf das Verhältnis der Geschlechter stellt sich die Frage, ob und inwieweit die Interessen der jüngeren Versicherten, der längerfristig Arbeitslosen und ihrer Fami-

lien, sowie die Interessen der behinderten Menschen in den Organen der sozialen Selbstverwaltung repräsentiert sind (Welti 2015, S. 95). Repräsentation ist freilich keine Garantie für Responsivität, also die Bereitschaft der (Selbst)Verwaltung, Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger beim Verwaltungsvollzug zu berücksichtigen (Klenk 2015, Welskop-Deffaa 2015) – eine vielfältige Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane schafft aber günstigere Voraussetzungen für responsives Handeln.

(2) Verhältnis von Selbstverwaltung und Staat

Partizipationsstrukturen tragen nur dann zur Demokratiequalität bei, wenn es für die beteiligten Akteure auch tatsächlich relevante Themen zu entscheiden gibt. Die Akteure der Selbstverwaltung haben durchaus ein breites und relevantes Aufgabenspektrum. Hierzu gehören vor allem die Kontrolle der Geschäftsführung der Versicherungsträger und die Bestellung der hauptamtlichen Führungskräfte. Selbstverwaltungsakteure können bei Leitungsentscheidungen wichtige Impulse setzen, in Grundsatzfragen, bei der Einzelfallprüfung in den Widerspruchsausschüssen oder bei der Beratung der Versicherten. Dennoch ist zu konstatieren, dass der Gestaltungsspielraum der sozialen Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren tendenziell eingeschränkt wurde. Staatliche Aufsichts- und Interventionsrechte wurden über die Jahre immer weiter ausgedehnt, um Kostendämpfungsziele besser zu realisieren und Sozialstaatsreformen durchsetzen zu können. Letzteres wurde zuletzt beim Terminservice- und Versorgungsstärkungsgesetz (TSVG) 2019 sichtbar, mit dem Entscheidungs-

strukturen der für die Digitalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung maßgeblich verantwortlichen *gematik GmbH* so umgestaltet wurden, dass ihre Entscheidungsstrukturen nun vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) dominiert werden.

(3) Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt

Schlussendlich ist die soziale Selbstverwaltung mit den typischen Problemen ehrenamtlicher Gremien in professionell gesteuerten Großorganisationen konfrontiert. Zwar nehmen die ehrenamtlichen Selbstverwaltungsgremien in der Leitungsstruktur der Träger formal eine wichtige Stellung ein. De facto besteht aber zwischen Haupt- und Ehrenamt ein erhebliches Aktivitäts- und Wissensgefälle. Die ehrenamtlichen Gremien sind in ihrer Entscheidungsfindung oft von der Entscheidungsvorbereitung der hauptamtlichen Akteure abhängig bzw. nutzen ihre Initiativ- und Kontrollfunktionen nur unvollständig aus.

So haben beispielsweise die Verwaltungsräte der Krankenkassen die Kompetenz, Art und Umfang der Versicherungsleistungen durch die Satzung zu konkretisieren (§ 1 Abs. 1 SGB I iVm § 194 Abs. 1 Nr. 3 SGB V). In der alltäglichen Praxis beschränken sich die ehrenamtlichen Gremien jedoch oftmals auf die Übernahme des Textes der gesetzlichen Ermächtigung, ohne jedoch die Satzung konkret für das Handeln der eigenen Kasse zu spezifizieren. Die Ausgestaltung wird vielmehr den Vorständen überlassen und mit dem Argument der notwendigen Flexibilität im Wettbewerb der Kassen begründet (Fuchs 2022). So werden die ehrenamtlichen Gremien aber als mögliches doppeltes Korrektiv einer

staatlichen Bürokratie einerseits und einer wettbewerblich gesteuerten Versicherung andererseits für die Versicherten nicht sichtbar.

Reformen zur Verbesserung der Demokratiequalität des Wohlfahrtsstaats

Über die Schwäche der sozialen Selbstverwaltung, ihre Potentiale zur Demokratisierung sozialstaatlicher Institutionen auch tatsächlich zu nutzen, wird seit Jahren diskutiert. In der letzten Legislaturperiode wurden nun nach langer Debatte Reformmaßnahmen verabschiedet, die die Demokratiequalität der sozialen Selbstverwaltung verbessern. So hat der Deutsche Bundestag mit dem 7. SGB IV – Änderungsgesetz 2020 beispielsweise ein Modellprojekt zur Durchführung von Onlinewahlen beschlossen. Bei der kommenden Sozialwahl 2023 wird es nun Onlinewahlen geben (§ 194a, SGB IV). Allerdings nur bei den Krankenkassen, und auch hier nur bei 15 Krankenkassen. Teilnehmen an dem Modellprojekt können die Krankenkassen, die bis 30. September 2020 ihre Satzung dergestalt geändert haben, dass auch Onlinewahlen möglich sind.

Zur Verbesserung der Repräsentativität der Selbstverwaltungsgremien wurde desweiteren eine Geschlechterquote eingeführt. Aber auch hier findet die Veränderung nur inkrementell und in kleinen Schritten statt. Das Gesetz für bessere und unabhängigere Prüfungen (MDK-Reformgesetz), das zum 1. Januar 2020 in Kraft trat, sieht vor, dass im Bereich der Krankenkassen nur Vorschlagslisten zugelassen werden dürfen, die eine Geschlechterquote von mindestens

40 Prozent erfüllen. Für die Träger der Renten- und Unfallversicherung gelten andere Vorschriften. Hier wurde mit dem Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen („Digitale Rentenübersicht“), das im Februar 2021 in Kraft trat, die 40-Prozent-Quote für den Bereich der Renten- und Unfallversicherungsträger nur als „Soll-Vorschrift“ verabschiedet.

Mit dem gleichen Gesetz wurden schließlich auch noch für alle Bereiche der sozialen Selbstverwaltung die Freistellungsregelungen für die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit verbessert und ein zusätzlicher Urlaubsanspruch von bis zu fünf Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährt.

All diese Reformen sind wichtig – sie sind aber nur ein erster Schritt auf dem Weg, die soziale Selbstverwaltung zukunftsfest für das 21. Jahrhundert zu machen. Weitere Reformen müssen folgen. Dabei sollte es zum einen darum gehen, die jetzt beschlossenen Reformen zur Onlinewahl und zur Chancengleichheit auf die gesamte soziale Selbstverwaltung auszudehnen. Wichtig ist zum anderen, dass die Selbstverwaltung auch zwischen den Wahlen für die Versicherten sicht- und ansprechbar wird und ihre Aktivitäten kommuniziert. Hierfür bedarf es keiner gesetzlichen Änderungen, sondern Aktivitäten aus der Selbstverwaltung heraus. Das 2019 neu eingerichtete Informationsportal der sozialen Selbstverwaltung ([soziale-selbstverwaltung.de](https://www.soziale-selbstverwaltung.de)), das über aktuelle Themen der Selbstverwaltung informiert und Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter und ihre Aufgabenfelder vorstellt, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wohlfahrtsstaat und Demokratie – die soziale Selbstverwaltung als ein Band, das sie verbindet?

Die soziale Selbstverwaltung, obgleich bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert eingeführt, kann auch für das 21. Jahrhundert eine gute Antwort auf die Frage sein, in welchem Sozialstaat wir leben wollen. Sie vermittelt zwischen den beiden Extremformen der rein staatlichen und der rein privaten Verwaltung sozialstaatlicher Leistungen, schafft Orte für Beteiligung und kann dazu beitragen, das Wissen über und das Verständnis für komplexe Entscheidungsprozesse in Demokratien zu verbessern und damit die Legitimation von Staatlichkeit insgesamt zu befördern.

Allein: damit die soziale Selbstverwaltung einen demokratieförderlichen Effekt entwickeln kann, sind grundlegende Reformen notwendig. Gegenwärtig ‚rechnen‘ weder die Versicherten noch das professionalisierte Management ernsthaft mit der ehrenamtlichen Selbstverwaltung. Sie sehen in ihr weder ein echtes Unterstützungs- und Beratungsgremium, noch eine Kontrollinstanz (Klenk et al. 2012). Die bevorstehenden Sozialwahlen 2023 bieten eine gute Gelegenheit, die Diskussion über die Reform der sozialen Selbstverwaltung wieder aufzugreifen und dieses Organisationsmodell zukunftsfest für das 21. Jahrhundert zu machen.

Literatur

Braun, B., Klenk, T., Kluth, W., Nullmeier, F., & Welti, F. (2008). *Geschichte und Modernisierung der Sozialversicherungswahlen*. Baden-Baden: Nomos

Frotscher, W. (1983). Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft. In A. von Mutius (Hrsg.), *Selbstverwaltung im Staat der Industriegesellschaft* (Festgabe zum 70. Geburtstag von Georg Christoph von Unruh, S. 127 – 147). Heidelberg: v. Decker

Fuchs, H. (2022). Selbstverwaltung soll Sozialleistungen gestalten! In T. Klenk, B. Braun, & U. Klemens (Hrsg.), *SELBST verwalten! Wie Ehrenamtliche unser Gesundheitswesen mitgestalten* (S. 121 – 135). Stuttgart: Kohlhammer

Hendler, R. (1984). *Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im dynamischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft*. Köln: Heymanns

Marshall, T. H. (1992 [1949]). Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. In E. Rieger (Hrsg.), *Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates* (S. 33 – 94). Frankfurt am Main: Campus

Klenk, T. (2015). Diversität der Lebensläufe. Soziale Selbstverwaltung als Korrektiv. In S. Rixen, & E. M. Welskop-Deffaa (Hrsg.), *Zukunft der Selbstverwaltung – Responsivität und Reformbedarf* (S. 101 – 123). Wiesbaden: Springer VS

Klenk, T., Weyrauch, P., Haarmann, A., & Nullmeier, F. (2012). *Abkehr vom Korporatismus? Sozialversicherungen zwischen Staat, Markt und Verbänden*. Frankfurt a. M.: Campus

Offe, C. (2019[1999]). How can we trust our fellow citizens? In ders., *Institutionen, Normen, Bürgertugenden. Ausgewählte Schriften von Claus Offe* (Band 3, S. 147 – 190). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22261-1_7

Offe, C. (2019 [1987]). Democracy against the Welfare State? Structural Foundations of Neoconservative Political Opportunities. In ders., *Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger. Ausgewählte Schriften von Claus Offe* (Band 2, S. 89 – 121). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22259-8_5

Sozialwahl (2017). *Anstieg der Wahlbeteiligung = hohe Wertschätzung der Selbstverwaltung!* Die Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a411-schlussbericht-sozialwahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Titmuss, R. (1981). *Essays on the Welfare State* (3. überarbeitete Edition). London: George Allen & Unwin

vdek (2019, 22. August). *Einstellungen von Ersatzkassenversicherten zum Thema „Online-Wahl bei der Sozialwahl“*. Verband der Ersatzkassen e.V. https://www.vdek.com/presse/pressemitteilungen/2019/forsa-umfrage-gutachten-online-sozialwahl/_jcr_content/par/download_487069496/file.res/05_forsa_Umfrage_final.pdf

Welskop-Deffaa, E. M. (2015). Partizipation und Responsivität. Zum Ausbau sozialpartnerschaftlicher Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen. In S. Rixen, & E. M. Welskop-Deffaa (Hrsg.), *Zukunft der Selbstverwaltung – Responsivität und Reformbedarf* (S. 69–86). Wiesbaden: Springer VS

Welti, F. (2015). Korporative Beteiligung und pluralistische Beteiligungsrechte: Legitimation und Reformbedarf. In S. Rixen, & E. M. Welskop-Deffaa (Hrsg.), *Zukunft der Selbstverwaltung – Responsivität und Reformbedarf* (S. 97–100). Wiesbaden: Springer VS

Die Autorin

Tanja Klenk hat die Professur für Verwaltungswissenschaft an der Helmut-Schmidt Universität Hamburg. Sie ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin, hat als Redakteurin der *Zeitschrift für Sozialreform* gearbeitet, war wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Bremen und Potsdam, wo sie 2017 habilitierte.

Silke Bothfeld

Sicher und klimafest

Der deutsche Sozialstaat
vor einer doppelten Herausforderung



*Die kritische Inventur unseres
Sozialstaatsgebäudes zeigt:
Es ist höchste Zeit,
den deutschen Sozialstaat
sicher und klimafest zu machen.*

Für seine Krisenfestigkeit während der Corona-Pandemie wird der deutsche Sozialstaat hoch gelobt, betrachten wir ihn jedoch aus der Binnenperspektive, so erweist sich die Decke an vielen Enden als zu kurz. Immer mehr Menschen sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen: Niedriglöhne, diskontinuierliche Beschäftigung oder belastende Beschäftigungsbedingungen lassen Prekarität entstehen. Auch die Zugehörigkeit zur Mittelschicht schützt nicht mehr vor Sorgen um soziale Sicherheit. Gerade der Erfolgsgarant unseres Sozialmodells, die starke Erwerbszentrierung, lässt – zusätzlich unterminiert durch den globalen Waren- und Finanzverkehr und die Digitalisierung der Arbeit – das traditionelle sozialstaatliche „Sicherheitsversprechen“ (Kaufmann 2003) brüchig werden. Und gegenwärtig kommt hinzu, dass Umweltzerstörung und Klimawandel unsere gewohnten Konsum- und Verhaltensmuster, ja vermutlich sogar unser ‚gutes Leben‘ auf diesem Planeten in langfristiger Perspektive insgesamt gefährden, so dass eine ökologische Transformation von Wirtschaft und Politik unausweichlich erscheint. Was bedeutet dies für den deutschen Sozialstaat der Zukunft?

Für eine soziale *und* ökologische Gestaltung des Sozialstaats muss an zwei Stellen angesetzt werden: Zum einen müssen die kollektiven Systeme und die Mindestsicherungssysteme so gestärkt werden, dass Sicherungslücken geschlossen werden und soziale Teilhabe für alle Bürger:innen über den Arbeitsmarkt erreichbar wird. Zum anderen müssen Umfang und Qualität der sozialen Dienstleistungen und der allgemeinen Daseinsvorsorge so austariert werden, dass der soziale Zusammenhalt *und* die ökologische Nachhaltig-

keit miteinander in Einklang gebracht werden. Die soziale Daseinsvorsorge, eine zentrale Säule unseres Sozialstaatsgebäudes, scheint mir ein in der Sozialstaatsreformdebatte oftmals übersehenes aber gewichtiges Potential für einen sozial-ökologischen Umbau zu haben.

Der Erwerbsstatus als Kern sozialer Staatsbürger:innenschaft

In der Sozialstaatsforschung gilt das europäische Sozialmodell als ein Haus, in dem das kollektive Recht der Tarifpolitik und der Sozialversicherungen das erste und zweite Stockwerk bilden, die auf dem Erdgeschoss der arbeitsrechtlichen Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse aufbauen (Offe 2005). Das schützende Dach bilden die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die Vollbeschäftigung garantieren (sollen) und damit das Beschäftigungssystem funktionsfähig halten, während sich die Grundsicherungssysteme gleichsam im Keller des Gebäudes befinden. Die Gesamtheit der genannten sozialen Rechte bildet das ‚Sozialerbe‘ einer Gesellschaft (Castel 2005), das allen Bürger:innen den Zugang zu einem gemeinsam geteilten Lebensstandard eröffnet, wenn eigenes Produktivvermögen fehlt.

Dieses Sozialmodell hat drei starke Vorteile. *Erstens* sind in den ‚konservativ-korporatistischen‘ Sozialstaaten wie Deutschland, Frankreich oder Österreich (Esping-Andersen 1990) soziale Rechte als Gruppenrechte der Erwerbstätigen organisiert. Sie werden von keiner abstrakten Instanz dekretiert, sondern zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen, organisierten Erwerbstätigen und Arbeitgebern, aus-

gehandelt. Sie sind in Form der Sozialversicherungen, des Tarifrechts und der betrieblichen Mitbestimmung institutionalisiert und somit robuster gegen politische Konjunkturen als „einfache“ gesetzliche Regelungen. Kollektive soziale Rechte sind im Erwerbsstatus gebündelt und bilden den Kern der kontinentaleuropäischen Sozialstaatsbürgerschaft (Offe 2005). Auf diese Weise entstehen kollektive Macht und Solidaritätsräume (Supiot 2015). *Zweitens* nehmen die Sozialversicherungen das mittlere Einkommen und nicht das sozio-kulturelle Existenzminimum zum Bezugspunkt für die soziale Sicherung. Hierfür definiert das Arbeitsrecht das ‚Normalarbeitsverhältnis‘, aus dem sich die Ansprüche auf Versicherungsleistungen ableiten. So entsteht die institutionelle Basis für die Herausbildung der breiten Mittelschicht, deren Lebensstandard prinzipiell an den erwirtschafteten Wohlstand geknüpft ist (Vogel 2009). Der Tarifkonflikt und die Sozialversicherungen organisieren die Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital: Sie ziehen die Ressourcen ‚an der Quelle‘ ab und leiten sie als Einkommen direkt in die Privathaushalte (Primärverteilung) oder über die Sozialversicherungen an die Leistungsberechtigten (Sekundärverteilung). Weil die über den Arbeitsmarkt generierten Sozialbeiträge ein sehr viel größeres Volumen für die Umverteilung haben, als die Steuerfinanzierung von Sozialleistungen, ist das Armutrisiko in den Sozialstaaten, die nach dem Sozialversicherungsprinzip organisiert sind, sehr viel geringer als in den angelsächsischen Systemen, auch wenn diese zuvorderst auf Armutsbekämpfung ausgerichtet sind (Korpi und Palme 1998). Und *drittens* sind die öffentlichen gesetzlichen Sozialversicherungen anders als private

Versicherungen flexible Solidarsysteme: Sie sichern immer schon Lebenslagen ab, für die nicht unbedingt Beiträge gezahlt wurden – wie etwa bei der Familienmitversicherung in den Krankenkassen oder die Berücksichtigung von Erziehungsphasen in der Rente. Und auch die Tarifpolitik widmet sich zunehmend qualitativen und gesellschaftspolitisch relevanten Gegenständen, wie Modellen der (individuellen) Arbeitszeitverkürzung oder der Freistellung für und Förderung von Weiterbildung.

Es ist also vor allem eine politische und keine systemische Frage, welche ‚neuen sozialen Risiken‘ in den kollektiven Systemen berücksichtigt werden. Allerdings eignen sich die kollektiven Systeme bislang kaum zur Absicherung von Niedriglöhnen oder atypischer Beschäftigung: Oftmals schützen die Geldleistungen kaum den Lebensstandard oder nicht einmal die soziokulturelle Existenz. Und die Versicherungspflicht gilt auch nicht universell für alle Beschäftigten: Rund fünf Millionen Personen in einem ausschließlichen Minijob und weitere rund zwei Millionen Solo-Selbstständige, aber auch die derzeit (2021) rund eine Million langzeitarbeitslosen Menschen haben keine Aussicht auf eine zuverlässige Absicherung in der Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Das letzte Netz – die Mindestsicherungssysteme

Das größte Problem der erwerbszentrierten sozialen Sicherung ist also, dass der Erwerbsstatus nur solange integrativ wirkt, wie der Zugang zu ‚guter Arbeit‘, also dauerhafter und anständig bezahlter Arbeit, für alle erwerbsfähigen Men-

schen gewährleistet ist. Schwinden Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis, wächst die relative Bedeutung des Grundsicherungssystems. Der deutsche Sozialstaat scheint schlecht darauf vorbereitet, dass immer weniger Erwerbstätige aus ihrem Arbeitsverhältnis ihre gesellschaftliche Teilhabe realisieren können. Bis heute ist die Politik der Armutsbekämpfung der Sozialversicherungspolitik politisch und praktisch nachgeordnet.¹ Wiederholt haben die Sozialverbände vorgerechnet, dass die Leistungen, auch wenn zum persönlichen Regelsatz noch Zuschläge dazukommen, nicht armutsfest sind. Die ‚Hartz-Reformen‘ haben durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Verengung des Zugangs zur Grundsicherung zur kritischen Distanzierung vieler Menschen vom deutschen Sozialstaat und zur sozialen Spaltung beigetragen.

Ein ‚*elephant in the room*‘ – oder um im Bild zu bleiben – ein Elefant im Vorgarten unseres Sozialstaatshauses, also ein drängendes, aber übersehenes Problem, ist die räumliche Konzentration von schwierigen sozialen Lebenslagen, die heute auch in deutschen Großstädten und ländlichen Regionen zunehmend hervortritt. Mit der Finanzialisierung des Immobilienmarktes und der vermehrten Zuwanderung hat sich die Situation noch weiter zugespitzt. Am Beispiel Bremens zeigt sich: Dort sind Armutsrisiko (28,4 Prozent in 2020) und Arbeitslosigkeit (elf Prozent) nicht nur im Bundesvergleich sehr hoch, sondern zudem extrem ungleich über das Stadtgebiet verteilt. Im ehemaligen Werftarbeiterstadtteil Gröpelingen im Bremer Westen, der auch als ‚Ankommensstadtteil‘ für zugewanderte Familien gilt, lag 2020 der Anteil der Grundsicherungsbeziehenden bei 30 Prozent der

erwachsenen Bevölkerung, bei den Kindern sogar bei 51 Prozent (Schwarzer 2021). Kinder, die oft auch in bildungsarmen Haushalten aufwachsen, in einem entsprechenden Umfeld leben und zur Schule gehen, haben kaum Chancen auf ein eigenständiges Leben in Wohlstand. Denn ein weiterer Nachteil ist, dass gerade in Gebieten mit einer sozioökonomisch ungünstigen Struktur auch die Daseinsfürsorge – vor allem bei den Gesundheits- und Bildungseinrichtungen – oftmals löchrig ist. Zudem sind benachteiligte Stadtteile in den Großstädten durch negative Umweltbedingungen, nämlich Vermüllung, Delinquenz, fehlende Verkehrsanbindung, städtebauliche Nachteile oder besondere Umweltprobleme zusätzlich belastet.² Dies hat beunruhigende Folgen: In den benachteiligten Stadtteilen oder ländlichen Räumen ist nicht nur die Wahlbeteiligung gering (Schäfer 2015), sondern auch die Lebenserwartung um bis zu fünf Jahre niedriger als in Landkreisen mit einem überdurchschnittlichen pro-Kopf-Einkommen (Rau und Schmertmann 2020).

Soziale Dienstleistungen – eine dritte Säule

Das Modell des europäischen Sozialstaatshauses betont den Nexus zwischen Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung, die lokalen sozialen Dienstleistungen kommen darin nicht vor. Dabei sind die Dienstleistungen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aus der staatsrechtlichen Perspektive integrativer Bestandteil des modernen Sozialstaats (Neu 2009). Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören nicht nur die Versorgung mit Energie, Sicherheit und Lebensmitteln, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die

Kommunikations- und Verkehrsnetze und ein angemessenes Kulturangebot, sondern auch die Sozialversicherungs- und Grundsicherungssysteme, die sozialen Dienstleistungen und der öffentliche Dienst. Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst also sämtliche staatlichen Leistungen, die die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auf dem Territorium der Bundesrepublik – oder zumindest den sozialen Zusammenhalt – sicherstellen (Neu 2009).

Umfang und Struktur der Daseinsvorsorge wandeln sich im Fahrwasser veränderter Ansprüche und Erwartungen der Bürger:innen (Vogel 2009). Gerade in den vergangenen dreißig Jahren sind die sozialen Dienstleistungen zu einer dritten tragenden Säule des Sozialstaats geworden (Nullmeier und Kaufmann 2010). Dabei folgte vor allem die Expansion der Kindertagesbetreuung den Bedarfen der Mittelschicht: Getrieben vom Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit und dem Pisa-Eklat im Jahr 2000, sind Nachfrage und Angebot von Dienstleistungen der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung mit dem Verweis auf ihren ‚sozialinvestiven‘ Charakter massiv gestiegen: Zwischen 2006 und 2019 verdoppelte sich das pädagogische Personal in der Tagesbetreuung auf über 600.000 Personen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 91).

Bei einem hohem Qualitätsniveau haben die sozialen Dienstleistungen eine egalisierende Wirkung: Sie bedienen die Bedarfe der „vollbeschäftigten“ Mittelschicht und kompensieren zugleich Bildungsdefizite bei Kindern aus bildungsarmen oder zugewanderten Familien. Allerdings bremst der Fachkräftemangel diese Entwicklung: Nicht nur im Erziehungswesen, auch im Pflegebereich fehlen die Mit-

tel, die geringe Bezahlung substantiell zu erhöhen und die hohe Arbeitsbelastung zu reduzieren um diesen Sektor für Arbeitskräfte attraktiver zu machen. ‚Vermarktlichung‘ oder gar die ‚Finanzialisierung‘ dieser Dienstleistungen konterkarieren durch den Lohndruck die Steigerung der Qualität und den Schutz der Beschäftigten zusätzlich.

Auch die begleitenden Hilfestrukturen im Bereich der Grundsicherung sind bis heute unterentwickelt: Die sozialen Dienstleistungen, die über zivilgesellschaftliche, professionelle oder private Träger erbracht werden, sind zunehmend überlastet – erst Recht bringt die Pandemie das lokale Hilfesystem an seine Grenzen, wo öffentliche Anlaufstellen für den Publikumsverkehr geschlossen sind (Kaps et al. 2021). Darüber hinaus bestehen zahlreiche Koordinations- und Schnittstellenprobleme mit den öffentlichen Stellen der kommunalen Sozialpolitik, vor allem dort, wo es das Ressortprinzip erschwert, die multiplen Problemlagen der Menschen in den sozialen Brennpunkten ‚aus einer Hand‘ zu bearbeiten (Stöbe-Blossey 2016).

Die allgemeine öffentliche Daseinsvorsorge

Im auffälligen Unterschied dazu prägen die Angebote des Leistungsstaates die Erwartungen der Mittelschicht: Wohnen und Energieverbrauch, Mobilität und Kommunikation, Ernährung, Umweltschutz und Kultur werden diesen Erwartungen entsprechend von der öffentlichen Hand finanziert, reguliert oder subventioniert. Demzufolge hat sich in der Mittelschicht ein typisches Konsumverhalten herausgebildet und andersherum definiert sich auch die Mittelschicht

über ihre typischen Konsummuster (Vogel 2009). Das hohe Leistungsniveau und breite Leistungsspektrum werden bis heute kaum hinterfragt: Selbst Leistungen, die dem privaten Wohlstand, nicht aber dem öffentlichen Gemeinwohl dienen, werden als selbstverständlich betrachtet. Dabei erweisen sich gerade der Individualverkehr, die hohen Energiekosten großer Wohnflächen, der Flächenverbrauch der Straßen, Parkplätze und Einfamilienhaussiedlungen, aber auch die industriell geprägte Agrarproduktion ebenso wie der globale Handel und Transport von Konsumgütern als die relevanten Treiber für Ressourcenverbrauch und Klimawandel (Göpel 2020).

Die Crux dabei ist: Der universelle Zugang zu diesen Gütern der Daseinsvorsorge verhindert nicht den ‚Mittelschichtsbias‘ ihrer Nutzung. Im Gegenteil, Gutverdienende profitieren vom öffentlich geförderten Leistungsangebot in sehr viel höheren Maße als einkommensschwache Bürger:innen. Konsumansprüche, Vermögen, ‚kulturelles Kapital‘, das Selbstverständnis als Angehörige der Mittelschicht sind häufig die Voraussetzungen dafür, dass öffentlich subventionierte oder finanzierte Strukturen auch genutzt werden. So dienen etwa Innenstadtparkplätze oder Flughäfen einem bestimmten Mobilitätsverhalten und in gepflegten und städtebaulich ansprechenden Stadtteilen mit einer guten infrastrukturellen Ausstattung leben Bürger:innen, die sich dort die Mieten oder den Kauf von Immobilien leisten können. Selbst das Bildungssystem begünstigt die mittlere oder obere Mittelschicht: Bei den Unter-Dreijährigen besuchen Kinder mit Migrationshintergrund nur halb so häufig die öffentliche Tagesbetreuung, und Abiturient:innen,

deren Eltern keinen Universitätsabschluss haben, nehmen (bei gleichen Schulleistungen) deutlich seltener ein Studium auf (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 88).

Zurecht rückt die Frage nach einem Übergang zu klimafreundlichen Verhaltens- und Konsummustern daher auch die soziale Frage in den Fokus. Dabei erweist sich allerdings der Blick auf das ‚untere Ende‘ der staatlichen Leistungserbringung als zu eng: Angesichts der ökologischen Kosten des mittelschichtstypischen Lebensstils, der knappen öffentlichen Ressourcen, des wachsenden Fachkräftemangels und der ungedeckten Bedarfe in den sozialen Dienstleistungen auf der anderen Seite müssen *alle* infrastrukturelle Leistungen, Förderprogramme und Steuerermäßigungen gleichermaßen auf den Prüfstand. Als ein prominentes Beispiel dafür, dass soziale und ökologische Kosten steuerfinanzierter Privilegien schlichtweg externalisiert werden, sei nur das umstrittene Dienstwagenprivileg genannt, das mit mehr als drei Milliarden Euro jährlich überwiegend männlichen Gutverdienenden die Nutzung eines großen PKW aus Steuermitteln subventioniert. Das Hauptproblem der Daseinsvorsorge liegt nicht in ihren hohen Kosten, sondern in der Externalisierung ihrer ungleichen Verteilung und ihrer ökologischen Folgen. Die sozialverträgliche Bewältigung des Klimawandels besteht dann auch nicht zuvorderst darin, dort nachzusteuern, wo die Folgekosten für einen klimafreundlichen Konsum nicht aus eigenen Mitteln bewältigt werden können. Nein, es gilt, eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge zu entwickeln, die ökologische und soziale Kosten nicht länger externalisiert. Die Teilhabe Aller, der Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, die ökologische Ver-

träglichkeit und Klimafreundlichkeit, dies müssen endlich die Prüfkriterien für die Ausgestaltung unserer Leistungssysteme werden.

Vielfacher Handlungsbedarf

Die kritische Inventur unseres Sozialstaatsgebäudes zeigt: Es ist höchste Zeit, den deutschen Sozialstaat sicher und klimafest zu machen.

- Aufgrund seiner hohen Wirksamkeit beim Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital muss das erwerbszentrierte Modell wieder zum Kern der sozialen Sicherung für Alle werden, indem die Arbeitsmarktregulierung und eine starke Tarifpolitik wieder verlässliche und auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse entstehen lassen. Mit einer weiterentwickelten ‚Arbeitsversicherung‘ (vgl. Schmid 2008) wären auch atypisch Beschäftigte besser bedient. Die Akteure der Beschäftigungs- und Industriepolitik müssen ihre Ziele konsequenter zwischen den zwei Strategien des ‚green deal‘ und des ‚Postwachstum‘ definieren und dafür sorgen, dass soziale Folgen des Strukturwandels arbeitsmarkt- und tarifpolitisch abgefangen werden.
- Die Mindestsicherungssysteme müssen endlich armutsfest gemacht und dabei eine Komponente für ökologischen Verbrauch und Konsum berücksichtigt werden (vgl. Bach et al. 2019). Für Bürger:innen, die zeitweise oder mittelfristig über eine schwache Marktposition verfügen, muss der mittelschichtsbezogene Lebensstandard

in Reichweite bleiben. Und schließlich sollte endlich die Grundsicherung im Alter zu einer echten steuerfinanzierten, allgemeinen Volksrente nach skandinavischem Modell ausgebaut und um einen bedarfsdeckenden qualitativ hochwertigen Pflegesektor ergänzt werden. Allein die Perspektive auf ein gutes Leben im Alter wird Druck aus dem System nehmen.

- Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Bekämpfung von Armutslebenslagen sind die Stärkung des öffentlichen Dienstes und die verlässliche Finanzierung lokaler Unterstützungsstrukturen. Die politische Aufmerksamkeit für die Armutsbekämpfung, vor allem durch präventive Politik wie frühkindliche Bildung und Sprachförderung, aber auch die gesundheitliche Prävention, ist in Deutschland mit Verweis auf die Strategie eines ‚Sozialinvestitionsstaats‘ in den vergangenen Jahren gewachsen (Schroeder et al. 2018). Eine Strategie der ‚positiven Diskriminierung‘ von sozialen Brennpunkten lässt sich damit ebenso gut begründen wie der Aufbau integrierter Gesundheitszentren nach dem Modell der WHO.³ Aufgrund ihrer egalisierender Wirkung gilt der Ausbau von ‚universal basic services‘ anstelle eines ‚universal basic income‘ für die sozial-ökologische Transformation als Kernstrategie (führend hier Gough 2019). Ein starker öffentlicher Dienst bleibt hierfür die wichtigste Basis.
- In dem großen und heterogenen Bereich der allgemeinen Daseinsvorsorge wären vor allem zwei Schiefagen zu beheben: die selektive Begünstigung der oberen auf Kosten der unteren Mittelklasse und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Externalisierung der

ökologischen Kosten des hohen mittelschichtsbezogenen Lebensstandards. Vor allem erfordert der ‚davongelaufene‘ private Konsum eine Umsteuerung. Investitionen oder Steuerbegünstigungen wären demgegenüber zukünftig an sozialer Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit zu bewerten.

Fazit: Es bedarf einer doppelten Umverteilung

Die Neuausrichtung des deutschen Sozial- und Leistungsstaats an ökologischen Zielen und die Beendigung der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten ruft nach einem Paradigmenwechsel für die Politik der Daseinsvorsorge. Dies verlangt nicht unbedingt einen Pfadbruch, wohl aber eine konsistente inkrementelle Veränderung und teilweise Ersetzung bestehender institutioneller Strukturen und Regeln. Als begünstigende Faktoren für paradigmatische Veränderungen des Sozialstaats haben sich in der Vergangenheit veränderte Denkmuster, neues Wissen und neue Prozesse der Verarbeitung von wissenschaftlichem Wissen erwiesen (Streeck und Thelen 2005). Welche Elemente braucht also eine politische Strategie, die einen paradigmatischen Wandel unterstützen will?

Erstens bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Debatte, die einen mehrheitsfähigen ökologisch verträglichen Lebensstandard neu definiert: Was ist für uns ein gutes Leben? Wie wichtig sind dabei der soziale Zusammenhalt und der Schutz der Umwelt? Der Erhalt unserer Lebensgrundlage ist seit 1994 im Grundgesetz, Artikel 20a, als staatliches Handlungsziel festgelegt, und die Analysen des Umweltbundes-

amtes zeigen, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung (61 Prozent) den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu den wichtigsten Anliegen eines ‚guten Lebens‘ zählt (BMUV und Umweltbundesamt 2022, S. 63). Politische Kampagnen, die alle gesellschaftlichen Akteure dazu einladen, Handlungsprioritäten zu verändern oder neue Verhaltens- und Konsummuster zu entwickeln, sollten hier anknüpfen und für ein Umdenken werben (vgl. Göpel 2020). Ziel wäre, zu einer tragfähigen und mehrheitsfähigen Definition eines mittleren – sozial und ökologisch vertretbaren – Lebensstandards zu kommen. Dabei braucht es Einsicht in die notwendigen Veränderungen, nach denen Leistungen und Standards aus sozialen Gründen nach unten gesockelt, und aus ökologischen Gründen auch nach oben gedeckelt werden müssen (Gough 2021).

Eine stringendere Evidenzbasierung der Politik der Daseinsvorsorge, die die sozialen und ökologischen Kosten von öffentlichen Leistungen *gleichzeitig* beziffert und als politikrelevant sichtbar macht, würde, *zweitens*, diesen Wandel stützen und fördern. Die simultane CO₂-Bepreisung einzelner Maßnahmen und die Bezifferung ihrer Nutzung nach Einkommensgruppen (Dezilen) könnten den jeweiligen ‚CO₂-Fussabdruck‘ beim Wohnen/Heizen, Mobilität, Ernährung und die soziale Dimension des Ressourcenverbrauchs sichtbar machen (für einen Ansatz vgl. Bach et al. 2019). Dies wäre hilfreich, um den diffamierenden Diskurs über eine vermeintliche ‚Ökodiktatur‘ als Verschleierungstaktik einer klimafeindlichen Strategie der Besitzstandswahrung zu entlarven und Legitimität für eine nachhaltige und stärkere umverteilende Politik zu generieren. Nur so

kann die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten des Mittelschichtlebensstandards langfristig beendet werden. Ein gezieltes öffentliches und von einer Expert:innenkommission gestütztes sozial-ökologisches Monitoring sollte, nach Vorbild der Armuts- oder Bildungsberichterstattung, die vielen vorhandenen Indikatoren und Daten (Flächenverbrauch, CO₂-Produktion, Verteilungswirkungen) systematisch bündeln und den politischen Akteuren damit einen Handlungskorridor für eine (ökologische und verteilungspolitisch gerechte) Umsteuerung aufzeigen.⁴ Eine solche Orientierungshilfe ermöglicht, analog zur Wirtschaftlichkeits- oder Genderprüfung, die Bezifferung der Verteilungs- und Umweltwirkungen von Maßnahmen des Leistungsstaats im Gesetzesverfahren.

Drittens könnten neben der Regulierung oder der Besteuerung umweltschädlicher Produktions- und Konsummuster sehr viel stärker als heute ‚weiche‘ Instrumente der Verhaltenssteuerung zur Anwendung kommen. Das Umweltbundesamt zeigt nämlich, dass viele Menschen für Verhaltensänderungen aufgeschlossen sind, aber auch, dass es eine „Bewusstseins-Verhaltenslücke“ (BMUV und Umweltbundesamt 2022, S. 37) gibt, die sich durch alltagspraktische Hinderungsgründe, Unsicherheit oder fehlende Transparenz und Informationen erklärt. Das interaktive Selbstprüfungsinstrument (Schnell-Check) des Umweltbundesamtes könnte (weiter-)entwickelt und breiter beworben werden, um Bürger:innen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen zu ermöglichen, die Ökologieverträglichkeit ihres konkreten Verhaltens, der Produktion oder ihrer Dienstleistungen zu erfassen und zu bewerten.⁵ Im nächs-

ten Schritt könnte dann die Gewährung von Förderungen, Subventionen oder Steuerermäßigungen an die Einhaltung bestimmter Standards (etwa den Nachweis eines akzeptablen ‚sozial-ökologischen Fußabdruck‘) gebunden werden.

Diese drei Beispiele zeigen: Die politischen Möglichkeiten einer Strategie einer sozial-ökologischen Neuausrichtung der sozialen Daseinsvorsorge sind längst noch nicht ausgeschöpft. Fest steht, die Umverteilung der vorhandenen Ressourcen und Kosten muss in zwei Dimensionen neu organisiert werden: Zwischen Arbeit und Kapital durch die Regulierung des Arbeitsmarktes und die Stärkung der kollektiven Systeme, sowie, stärker als in der Vergangenheit, auch zwischen starken und schwachen Bürger:innen innerhalb einer solidarischen Gesellschaft. Anstelle der systematischen Privilegierung des privaten (und eben oftmals umweltschädlichen) auf Kosten des öffentlichen Wohlstands müssen Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge so getätigt werden, dass sie die Polarität in den Lebensstilen der oberen und der unteren Mittelschicht abmildern und einen Rahmen für ein ökologisch verträgliches ‚gutes Leben‘ für alle Bürger:innen bilden.

Anmerkungen

- 1 Mit dieser Begründung sprechen sich überraschend viele Soziolog:innen, für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Die Probleme eines BGE für den deutschen Sozialstaat habe ich an anderer Stelle skizziert (Bothfeld 2018).
- 2 Die Missstände können oftmals nur durch das eigeninitiative Handeln der Akteure im lokalen Hilfesystem abgefangen werden (für einen Praxisbericht s. etwa Bothfeld et al. 2021).
- 3 In Bremen-Gröpelingen befindet sich solch ein lokales, integriertes Gesundheitszentrum im Aufbau (s. www.liga-gröpelingen.de).
- 4 Die Berichte des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) wären hierfür eine geeignete Basis.
- 5 Einen „CO₂-Schnell-Check“ stellt das Umweltbundesamt online zur Verfügung, mit dem der individuelle CO₂-Ausstoß berechnet werden kann (https://uba.co2-rechner.de/de_DE/).

Literatur

Alle Links wurden am 18. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020). *Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt*. Bielefeld: wbv

Bach, S., Isaak, N., Kemfert, C., Kunert, U., Schill, W.-P., Wäger, N., & Zaklan, A. (2019). *Für eine sozialverträgliche CO₂-Bepreisung*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Politikberatung kompakt Nr. 138. http://tp-presseagentur.de/wp-content/uploads/2019/07/diwkompakt_2019-138.pdf

BMUV, & Umweltbundesamt (Hrsg.) (2022). *Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/ubs_2020_0.pdf

Bothfeld, S. (2018). Das bedingungslose Grundeinkommen zwischen Utopie und sozialstaatlicher Wirklichkeit. *Leviathan*, 46(1), 81 – 108

Bothfeld, S., Davis, S., Esper, M., Hermerath, Y., Kling, A. J., Köhler, H., Savira, A. G., Schwampe, H., & Senyürek, M. (Hrsg.) (2021). *Faces of Gröpelingen: ein studentisches Projekt der Hochschule Bremen im Wintersemester 2020/21*. Bremen: Hochschule Bremen

Castel, R. (2005). *Die Stärkung des Sozialen*. Hamburg: HIS-Verlagsgesellschaft

Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press

Göpel, M. (2020). *Unsere Welt neu denken: eine Einladung*. Berlin: Ullstein

Gough, I. (2019). *Heat, Greed and Human Need: Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing*. Cheltenham: Elgar

Gough, I. (2021). Two scenarios for sustainable welfare: a framework for an eco-social contract. *Social Policy and Society*, 21(3), 1 – 13

Kaps, P., Reiter, R., Oschmiansky, F., & Popp, S. (2021, 31. August). *Wie sind soziale Dienstleister und ihre Nutzenden von der COVID-19-Pandemie betroffen?* (Endbericht). Berlin: Zentrum für Evaluation und Politikberatung. https://zep-partner.de/FIS_Coronafolgen_Dienstleister_ZEP_Endbericht_20210830.pdf

Kaufmann, F.-X. (2003). Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität. In S. Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse* (S. 73 – 104). Frankfurt a. M. und New York: Campus

Korpi, W., & Palme, J. (1998). The paradox of redistribution and strategies of equality: welfare state institutions, inequality, and poverty in the Western countries. *American Sociological Review*, 63(5), 661 – 687

Neu, C. (2009). Daseinsvorsorge – eine Einführung. In Dies., *Daseinsvorsorge: Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung* (S. 9 – 19). Wiesbaden: VS Verlag

Nullmeier, F., & Kaufmann, F.-X. (2010). Post-War Welfare State Development. In F. G. Castles, S. Leibfried, J. Lewis, H. Obinger, & C. Pierson (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State* (S. 81 – 204). Oxford: Oxford University Press

Offe, C. (2005). Soziale Sicherheit im supranationalen Kontext: Europäische Integration und die Zukunft des „Europäischen Sozialmodells“. In M. Miller (Hrsg.), *Welten des Kapitalismus: Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie* (S. 189 – 225). Frankfurt a. M. und New York: Campus

Rau, R., & Schmertmann, C. P. (2020). District-Level Life Expectancy in Germany. *Deutsches Ärzteblatt international*, 117(29 – 30), 493 – 499

Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M.: Campus

Schmid, G. (2008). *Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung: Wege zu einer neuen Balance individueller Verantwortung und Solidarität durch eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

Schroeder, W., Klenk, T., Berzel, A., & Akel, A. (2018). Vorfahrt für Vorsorge? Konzeptionen vorbeugender Sozialpolitik in den deutschen Bundesländern. *Sozialer Fortschritt*, 67(8/9), 713 – 736

Schwarzer, T. (2021). Armut im Land Bremen 2020. *KammerKompakt*, Nr 4(2021). https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/KammerKompakt_Armut_Bremen_2020_Web.pdf

Stöbe-Blossey, S. (2016). Kooperation in der Sozialpolitik: Koordinationsmechanismen an den Schnittstellen von Politikfeldern. *der moderne staat*, 9(1), 161 – 182

Streeck, W., & Thelen, K. (2005): Introduction. In Dies. (Hrsg.), *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies* (S. 3 – 39). Oxford: Oxford University Press

Supiot, A. (2015). Der Rechtsgrundsatz der Solidarität. In W. Kohte, & N. Absenger (Hrsg.), *Menschenrechte und Solidarität im internationalen Diskurs. Festschrift für Armin Höland* (S. 165 – 182). Baden-Baden: Nomos

Vogel, B. (2009). Wohlfahrtstaatliche Daseinsvorsorge und soziale Ungleichheit. In C. Neu (Hrsg.), *Daseinsvorsorge: Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung* (S. 67 – 79). Wiesbaden: VS Verlag

Die Autorin

Silke Bothfeld leitet den Internationalen Studiengang Politikmanagement an der Universität Bremen. Sie hat eine Professur für Internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik. Vorher war sie am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans Böckler Stiftung tätig. Ihre Forschungs- und Publikations-Schwerpunkte sind Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik.

Dieter Rucht

Linke und rechte Mobilisierungspotentiale seit 1990



In einem seit Bestehen der Republik nicht gekannten Ausmaß, begünstigt durch die „Flüchtlingskrise“ und die „Coronakrise“ und forciert durch internetbasierte Kommunikationsplattformen, hat sich in den letzten Jahren ein weit verzweigtes Netzwerk rechtspopulistischer und rechtsradikaler Gruppierungen herausgebildet.

Das seit dem frühen 19. Jahrhundert geläufige Links-Rechts-Schema kann gleichermaßen für personale politische Einstellungen wie für die Klassifizierung von Gruppen, sozialen Bewegungen, Parteien, Regierungen und Regimen verwendet werden. Wiederholt ist allerdings die Brauchbarkeit dieses Schemas für inhaltlich gehaltvolle Positionsbestimmungen in Frage gestellt worden. Manche Kritiker:innen halten es aufgrund neuerer Entwicklungen für ergänzungsbedürftig; andere erklären es für rundweg überholt. Wiederum andere bestreiten zwar nicht die Aussagekraft von Zuschreibungen nach dem Links-Rechts-Schema, aber verorten sich selbst jenseits (also auch nicht im mittleren Bereich) dieser Kategorisierung.

Nachfolgend wird zunächst auf Ergänzungen, Problematisierungen und Erweiterungen des Rechts-Links-Schemas eingegangen und die These vertreten, dass es nach wie vor eine zentrale Orientierungsfunktion besitzt. In einem zweiten Schritt geht es um das ideologische Profil und die Mobilisierungen linker und rechter Bewegungen im wiedervereinigten Deutschland. Am Schluss steht eine knappe Zusammenfassung und ein Ausblick auf die Zukunft linker und rechter Bewegungen.

Zur Problematisierung des Links-Rechts-Schemas¹

Die Kategorisierung politischer Positionen auf der Links-Rechts-Achse, die auf die Sitzordnung in der französischen Abgeordnetenversammlung von 1814 zurückgeführt wird, ist in der politischen Kommunikation weit verbreitet. In der politischen Soziologie wird das Links-Rechts-Schema als eine

von mehreren historisch tief verwurzelten Spaltungslinien (*cleavages*) europäischer Gesellschaften verstanden. Diese Spaltung, die sich in manchen Fällen auch als relative spannungsarme Positionierung innerhalb eines politischen Kontinuums manifestieren kann, dessen Ränder nur schwach besetzt sind, ist bis heute im Parteiensystem und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen fest verankert. Es handelt sich um einen „frozen conflict“ (Lipset und Rokkan 1967). Dagegen hat die Bedeutung der drei anderen *cleavages* (religiös vs. säkular, Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie) stark abgenommen.

In einer groben Annäherung werden linke Positionen primär mit dem Streben nach politischer und sozialer Gleichheit, aufklärerischen und emanzipatorischen Forderungen und der Bereitschaft zu sozialen und kulturellen Neuerungen assoziiert, rechte Positionen dagegen eher mit der Hinnahme oder Förderung sozialer Hierarchie, der Wahrung von Tradition und Brauchtum sowie der Abwehr raschen sozialen Wandels (Bobbio 1994). Wirtschaftspolitisch befürworten Linke staatliche Eingriffe und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Dagegen verteidigen Rechte (aber auch Liberale) unternehmerische Freiheit und den Schutz des Privateigentums.

Die Links-Rechts-Kategorisierung ist auch in der Alltagskommunikation präsent. Wenn Leute gefragt werden, wo sie im Grundsätzlichen politisch stehen, so bedienen sich viele dieses Schemas. Es dient der Komplexitätsreduktion; man muss nicht lange und umständliche Erklärungen zu vielen Einzelthemen abgeben, um sich und auch andere mittels dieses Schemas grob zu positionieren.

In den Sozialwissenschaften wurde gelegentlich Kritik an der Eindimensionalität des Links-Rechts-Schemas geäußert, das neueren Entwicklungen nicht Rechnung tragen würde. So haben Politikwissenschaftler:innen auf den Gegensatz von materialistischen und postmaterialistischen Werten (Inglehart 1977) bzw. von „alter“ und „neuer Politik“ hingewiesen (Hildebrandt und Dalton 1977; Kitschelt und Hellemans 1990). Allerdings hat sich gezeigt, dass das Links-Rechts-Schema eine starke Absorptionskraft auch auf zunächst analytisch zu trennende Wertdimensionen ausübt. So hat sich de facto an Stelle einer halbwegs gleichen Verteilung von vier Positionen (links, rechts, Materialismus, Postmaterialismus) eine Spannungslinie zwischen einer postmaterialistischen Linken und einer materialistischen Rechten herausgeschält.

Tabelle 1: Linke und rechte Werte nach Noelle-Neumann	
Linke Werte	Rechte Werte
Gleichheit	Unterschiedsbetonung
Gerechtigkeit	Autorität
menschliche Nähe	menschliche Distanz
Formlosigkeit (Duzen)	Umgangsformen (Siezen)
Spontaneität	Disziplin Planung
Internationalismus	Nationalisierung
Kosmopolitismus	Nationalismus
Quelle: Eigene Darstellung nach Noelle-Neumann (1996).	

Was in der Wissenschaft als links und rechts definiert wird, mag nicht immer deckungsgleich sein mit dem, was die große Mehrheit der Bevölkerung darunter versteht (Fuchs und Klingemann 1989; Fuchs und Kühnel 1990; Neundorf 2011). Die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann (1996) hat eine kleine Liste linker und rechter Werte aufgestellt, die aufgrund von Befragungen der Bevölkerung zustande kam (vgl. Tabelle 1). Diese Liste ist sicherlich in Teilen zeitgebunden, in Teilen sogar äußerst fragwürdig, wenn etwa Spontaneität der Linken, Planung dagegen der Rechten zugeordnet wird. Die generelle Unschärfe der Begriffe spiegelt sich zudem bei einzelnen Werten, die der Konkretisierung von links und rechts dienen sollen.

Abgesehen von Bekräftigungen dieses Links-Rechts-Schemas, mit dem auch Feindbilder zum Ausdruck gebracht werden können (zum Beispiel in dem Slogan „Rotfront verrecke“), gab es immer wieder Anläufe, es zu relativieren, in neuen politischen Formationen aufzuheben oder ganz hinter sich zu lassen. Erinnert sei nur an den Agrarpopulismus des späten 19. und 20. Jahrhunderts oder Teile der faschistischen Bewegungen. Von Letzteren stammt auch der in der Weimarer Republik verbreitete Begriff der „Querfront“, der heute wieder in Umlauf gekommen ist (Storz 2015). Manche Neonazi-Gruppen fordern zuweilen einen Brückenschlag zwischen rechts und links, um es „denen da oben“ zu zeigen, wie es der frühere Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt formulierte. Auf linker Seite wiederum gibt es angesichts der aktuellen Corona-Demonstrationen Signale einer Öffnung für rechte Positionen, die sich allerdings auf kleine Splittergruppen wie die „Freie Linke“ beschränken. Auch Teile der

Sozialdemokratie mit ihren Proklamationen eines „Dritten Wegs“ (Tony Blair und Gerhard Schröder) sowie die Grünen in ihrer Frühphase in Deutschland („weder links noch rechts“) und Frankreich („ni droite ni gauche“) versuchten diesen Gegensatz zu überwinden. Ähnlich positionierte sich die von Emmanuel Macron 2016 ins Leben gerufene Partei „En marche“.

Um eine vermutete oder behauptete Erosion des Links-Rechts-Schemas zu erklären, werden zwei grundlegende Argumentationslinien vorgetragen. *Erstens*: Wir haben es mit einem langfristigen Prozess der Entpolarisierung bzw. Entideologisierung zu tun. Es gibt, bezogen auf das Parteiensystem, das Wählerverhalten und das Denken der Bevölkerung, einen Trend zur politischen Mitte; damit schwindet die Bedeutung des linken und rechten Rands. Weil es eine Verlagerung hin zur Mitte gibt, müssten sich die sich dort ansiedelnden Parteien und Gruppen eben durch andere Merkmale als durch die Links-Rechts-Kategorisierung unterscheiden, zum Beispiel durch Personalisierung oder durch die gezielte Ansprache bestimmter Klientelgruppen.

Zweitens: Die Gesellschaft, die Politik und ihre Probleme werden immer komplexer. Die Positionen dazu lassen sich nicht länger in das Korsett einer eindimensionalen Kategorisierung zwingen. Wir haben es nicht mehr mit stabilen Klassenlagen, sondern mit sich immer weiter ausdifferenzierenden sozialen Milieus zu tun. Diese beinhalten je spezifische Werthaltungen, Interessen und Erwartungen gegenüber der Politik. Man gehört eben nicht mehr von der Wiege bis zur Bahre einer festgefügtten sozialen Gruppe an, wählt nicht ein Leben lang die gleiche Partei, die womöglich schon

Eltern und Großeltern gewählt haben. Entsprechend dieser Argumentation kann man die Probleme nicht mehr unter die Berufung auf generalisierte politisch-ideologische Standpunkte angehen, sondern muss sie pragmatisch, sach- und fachorientiert, vielleicht sogar technokratisch anpacken. Somit sind die Bezugspunkte links oder rechts zu unscharf, zu unspezifisch, zu inhaltsleer, um daraus Kriterien für „richtige“ Politik abzuleiten.

Gegen beide Thesen lassen sich Einwände und wiederum Gegeneinwände formulieren, was hier nicht nachgezeichnet werden soll. Festzuhalten ist jedenfalls, dass das Links-Rechts-Schema schon oft totgesagt wurde. Gleichwohl ist zu vermuten, dass es uns noch lange erhalten bleiben wird. Daran kann auch die derzeitige (2021) Debatte um eine „Querfront“ wenig ändern, selbst wenn von außen besehen einige Übereinstimmungen zwischen linken und rechten Positionen festzustellen sind: etwa die Ablehnung der Freihandelsabkommen TTIP und CETA, das Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment, die Befürwortung von direkter Demokratie und einiges mehr. Meine These lautet, dass die derzeitige Querfront-Debatte nicht das Ende des Links-Rechts-Schemas signalisiert, sondern sogar dessen Geltung bekräftigen kann.

Zum einen wird die grundsätzliche Identifikation als politische Linke oder Rechte nicht aufgehoben, sondern lediglich durch punktuelle, teils taktische, teils lediglich behauptete Gemeinsamkeiten bekräftigt. Wenn also gefordert wird, Linke und Rechte müssten in dieser und jener Frage zusammenarbeiten, so tun sie das immer noch als Linke bzw. Rechte.

Zum anderen gibt es von linker Seite keine oder nur ganz vereinzelte Annäherungen an die Rechte. Die Avancen gehen fast immer von der rechten Seite aus, aber werden von der Linken abgewiesen. Auch die Organisatoren der letzten großen Demonstrationen gegen CETA und TTIP wollten von rechten Parolen, rechten Figuren und rechter Unterstützung nichts wissen; sie haben sich davon schon im Vorfeld und während der Proteste konsequent und scharf abgegrenzt. Dagegen wurde auf *Spiegel Online* schon vor den Protesten faktenfrei behauptet, bei den TTIP-Protesten seien „die Rechten nicht Mitläufer, sondern heimliche Anführer“ (Neubacher 2016). Der Subtext solcher Aussagen – aber auch der gängigen Extremismusforschung – lautet, dass die politische Weisheit in der politischen Mitte zu finden sei. Doch selbst wenn dies richtig wäre: Die analytische Geltung des Orientierungsschemas links/rechts wird in solchen Annahmen nicht aufgehoben, sondern bestätigt.

Zum Profil linker und rechter Bewegungen

Ungeachtet einzelner Schwankungen haben linke wie rechte Bewegungen durchgängig die Geschichte der Bundesrepublik begleitet, allerdings nur phasenweise wirklich geprägt. In den Nachkriegsjahren spielte zunächst die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dann die Wiederbewaffnung eine wichtige Rolle. Die zwei ersten Drittel der 1960er Jahre waren, was ideologische Konflikte angeht, relativ ruhig. Dagegen bildet das letzte Drittel dieses Jahrzehnts eine Hochphase linker Bewegungen. All das, und auch die beiden nachfolgenden Jahrzehnte bis

zur deutschen Wiedervereinigung, bleiben hier ausgeklammert.

Es wäre verfehlt, das gesamte Protestgeschehen unter dem Vorzeichen des Links-Rechts-Schemas abzuhandeln. Zwar können alle Parteien in Deutschland, sofern sie ein thematisch breit gefächertes Programm vertreten und sich nicht auf ein einzelnes Sachthema (wie zum Beispiel Tierschutz) beschränken, zumindest grob innerhalb des Links-Rechts-Schemas verortet werden. Teilweise signalisieren bereits die Namen der Parteien eine derartige Zuordnung. Dies trifft allerdings nicht in gleicher Weise auf viele Protestgruppen und Protestkampagnen zu. Beispielsweise haben sich linke und rechte Gruppen im Jahr 2014 an einer Serie von „Mahnwachen für den Frieden“ (auch Montagsmahnwachen genannt) beteiligt. Vor allem aber existiert eine Fülle von zumeist lokal und regional ausgerichteten Protestgruppen (zum Beispiel gegen Infrastrukturprojekte im Bereich Verkehr, Energieversorgung, Industrieanlagen), die keine über ihr spezifisches Thema hinausgehenden Forderungen erheben und sich damit auch nicht auf der Links-Rechts-Achse einordnen lassen. Weiterhin ist mit Blick auf die Mobilisierungen zu manchen Großthemen wie Ökologie, Frieden/Abrüstung und Migration festzuhalten, dass sie zwar eine dominant linke oder aber rechte Grundierung aufweisen, aber auch Gruppen aus dem ideologisch entgegengesetzten Lager einschließen können. So beteiligten sich am Rande von Protesten gegen Atomenergie auch rechte und völkische Gruppierungen wie der „Weltbund zum Schutz des Lebens“.

Daneben existieren freilich auch Kampagnen und soziale Bewegungen mit einem relativ „reinen“ politisch-ideolo-

gischen Profil. In diesem Sinne sind die historische Arbeiterbewegung in ihrer sozialistischen oder kommunistischen Prägung, aber auch die radikalfeministische Bewegung als eindeutig links, sind der historische Nationalsozialismus, die Reichsbürger, die Identitäre Bewegung und das Pegida-Netzwerk der Gegenwart als eindeutig rechts einzustufen.

Im Gesamtbild, wenngleich nicht hinsichtlich aller Einzelthemen, ist festzuhalten, dass die Protestmobilisierung linker Gruppen die der rechten Gruppen bei weitem übertrifft. Nach den Daten aus dem Prodat-Projekt (dazu Rucht 2001) lag zum Beispiel die Relation der prodemokratischen vs. antidemokratischen Protestereignisse im Zeitraum von 1950 bis 2002 bei 3,2 zu 1. Noch stärker ist die Diskrepanz hinsichtlich der Teilnehmerzahlen. Hier beträgt die Relation rund 9 zu 1. Die linksorientierten Proteste für Frieden und Abrüstung haben mehrfach Hunderttausende von Demonstrant:innen auf die Straße gebracht. Dagegen erreichten konservativ ausgerichtete Proteste nur vereinzelt – so solche gegen die Sexualerziehung in den Schulen oder gegen die liberale Handhabung der Abtreibung – Größenordnungen von mehreren zehntausend Menschen. Eindeutig rechtslastige Proteste, beispielsweise anlässlich der Wehrmachtsausstellung in München im März 1997 oder in Erinnerung an den „Bombenholocaust“ in Dresden im Februar 2009, versammelten nur einige tausend Teilnehmer:innen. Auch ist anzunehmen, dass die Gegenmobilisierung auf linker Seite in der Summe weitaus stärker ausfiel als im Fall der umgekehrten Konstellation.

Die Neigung zu Protestgewalt, gemessen als Anteil gewaltförmiger Proteste an allen Protesten, war bis in die

1980er Jahre auf der linken Seite größer. Seitdem hat sie sich nach rechts verschoben. Daran haben die Aktivitäten in den neuen Bundesländern einen überproportionalen Anteil. Während im radikalen linken Segment der 1970er und 80er Jahre Sympathien für die zahlenmäßig sehr kleinen links-terroristischen Gruppen bestanden, ist diese Unterstützung seither fast vollständig geschwunden. Dadurch, aber auch dank effektiver staatlicher Repression, spielt im heutigen Deutschland organisierter Linksterrorismus keine nennenswerte Rolle. Anders verhält es sich jedoch im rechtsradikalen Lager, wo Morddrohungen und rechtsterroristische Aktivitäten an Bedeutung gewinnen.

Der zu Beginn der 1990er Jahre einsetzende Streit um Zuwanderung und die Änderung des Asylrechts waren von einer Stärkung ausländerfeindlicher, rechtspopulistischer und rechtsradikaler Gruppierungen und deren zunehmend selbstbewussten öffentlichen Auftritten begleitet. Dieses Thema hat zu bis heute anhaltenden Protesten und Gegenprotesten geführt. Mit dem Aufkommen der Pegida-Bewegung, die in Dresden ihren Ausgang nahm und ihren quantitativen Höhepunkt in der ersten Hälfte des Jahres 2015 erreichte, wurde die Größenordnung bisheriger, von rechtsradikalen Gruppen initiiert Demonstrationen deutlich übertroffen. Im Januar 2015 hatten sich an einer Pegida-Veranstaltung in Dresden mehr als 20.000 Menschen beteiligt. Ableger von Pegida breiteten sich in zahlreichen Städten Ost- und Westdeutschlands aus, stießen aber im Westen auf eine stärkere Gegenmobilisierung als im Osten. Mit dem ab 2016 einsetzenden Rückgang der Zahl von Asylsuchenden verlor die ausländerfeindliche Mobilisierung an Breite und

Stoßkraft. Sie wurde im Rahmen diverser Straßenproteste und Übergriffe auf kleinerer Flamme fortgesetzt, fand aber zugleich in Form einzelner Anschläge bis hin zu politisch motivierten Morden, die bereits in den frühen 1990er Jahren zugenommen hatten, eine erneute Zuspitzung.

Mit der Corona-Pandemie und den darauf folgenden politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus rückte ein neues Thema auf die Protestagenda. Einzelne lokale Proteste der Gegner:innen solcher Maßnahmen erreichten bereits im Sommer 2020 eine Größenordnung von mehreren Zehntausend Menschen. Hierbei ist allerdings die Heterogenität der beteiligten Gruppen und sozialen Milieus hervorzuheben, die nicht alle dem rechten Lager zuzurechnen sind. Die Zahl der nachfolgenden Corona-Proteste nahm ab Herbst 2021 deutlich zu. Auch breiteten sich die Proteste in der Fläche aus und erreichten nun zunehmend Kleinstädte und ländliche Regionen. „Querdenker“, Impfgegner:innen und weitere Gruppen vermochten an einzelnen Tagen im Januar 2022 bundesweit bis zu 180.000 Teilnehmer:innen zu verbuchen. Mit fortdauernder Pandemie und damit verbundener Maßnahmen seitens des Gesetzgebers und der Regierungen wurde die Tonlage zunehmend aggressiver, die Präsenz rechtsradikaler Kreise immer deutlicher. Damit einher geht auch ein Anwachsen antisemitischer und antifeministischer Stellungnahmen und Aktionen.

Auf der linken Seite ist das Themenspektrum anhaltend breit gefächert. Entsprechend differenziert gestaltet sich auch das Protestgeschehen. Anliegen und Forderungen der in den 1970er Jahren aufgekommenen Neuen Sozialen Bewegungen werden bis heute weitergetragen. Sie fan-

den im Rahmen globalisierungskritischer Proteste um die Jahrhundertwende und der nur kurzzeitig aufflammenden Occupy-Bewegung um 2012 eine etwas andere Akzentuierung. Der linksradikale Rand, der noch in den 1990er Jahren vor allem von der Bewegung der Autonomen geprägt worden war, verlor parallel zum Aufkommen neuer Netzwerke, darunter die Interventionistische Linke, einen Teil seiner Mobilisierungskraft. Eher kontinuierlich, wenngleich ohne bedeutsame zahlenmäßige Erweiterung, agierte das Spektrum der Antifa-Gruppen.

Breiter angelegte linke Bündnisse wie die um 2015 kulminierende Blockupy-Bewegung konnten nicht auf Dauer gestellt werden. Die eher traditionell ausgerichtete Linke in Gestalt der Gewerkschaften, des linken Flügels der Sozialdemokratie und der Partei Die Linke (bzw. deren Vorgänger) hat seit Beginn der 1990er Jahre diverse bewegungszentrierte Proteste und Kampagnen unterstützt. Jedoch ist dieses Spektrum, abgesehen von Mobilisierungen gegen die Agenda-21-Politik und andere Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen in der Phase von 2004/05, nicht mit kraftvollen Mobilisierungen hervorgetreten. Eine nur geringe bzw. nur kurzzeitige Aufmerksamkeit fanden die von linken Parteien ausgehende Bestrebungen einer Bündelung progressiver Kräfte, sei es im nach wie vor verfolgten Projekt einer „Mosaiklinken“ oder der von Sahra Wagenknecht initiierten und dann rasch implodierten linken Sammlungsbewegung namens „Aufstehen!“. Große, einzelne linke Spektren übergreifende Protestkundgebungen kamen immerhin mit Blick auf die geplanten Freihandelskampagnen TTIPP und CETA im Jahr 2016 (mit 320.000 Demonstrierenden in sieben

Großstädten laut Angaben der Veranstalter:innen), dann auch im Rahmen des lockeren Bündnisses von „unteilbar“ zusammen. An dessen bislang größter Einzelveranstaltung am 13. Oktober 2018 nahmen – laut Organisator:innen – 240.000 Menschen teil.

Die bereits erwähnten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, an denen sich vor allem in der Anfangsphase einige schillernde Figuren aus der linken Szene beteiligten, führten auch zu bürgerlich geprägten und/oder linksorientierten Gegenprotesten. Diese vermochten zwar vereinzelt die Zahl der Gegner:innen der Corona-Maßnahmen zu übertreffen, mündeten aber bislang nicht in eine quantitativ bedeutsame Bewegung – dies auch aufgrund des nun bis in das linksradikale Lager reichenden Respekts vor behördlichen Auflagen und Einschränkungen im Kontext der Pandemie.

Rekordzahlen hatte dagegen die zunächst jugendlich geprägte Klimabewegung Fridays for Future (FFF) vor allem im Jahr 2019 zu verzeichnen. Für den 20. September des Jahres reklamierten die Organisator:innen von FFF die Teilnahme von 1,4 Millionen Menschen in Deutschland. FFF ist allerdings im Unterschied zu einigen anderen Gruppierungen innerhalb der Klimaschutzbewegung (zum Beispiel Ende Gelände) nicht als eine genuin linke Bewegung anzusehen. Die Gruppierung drängt bislang lediglich auf die konsequente Umsetzung von bereits getroffenen Regierungsbeschlüssen, scheut aber eine offene Thematisierung der Systemfrage und somit eine grundlegende ideologische Positionierung. Versuche von linksradikaler Seite, die Systemfrage im Zusammenhang mit der klimapolitischen Auseinandersetzung ins Zentrum zu rücken und auf radikale Strategien und Pro-

test umzuschwenken, sind bislang bei FFF auf wenig Gegenliebe gestoßen, haben jedoch zu vermehrten Diskussionen und Spannungen innerhalb von FFF und anderen Gruppen der Klimabewegung geführt.

Fazit und Ausblick

Die Entwicklung linker und rechter Mobilisierungspotentiale in Deutschland kann abschließend in fünf Punkten zusammengefasst werden:

- (1) Das Links-Rechts-Schema wurde wiederholt als unzureichend kritisiert oder sogar als völlig untauglich verworfen. Als ein pragmatisch gehandhabtes Orientierungsmuster ist es allerdings sowohl für die Selbst- wie die Fremdeinstufung von anhaltend großer Bedeutung. Wenngleich dieses Schema keineswegs auf alle politischen Entscheidungsmaterien anwendbar ist, so dient es doch als vertraute und häufig genutzte Hintergrundfolie, auf der sich politisch-ideologische Grundpositionen abtragen lassen.
- (2) Obgleich systematische und belastbare Längsschnittdaten über mehrere Jahrzehnte hinweg fehlen, ist anzunehmen, dass die Mobilisierungspotentiale linker wie rechter Bewegungen in Deutschland relativ stabil sind. Davon sind die markanten Auf- und Abschwünge konkreter Protestmobilisierung zu unterscheiden, die durch viele kontextgebundene Faktoren beeinflusst werden. Insgesamt erweisen sich linke Bewegungen im Vergleich zu rechten Bewegungen als weitaus mobilisierungsstärker.

- (3) Dass das linke Protestspektrum deutlich stärker als sein rechtes Pendant mobilisiert, ergibt sich erstens aus dem der Linken inhärenten Drang zu sozialen Veränderungen – auch im Sinne von Neuerungen. Da auch in repräsentativen Demokratien die politischen Eliten eher auf dem Status quo beharren und insoweit strukturkonservativ sind, muss eine auf Reform und Innovationen drängende Linke viel Druck erzeugen, um auch nur bescheidene Änderungen anzustoßen. Dagegen können sich rechte Kräfte eher abwartend verhalten, um erst bei starkem linken Druck mit einer Gegenmobilisierung zu reagieren. Ein zweiter Hintergrundfaktor für die stärkere Mobilisierung auf linker Seite ist das dort verfochtene partizipatorische und aktivistische Demokratieverständnis, das auf eine intensive und möglichst dauerhafte Bürgerbeteiligung, auf eine „starke Demokratie“ (Barber 1994) zielt. Diese Grundhaltung kann dann auch für thematisch spezifische Protestmobilisierungen genutzt werden.
- (4) Die Neigung zu Protestgewalt, die zunächst auf der linken Seite überwog, hat sich seit den 1990er Jahren nach rechts verlagert. Die Teilnehmer:innenzahlen an gewaltförmigen Protesten werden allerdings aufgrund der am Spektakel orientierten medialen Berichterstattung überschätzt. Auf der rechten wie linken Seite ist die Beteiligung, relativ zur Gesamtzahl der Protestierenden, sehr gering. In den letzten Jahren mehren sich allerdings die Anzeichen für die Formierung eines Rechtsterrorismus, was, wenngleich mit erheblicher Verzögerung, inzwischen auch von behördlicher Seite eingeräumt wird.

(5) Im Vergleich europäischer Länder nimmt Deutschland hinsichtlich der Profilierung und Polarisierung linker und rechter Bewegungen eine mittlere Position ein. Obgleich belastbare Daten bislang fehlen, gibt es doch Anzeichen dafür, dass vor allem durch das Erstarken rechter Bewegungen die politische Polarisierung wächst und voraussichtlich auch weiter wachsen wird. In einem seit Bestehen der Republik nicht gekannten Ausmaß, begünstigt durch die „Flüchtlingskrise“ und die „Corona-krise“ und forciert durch internetbasierte Kommunikationsplattformen, hat sich in den letzten Jahren ein weit verzweigtes Netzwerk rechtspopulistischer und rechtsradikaler Gruppierungen herausgebildet, das vermutlich auch eine starke Gegenmobilisierung hervorrufen wird. Vereinzelte Versuche einer taktisch motivierten Allianz zwischen linken und rechten Gruppierungen werden dagegen eine Randerscheinung bleiben.

Anmerkung

1 Dieser Abschnitt ist teilweise identisch mit dem Beitrag von Rucht (2016).

Literatur

Alle Links wurden am 18. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Barber, B. (1994 [1984]). *Starke Demokratie – Über die Teilhabe am Politischen*. Berlin: Rotbuch

Bobbio, R. (1994). *Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach

Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (1989). Das Links-Rechts-Schema als politischer Code: ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage. In M. Haller, H.-J. Hoffmann-Nowotny, & W. Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft* (S. 484–498). Frankfurt a. M.: Campus

Fuchs, D., & Kühnel, S. (1990). Die evaluative Bedeutung des Links-Rechts-Schemas. In M. Kaase, & H. D. Klingemann (Hrsg.), *Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1987* (S. 217–252). Opladen: Westdeutscher Verlag

Hildebrandt, K., & Dalton, R. (1977). Die neue Politik. *Politische Vierteljahresschrift*, 18(2/3), 230–256

Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press

Kitschelt, H., & Hellemans, S. (1990). The Left-right Semantics and the New Politics Cleavage. *Comparative Political Studies*, 23(2), 210–238

Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In Dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives* (S. 1–64). New York: Free Press

Noelle-Neumann, E. (1996). Die rechten und die linken Werte. Ein Ringen um das Meinungsklima. In: K. Graf Balleström, & H. Ottmann (Hrsg.), *Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowitz zum 65. Geburtstag* (S. 243–267). Berlin: Duncker & Humblot (Beiträge zur politischen Wissenschaft, Band 89)

Neubacher, A. (2016, 10. Oktober). Schauermärchen vom rechten Rand. *Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-bei-der-demo-marschieren-rechte-mit-kommentar-a-1057131.html>

Neundorf, A. (2011). Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990–2008. *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 45, 233–256

Rucht, D. (Hrsg) (2001). *Protest in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a. M.: Campus

Rucht, D. (2016). Links, rechts, quer? Anmerkungen zur politischen Semantik. *WZB-Mitteilungen*, Nr. 154 (Dezember), 15–17

Storz, W. (2015). „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung. https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP18_Storz_2015_10_19.pdf

Der Autor

Dieter Rucht ist Soziologe und war bis zu seiner Emeritierung 2011 Honorarprofessor am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften) sowie Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), dem er bis heute als senior fellow verbunden ist. Rucht war zudem bis Anfang 2018 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und von 2012–2020 Mitglied im Vorstand des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

Horst Kahrs

Was heißt „linke Politik“ und was wird aus ihr?



Moderne Ungleichheitskonflikte um Migration (Innen – Außen), Identität (Wir – Sie), Ökologie (Heute – Morgen) ersetzen nicht den klassischen, von linker Politik bearbeiteten Konflikt Arbeit – Kapital oder den patriarchalen Konflikt Mann – Frau. Vielmehr fordern sie linke Politik heraus, politisch produktive Verbindungen zwischen den Konfliktachsen herzustellen.

„Sozialismus im Sinn gemeinsamer Naturbeherrschung, Abschaffung der Unterschiede von Besitz und Notstand, Garantie der größten, nur durch die Erfordernisse friedlichen Zusammenlebens eingeschränkten individuellen Unabhängigkeit, erscheint als Resultat des westlichen Gedankens über den Gang der Zivilisation. Die Verbindung mit dem Klassenkampf ist überholt. Das Ziel liegt in Wahrheit Proletariern nicht näher als den aufgeklärten Bürgern.“

Max Horkheimer, Marx heute (1981 [1968])

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind

- für die *äußere Rechte* moderne Irrwege gegen die auf Kampf, Vorherrschaft, Rassen- und Geschlechtsunterschiede gepolte menschliche Natur;
- für die *Mitte* Grundwerte politischer Rhetorik, die in den Menschenrechten, dem Rechtsstaat sowie freien, gleichen und geheimen Wahlen institutionelle Anker haben, im Alltag aber allfälligen Notwendigkeiten des Kapitalismus und männlicher Macht weichen müssen;
- für die *Linke* ein gesellschaftliches Großprojekt der Moderne, das es zu vollenden gilt.

Die politische und gesellschaftliche Linke findet sich in verschiedenen inhaltlichen Schattierungen und organisatorischen Formationen wieder: in Parteien, in Gewerkschaften, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Entsprechend divers sind die

Inhalte „linker Politik“. Doch was ist das Gemeinsame? Ein Versuch in sieben Schritten, der sich an den grob skizzierten Eingangsunterscheidungen orientiert.

Gleichheit und Unbehagen an der Ungleichheit

„Linke Politik“ erhält, gestaltet und weitet die materiellen, sozialen und kulturellen Räume für das „Linkssein“ in kapitalistisch strukturierten Gesellschaften mit einem demokratischen politischen System. Linke Politik stellt einen Zusammenhang her zwischen der sozialen Lage und bestimmten Werten und normativen Orientierungen von Individuen auf der einen Seite und den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen und Machtverhältnissen der vorgefundenen Gesellschaft auf der anderen Seite.

„Linkssein“ meint bestimmte, früh erworbene, über familiäre, Klassen- und Milieubindungen tradierte Deutungen und Haltungen zur Welt, damit verbundene Orientierungen in der Lebensführung und entsprechende Alltagspraxen, die sich vom „Rechtssein“ unterscheiden: Gleichheit und Fairness, Demokratie und Freiheit, Gemeinschaft/Kooperation und Solidarität als erstrebenswerte Leitlinien der eigenen Lebensgestaltung. Die wesentliche Scheidelinie, aus der sich letztlich alles andere ergibt, ist – mit Noberto Bobbio (2021) – das Verhältnis zur Gleichheit. „Links“ steht für eine horizontale, egalitäre Vision von Gesellschaft, „rechts“ für eine vertikale, hierarchische Vorstellung: Gleichheit oder Ungleichheit der Rechte und Pflichten gegenüber der Allgemeinheit, unabhängig oder abhängig von Stand, Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Einkommen.

Wer dem Axiom der Gleichheit folgt, sieht die Grenzen der eigenen Freiheit in der Freiheit des Anderen, erkennt jedem und jeder das gleiche Recht zu auf Sicherheit und Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen und das gleiche Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Biografie, auf Emanzipation und Persönlichkeitsbildung. Ungleichheit muss sich legitimieren vor denen, die von ihr negativ betroffen sind: Warum es gerecht oder zumindest hinzunehmen sein soll, dass die einen weniger Kontrolle und Selbststimmung über ihre Biografie haben (sollen) als die anderen. Marx verband Gleichheit einst mit dem kategorischen Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1976, S. 385) und stattdessen gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx und Engels 1977, S. 482). Der revolutionäre Impuls, der von der Gleichheit ausgeht, bezieht sich von Beginn an auf „den Menschen“, nicht nur „den Arbeiter“. Und gleichzeitig stößt er an die Grenzen dessen, was dem „Linkssein“ an Lebenspraxis als Teil einer Ungleichheit perpetuierenden Gesellschaft möglich und abzuverlangen ist. Das Unbehagen und Leiden an den „falschen“ Zuständen ist dem Linkssein eingeschrieben. „Rechtssein“ heißt, die Verhältnisse zum eigenen Vorteil auszunutzen, wie schlecht es anderen dabei auch ergehen mag.

Linke Politik greift dieses Unbehagen, das Gefühl wie auch das Wissen auf, dass es so, wie es ist, nicht gut ist bzw. nicht gut gehen kann, und übersetzt es in politische Energie, in kollektive Kräfte der emanzipatorischen Veränderung. Sie

bearbeitet die Spannung, die Ungleichzeitigkeit zwischen „Wie es sein sollte und könnte“ und „Wie es tatsächlich ist“, sie reflektiert den Unterschied zwischen den Möglichkeiten notwendiger Veränderung und den je eigenen Möglichkeiten individuellen Handelns. Sie beschreibt, wie es besser sein könnte und warum es „machbar“ wäre. Sie zeigt und öffnet Wege, damit Bürgerinnen und Bürger aktiver Teil gesellschaftlicher Transformation werden können.

Das „Reich der Freiheit“

Linke Politik will niemanden „beglücken“. Sie zielt zuallererst auf die Abwesenheit von unnötigem Mangel und auf den gleichberechtigten Zugang zu den materiellen und sozialen Mitteln, die für ein selbstbestimmtes, „erfülltes menschliches Leben“ (Wright 2019) notwendig sind: Wasser, Energie, Nahrung, Wohnung, Gesundheitsfürsorge, Bildung und Wissen, Information, Kommunikation, Mobilität. Der Kapitalismus hat in über zweihundert Jahren die menschlichen Produktivkräfte so weit entwickelt und unabhängig von den Zufällen der Natur gemacht, dass in keinem Flecken des Planeten noch Mangel an diesen elementaren Lebensmitteln herrschen müsste. Herrschaft, die sich mit der Sicherung des Lebensnotwendigen begründet, verliert damit vor dem Prinzip der Gleichheit ihre Legitimation. Und mit der Entwicklung der Produktivkräfte geht auch jedes Argument verloren, warum das Prinzip der Gleichheit und des gleichberechtigten Zugangs nicht universell gelten sollte – und kann.

Der Kapitalismus und die „große Industrie“ schufen die materiellen Voraussetzungen für zivile, freundliche und

gute nachbarschaftliche Verhältnisse zwischen den Menschen und Staaten – jedoch auf eine Weise und mit Methoden, die vielfach das genaue Gegenteil praktizierten. Mit Unterdrückung und Ausbeutung schuf der Kapitalismus Verhältnisse, die gutes Arbeiten und gutes Leben für alle möglich machen würden. Aus diesem Widerspruch speisen sich Wunsch und Wille zur Veränderung, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wenn heute eine Welt ohne Mangel möglich wäre, warum sollte es nicht auch Morgen und Übermorgen so sein? Deshalb geht es immer auch darum, für zukünftige Generationen die Abwesenheit von Mangel mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau eines erfüllten Lebens (nachhaltig) zu erhalten. Linkssein kennt ein Morgen bzw. eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen; umso mehr, als ökologische Zerstörung und Erderwärmung die materiellen Grundlagen der Abwesenheit von Mangel bedrohen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz vom März 2021 folgt im Grunde einem solchen linken Freiheitsverständnis: Auch in den kommenden Jahrzehnten sollen die Bürgerinnen und Bürger über die demokratische Freiheit verfügen, die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen zu können statt ökologischen Notständen unterworfen zu sein.

Demokratie, Freiheit, Solidarität

Das Verständnis von Freiheit, dass sich aus dem Prinzip der Gleichheit herleitet, ist notwendig mit Demokratie verbunden. Meint Freiheit die Selbstbestimmung, die freie Entscheidung die eigene Person betreffend (Privatsphäre), so meint

Demokratie die Entscheidungen, die auch weitere Personen betreffen (öffentliche Sphäre). Demokratie beschränkt sich in diesem Verständnis nicht auf die „Herrschaft des Volkes“ bzw. die Kontrolle der Staatsmacht durch die Bürgerinnen und Bürger. Dem Linkssein geht es um die demokratische Gesellschaft, um Demokratie als Lebensweise (Oskar Negt), um mehr als den demokratischen Staat: die Beseitigung aller Hindernisse, die Menschen im Wege stehen, sich angemessen und gleichberechtigt an allen Entscheidungen beteiligen zu können, die ihr Leben in erheblichem Umfang beeinflussen. Ob sie es dann auch tun, steht auf einem anderen Blatt.

Eine demokratische Gesellschaft ist ohne demokratischen Betrieb, ohne die „freie Assoziation der freien Produzenten“ des Kommunistischen Manifestes nicht denkbar. Lohnarbeit, der Verkauf der eigenen Arbeitskraft, impliziert, für begrenzte Zeit am Tag die Verfügung über die eigene Lebenszeit an Andere abzutreten. Kapitalismus bedeutet Produktion von Mehrwert mittels der Fähigkeit, fremde Lebenszeit kommandieren zu können. Die dem frühen Kapitalismus gemäße Utopie behauptete, die Entwicklung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Produzentenwissens lasse die Abwesenheit von autoritärer Herrschaft heranreifen, ermögliche die demokratische Kontrolle des Betriebes und der gesamten gesellschaftlichen Produktion. Tatsächlich scheiterten alle historischen Versuche, dieses Versprechen wahr werden zu lassen, an den Problemen demokratischer Planung der gesellschaftlichen Investitionsentscheidungen, und führten stattdessen zu neuen Formen autoritärer bürokratischer Herrschaft und Bevormundung. Auf einem anderen Weg wurden Tarif- und

Arbeitsrecht, betriebliche Mitbestimmung und Elemente der Wirtschaftsdemokratie auf- und ausgebaut, aber eine Demokratisierung der Investitionsfunktion unterblieb. Szenarien zu entwickeln, wie eine Wirtschaft funktioniert, deren Organisationen lokal, regional, national und global auf demokratischen Entscheidungsprozessen fußen, ist die große Herausforderung.

Ein moderner Sozialstaat ist für eine demokratische Gesellschaft in kapitalistischen Formationen nahezu unabdingbar. Neben allen materiellen Sicherungen gegen elementare Not und neben dem Abbau von gesellschaftlichen Hindernissen gleicher Beteiligung obliegt es ihm zu gewährleisten, zu einem vertretbaren Preis „Nein“ sagen zu können: zu Über-Ausbeutung, zu mangelndem Respekt und Diskriminierung, zur Missachtung der Rechte anderer. Wer sich in existentieller Abhängigkeit befindet, kann nicht frei entscheiden. In diesem Sinne verlässliches „Sozialeigentum“ (Robert Castel 2011) versteht linke Politik als notwendige Kehrseite des Eigentums an den Produktionsmitteln. Ursprünglich als Absicherung der spezifischen Risiken der Lohnarbeit (Alter, Krankheit/Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit) entstanden, fällt dem Sozialstaat in demokratischen Gesellschaften auch die Aufgabe zu, generell die notwendigen Voraussetzungen für die Wahrnehmung demokratischer Beteiligungsrechte zu schützen und zu sichern.

Schließlich zählen zum Linkssein Solidarität, Gemeinschaft, Kooperation, Fürsorge füreinander. Menschen sollten miteinander kooperieren, sich wechselseitig moralisch verpflichtet fühlen und an den Belangen anderer interessiert sein. Solidargemeinschaften wie Nachbarschaften, Vereine,

Organisationen, Dörfer und Städte, auch Nationen sind immer auch Schutzgemeinschaften und beweisen sich in der Not. Gemeinschaften jedweder Art haben Zutrittsregeln, gerade auch für die Inanspruchnahme von Solidarität in einem Verein, einer Gewerkschaft, einer Solidarkasse, in einem Nationalstaat. Sie unterliegen einer fatalen Dialektik: Je stärker dieses Gemeinschaftsgefühl mit starren Grenzen der Zugehörigkeit und Mitgliedschaft verbunden ist – oft Bedingungen für ein hohes Maß an innerer Egalität – desto repressiver kann es alle ausschließen, die nicht dazugehören. Solidarität ist nicht per se links, sondern nur im Zusammenspiel mit den anderen linken Maßstäben zur Bewertung gesellschaftlicher Institutionen und sozialer Strukturen. Diese Maßstäbe selbst stehen in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander: die Abwesenheit von Mangel für alle gleich zu gewährleisten, birgt die Tendenz zur Unfreiheit (Max Horkheimer 1981 [1968]).

Allfälliges Streben nach universeller Gültigkeit

Linke Politik entwickelt sich in zweierlei Spannungsfeldern. Erstens sind da die global äußerst ungleich verteilten Möglichkeiten eines erfüllten Lebens, für Hunderte von Millionen geht es stattdessen tagtäglich um das nackte Überleben. Das Wissen um die himmelschreiende Ungerechtigkeit von Hunger, Wasser- und Energiemangel nährt ständiges (wenngleich ungleich verteiltes und unterschiedlich starkes) Unbehagen am noch so bescheidenen Wohlstand hier. Dieses Unbehagen kann zur emphatischen Quelle linker Politik werden wie auch zu affektiver Abwehr, zu Nationalismus,

Rassismus, Festungsmentalität führen. Und zweitens geht es darum, die Wertmaßstäbe, die normativen Orientierungen linker Politik immer wieder neu auszubalancieren, einer einseitigen Verabsolutierung zu widerstehen und diese ständige Abwägung erkennbar und nachvollziehbar, also lebensnah zu machen; zu wissen, wo die Grenzen des Handelns einzelner liegen und wo Institutionen und Strukturen verändert werden müssen, um diese Grenzen zu verschieben.

Vor fast dreißig Jahren diagnostizierte Eric Hobsbawm im „Zeitalter der Extreme“ zwei langfristige Entwicklungslinien, die beiden „zentralsten und auf lange Sicht entscheidenden Probleme“ gesellschaftlicher Entwicklung und damit linker Politik: ökologische Krise sowie Bevölkerungswachstum und Migration. Die reichen Länder mit ihren vielen alten Bürgerinnen und Bürgern und wenigen Kindern sähen sich vor die Wahl gestellt, entweder massive Immigration zu gestatten, um den Preis heftiger innerstaatlicher Spannungen, oder sich zu verbarrikadieren, was sich als unmöglich herausstellen würde. „Unstrittig aber ist, dass diese Spannungen in den kommenden Jahrzehnten ein wesentlicher Faktor jeder nationalen wie der globalen Politik sein werden.“ (Hobsbawm 1998, S. 701) Die ökologische Krise erfordere globale Lösungen, müsse zugleich radikal und realistisch sein und verlange ein Gleichgewicht zwischen der Menschheit, den von ihr konsumierten (ersetzbaren) Ressourcen und den Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Umwelt – eine Aufgabe, die „weder wissenschaftlicher noch technologischer, sondern politischer und gesellschaftlicher Art“ sei. Die Krise, in die linke Politik seit den 1990er Jahren europaweit geraten ist, hat viel mit der Leugnung der

Bedeutung dieser beiden Entwicklungsdynamiken bzw. mit unzureichenden Antworten zu tun.

Universelle Gleichheit verlangt, jedem Menschen, ob Frau oder Mann, das gleiche Recht zuzugestehen. Jeder Mensch hat demnach das Recht, sich auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen zu begeben. Doch welche Pflichten folgen daraus für die Gesellschaft, in die migriert wird? Jeder Mensch hat das Recht auf einen gleichen „ökologischen Fußabdruck“. Mit der entsprechenden nationalstaatlich verfassten Ungleichheit in den alten Industriestaaten – der Treibhausgasausstoß der Lebensweise der wohlhabendsten zehn Prozent in Deutschland ist sechsmal höher als die Emission der ärmeren Hälfte – lernt die linke Politik allmählich politisch umzugehen. Doch was folgt daraus – und in welchem Zeitrahmen – angesichts der globalen Ungleichheit? Was bedeutet das für systematisch auf Externalisierung ökologischer Kosten setzende entwickelte Volkswirtschaften? Linke Politik wird hierauf Antworten finden müssen, die dem Maßstab universeller Gleichheit auf einer vertretbaren Zeitachse gerecht werden.

Migration und Klimawandel nähren gesellschaftliche Konflikte, die sich nicht eindeutig sozialstrukturell verorten lassen wie der traditionelle Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital bzw. Oben und Unten. Sie durchziehen alle sozialen Schichten. Auch die (industrielle) Arbeiterbewegung war in ihren ideologischen Orientierungen nicht homogen, sondern zuweilen offen gespalten, etwa in die egalitären, zum Beispiel sozialdemokratisch-sozialistischen und die eher hierarchischen, etwa christlich-katholischen Strömungen und Milieus. „Linkssein“ wie „Rechtssein“ sind

nicht an bestimmte sozialstrukturelle Voraussetzungen gebunden. Die modernen Ungleichheitskonflikte um Migration (Innen – Außen), Identität (Wir – Sie), Ökologie (Heute – Morgen) ersetzen nicht den klassischen, von linker Politik bearbeiteten Konflikt Arbeit – Kapital oder den patriarchalen Konflikt Mann – Frau. Vielmehr fordern sie linke Politik heraus, politisch produktive Verbindungen zwischen den Konfliktachsen herzustellen. (vgl. Mau et al 2020; Lux et al. 2021). Die Linke ist dabei in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten mehr und mehr in die Defensive geraten gegenüber einer autoritären Rechten, der es zum Beispiel gelungen ist, aus der Verbindung von Identitätsfragen und Migrationsfragen politische Funken zu schlagen.

Beteiligung ermöglichen

Eine linke politische Verbindung von Ungleichheitskonflikten könnte an dem ansetzen, was weiter oben als „Unbehagen“ angedeutet wurde, als Brüche, als Spannungen im Linkssein. Die entscheidende Potenz liegt in dem Unterschied zwischen den Möglichkeiten individuellen Verhaltens und systemischen Strukturen. Die historische Erfahrung lehrt, wie kontraproduktiv es ist, Notwendigkeiten, Untergangsszenarien, gar Apokalypsen zu beschwören, um individuelle Verhaltensänderungen – und sei es nur eine Wahlentscheidung – herbeizuführen; und ebenfalls, wie umgekehrt „die Systemfrage stellen“ auch nicht zu zünden vermag. Das Kommunistische Manifest entwarf ein Reich der Möglichkeiten, der Freiheit, das zu gewinnen war, für das zu kämpfen ein erfüllteres Leben versprach. Gegen Ende

des 19. Jahrhunderts und dann vor allem nach 1945 setzte sich die Erfahrung fest, dass auch im Kapitalismus bessere Lebensverhältnisse für die arbeitenden Klassen, ein sozialer Aufstieg aus proletarischen Lebenslagen möglich sein kann. Gleichwohl blieb es dabei: links geht es politisch um die kommenden Möglichkeiten, rechts um die Verteidigung etablierter Strukturen.

Tatsächlich kommt es darauf an, dass der und die Einzelne sich in der alltäglichen Lebensführung als aktiver Teil gesellschaftlicher Transformation begreifen kann, wenn er und sie es wollen. Dafür dürfen sie nicht vor unüberwindlichen bzw. nicht zumutbaren Hindernissen stehen. Selbstverständlich kommt es bei der ökologischen Transformation auch auf das individuelle Verhalten an, doch wenn mehr als vier Fünftel aller Emissionen in Deutschland energiebasiert sind, sind der Wirkung individuellen Verhaltens enge Grenzen gesetzt.

Bedacht werden muss indes vor allem, dass die alltägliche Lebensführung gerade deshalb alltäglich ist, weil sie auf bestimmten Routinen beruht. Linke Politik fragt daher danach, über welche Möglichkeiten der Einzelne gemäß seiner sozialen Lage verfügt, seine Alltagsroutinen zu verändern, welche institutionellen bzw. systemisch-strukturellen Umstellungen nötig wären, um diese Möglichkeiten zu vergrößern. Linke Politik empört sich daher, wenn zum Beispiel die staatlich verordneten Regelsätze für die Grundsicherung keinen ausreichenden Anteil für den Kauf nachhaltiger produzierter Lebensmittel vorsehen, aber gleichzeitig Konsumenten-Entscheidungen beim Umbau der Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen sollen (vom Inflationsausgleich

zu schweigen). So wird ein Bevölkerungsteil systemisch gehindert, Teil des gesellschaftlichen Projekts der sozial-ökologischen Transformation zu sein. Aus diesem Grund, um diesen und andere Ausschlüsse zu verhindern, um die Teilhabe zu ermöglichen, hat linke Politik ein besonderes Augenmerk für die soziale Lage der einkommensärmeren Teile der Bevölkerung; und wird den wohlhabenderen Teilen aus Gründen der Gleichheit größere Anstrengungen zur Veränderung ihres Alltages vorschlagen. Linke Politik steht, so wäre zu verallgemeinern, nicht auf der Seite „der Arbeiterin“, weil sie Arbeiterin ist, sondern weil in einer Gesellschaft, in der Bildungskapital zur sozialen Distinktion entscheidend geworden ist, der ja immer noch notwendigen Handarbeit die gleiche soziale Würde und Anerkennung zukommen sollte wie der Kopfarbeit.

Politische Ökonomie der Arbeit

Wie lassen sich diese Perspektiven auf linke Politik bündeln, was sollte erkennbarer Fluchtpunkt linker Politik sein? Linke Politik könnte der politischen Ökonomie des Kapitals eine politische Ökonomie der Arbeit, der Arbeitskraft bzw. des Arbeitsvermögens gegenüberstellen, die sich sowohl auf die (Erfordernisse der Reproduktion der) Ware Arbeitskraft als auch auf die Arbeit als tätige Lebensäußerung freier Persönlichkeiten bezieht. Kreist die politische Ökonomie des Kapitals um die Erwirtschaftung von Mehrwert und Profit, so die politische Ökonomie der Arbeit um die soziale und gesellschaftliche Reproduktion der materiellen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen eines erfüllten Lebens.

Die jüngsten Erfahrungen mit autoritären und faschistoiden Bewegungen, mit der Zersetzung einer demokratischen Öffentlichkeit, mit dem Eintritt globaler „worst cases“ wie der Pandemie, aber auch mit der endgültigen Aufkündigung der Nachkriegsordnung durch den russischen Überfall auf die Ukraine lassen die Gewährleistung von „sicheren demokratischen Lebensverhältnissen“ und „Schutz“ in anderem Licht erscheinen. Welche Lehren können aus diesen gesellschaftlichen Erfahrungen gezogen werden, welche Schlussfolgerungen und Veränderungen sind aus der Sicht einer auf abhängige Arbeit oder kleiner Selbstständigkeit angewiesenen Bevölkerung notwendig?

Die weit überwiegende Mehrheit der Menschen kann sich privat organisierte Sicherheit nicht leisten, sie ist angewiesen auf verlässliche öffentliche Infrastruktur – von der Wasser- und Energieversorgung über das Informationswesen und die öffentliche Verwaltung bis hin zur Bildung –, zu der auch in Notzeiten gleichberechtigter Zugang möglich sein muss. Die öffentlichen Einrichtungen, die wirtschaftlichen Prozesse, die für einen krisenfesten Alltag unverzichtbar sind, sowie die demokratischen Institutionen handlungsfähiger und resilienter für kommende Krisen zu machen, sie an zukünftige Extrem(wetter)lagen anzupassen, ist ein alltagsnahes Anliegen, woran linke Politik deutlich machen kann, worum es ihr geht. Die jüngsten Unterbrechungen der Alltagsroutinen zeigten den Verschleiß, die Brüchigkeit und Verletzlichkeit der Gemeinschaftseinrichtungen und die Notwendigkeit, Reserven und Puffer zu schaffen. Deren Umfang und Qualität muss erkämpft werden auf Kosten privatisierter Gewinne, hoher Einkommen

und großer Vermögen. Als Leitbild einer solchen Politik demokratischer Resilienz können die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung und Public Health-Politiken dienen: die Entwicklung gesundheitsfördernder Gesamtpolitik und gesundheitsfördernder Lebenswelten, in denen die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse und über die eigene Biografie eine wichtige Rolle spielt. Eine besondere Aufgabe kommt dabei der Technologie- und Forschungspolitik (zum Beispiel „künstliche Intelligenz“, Biowissenschaften) zu, womit linke Politik auch wieder zu einem Marx'schen Gedanken zurückfände: für gesellschaftliche und politische Bedingungen zu sorgen, unter denen Wissenschaft, Forschung und Technologie dem Ziel eines erfüllten Lebens im globalen Maßstab dienen.

Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus und linkes Erwartungsmanagement

In den zurückliegenden 150 Jahren konnte sich kein alternatives gesellschaftspolitisches System, kein „Sozialismus-Modell“ erfolgreich gegen den Kapitalismus behaupten. Das spricht nicht grundsätzlich gegen den revolutionären Umsturz als modus operandi linker Politik, macht aber die verbreitete Skepsis im (Wähler-)Potential linker Politik gegenüber der „Systemfrage“ verständlich. Seit dem Ende der Systemkonkurrenz liegt die Zustimmung zu den „Werten des Sozialismus“ im Gegensatz zu den „Werten des Kapitalismus“ in den Industrieländern konstant zwischen 40 und 60 Prozent der Bevölkerung bei gleichzeitiger Ablehnung des vormals real existierenden Systems. Dass eine dauer-

hafte emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus möglich ist, zählt nicht mehr zu den Gewissheiten linker Politik, wohl aber die Erfahrung, dass es gelingen kann, ihm demokratische sozialstaatliche Zügel anzulegen und Entwicklungsrichtungen etwa durch staatliche Forschungs-, Struktur- und Industriepolitik zu beeinflussen. Auch ist es möglich, Lebens- und Wirtschaftsbereiche in relativer Unabhängigkeit vom Profitprinzip zu organisieren und so alternative soziale Milieus zu stützen. Andererseits zeigt sich die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus gerade auch in der Aneignung von Elementen der Gegenkultur, kultureller Codes und Emanzipationsbestrebungen.

Auf der linken Seite des politischen Feldes agieren eine Vielzahl von Organisationen, Parteien, Bewegungen mit je eigenen Schwerpunkten. Was oftmals als Zersplitterung der Kräfte wahrgenommen wird, lässt sich auch als angemessener Ausdruck der Komplexität globaler gesellschaftlicher Verhältnisse begreifen. Für eine erfolgreichere Zukunft linker Politik käme es dann darauf an, den gemeinsamen linken Wertehorizont erkennbar zu machen, nämlich das Streben nach Verwirklichung universeller Gleichheit von unterschiedlichen Ausgangspunkten aus als Basis für politische Kooperation und Synergien.

Bezug genommen werden könnte dabei auf Willy Brandt: Nachdem die Sozialdemokratie im nationalstaatlichen Rahmen mit betrieblicher Mitbestimmung und Ausbildungsförderung im institutionellen Sinn die letzten „Lücken“ im Sozialstaat geschlossen hatte, stellte er 1980 als Vorsitzender der UN-„Nord-Süd-Kommission“ mit dem Bericht „Das Überleben sichern“ (Brandt 1982) die Linken nun

vor eine globale Herausforderung. Liest man diesen Bericht heute erneut, werden die Versäumnisse der zurückliegenden Jahre deutlich. Die transnationalstaatliche Zusammenarbeit der Linken ist unterentwickelt, gerade auch angesichts der sich herausbildenden neuen machtpolitischen Weltordnung. Und das Erwartungsmanagement vieler Linker gerade in „Menschheitsfragen“ bewegt sich nicht auf der Höhe der Zeit bzw. bleibt alten Aporien verhaftet: Man sollte aufgrund der Produktivkraftentwicklung des Kapitalismus erwarten, dass Hunger und absolute Armut abgeschafft wären. Man kann damit aber nicht warten, bis der Kapitalismus überwunden ist. Die Dringlichkeit der Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft wird nur innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise in dem notwendigen Zeitrahmen möglich sein – ob es mit ihr gelingt, ist gleichwohl mit guten Argumenten zu bezweifeln. Radikaler Pragmatismus als linker Politikmodus verlangt vom Kapitalismus daher doppelte Anpassung: Dekarbonisierung, um weitere Erderwärmung zu begrenzen, und sozio-ökologische Maßnahmen zur Anpassung an den stattfindenden Klimawandel.

Literatur

Die Links wurden am 19. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Bobbio, N. (2021 [1994]). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach

Brandt, W. (Hrsg.) (1982): *Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer*. Köln: Kiepenheuer & Witsch

Castel, R. (2011). *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*. Hamburg: Hamburger Edition

Hobsbawm, E. (1998). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: dtv

Horkheimer, M. (1981 [1968]). Marx heute. In Ders., *Gesellschaft im Übergang. Aufsätze, Reden und Vorträge 1942 – 1970*, Frankfurt a. M.: Fischer

Lux, T., Mau, S. & Jacobi, A. (2021). Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie*, 32, 173 – 212. <https://doi.org/10.1007/s11609-021-00456-4>

Marx, K. (1976). *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung* (MEW 1, S. 378-391). Berlin: Dietz

Marx, K., & Engels, F. (1977). *Manifest der kommunistischen Partei* (MEW 4, S. 459 – 493). Berlin: Dietz

Mau, S., Lux, T., & Gülzau, F. (2020). Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie*, 30, 317 – 346. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00420-8>

Wright, E. O. (2019). *Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert. Was es bedeutet, demokratischer Sozialist zu sein*. Hamburg: VSA

Der Autor

Horst Kahrs, Sozialwissenschaftler, zuletzt von 2012 bis 2021 als Referent für die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf den Themenfeldern Demokratie und Wahlen, Klassen und Sozialstruktur erwerbstätig. Er ist der Stiftung weiterhin als senior fellow verbunden.

Ilse Bindseil

Krise, Selbst- täuschung und das Freiheitsrecht Denken



Als die laut Descartes bestverteilte Sache der Welt gehört le bon sens, die Fähigkeit nachzudenken, zur objektiven Ausstattung eines jeden. Reflexion ist das Bindeglied zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft, in der er lebt, der Inbegriff seines objektiven Seins, nicht bloß seines persönlichen Sollens. Das Sollen lässt sich delegieren, das Sein nicht.

Wir Nachgeborenen, die späteren 68er ...

Wie Rip van Winkle komme ich mir vor, der in der neuen Welt als britischer Untertan nach einem zauberischen Zechgelage einschläft und zwanzig Jahre später als freier Amerikaner, leider auch als alter Mann aufwacht: so als hätte ich Entscheidendes verschlafen. Tatsächlich wundere ich mich weniger über materielle Veränderungen als über die plötzliche Funktionslosigkeit meiner Art zu denken oder vielmehr das Dahinschwinden der Bedeutung, die ich ihm beigemessen hatte. Um den Romantitel von Marguerite Duras abzuwandeln, war es für mich, Jahrgang 1945 und damit erste Nach-Nazigeneration, im Schlepptau der in der ersten Hälfte der 40er Jahre Geborenen darum gegangen, einen Staudamm gegen den Faschismus zu errichten. Das hatte damals noch mehr mit Analyse als mit „Antifa“ zu tun und hatte vor allem eine theoretische, eine ebenso grundlegende wie sicher auch imaginäre Dimension, da das rationale Bemühen um Aufarbeitung von der Hoffnung auf Aufhebung im wörtlichen Sinn, einer Korrektur der Geschichte, auch meiner eigenen, nicht zu trennen war.

Wir Nachgeborenen, die späteren 68er, die unter Menschen aufwuchsen, denen das Geständnis der Mittäterschaft erst abgerungen werden musste, konnten nicht von einer nicht faschistischen Normalität ausgehen, wir konnten *nicht* auf eine antifaschistische Tradition zurückblicken. Die Perspektive des Widerstands war für uns eine reine Kopfgeburt. Es ging, in der emphatischen philosophischen Sprache, die von uns damals alles andere als abgehoben, vielmehr als unmittelbar aussagekräftig empfunden wurde,

nicht um das krude Faktum, vielmehr um die „Bedingung der Möglichkeit“. Die Alternative zur eigenen unfreiwilligen Geschichte, zum verblendeten Projekt der Eltern, musste gedanklich erarbeitet werden. Alles war Nachdenken und zielte nicht nur auf Abgrenzung und Abwehr, sondern auf tragfähige Unterscheidungen. Klassenbewusstsein stand für eine solche tragfähige Unterscheidung. Aber es war in der Regel nicht das eigene Bewusstsein und damit auch nicht, wie man erwarten könnte, der Königsweg bei der Neuorientierung. Es stand nicht zur Verfügung, darüber hinaus war es nicht nur nachhaltig beschädigt, sondern im Bewusstsein der entstehenden Wohlstandsgesellschaft – stellvertretend für den Nazismus – wie ausgelöscht. Im Milieu des Wiederaufbaus und des Kalten Krieges hatte es keinen Platz. Von der ersten Generation der Aufbegehrenden musste es im Übersprung erobert werden und war selbst abstrakt, eine Utopie mehr als ein wirklicher Ausdruck der Verhältnisse.

Frage ich mich, was mich beim Aufwachen schockiert: Das Nachdenken ist überholt worden, durch Tatsachen. Es war ja ein stellvertretendes Denken, das gegen eine flache und bewusstlos agierende Wirklichkeit starke Begriffe, starke Ziele aufbot, die Überwindung von Herrschaft, vorzugsweise der eigenen Klasse. Jetzt ist es durch starke Tatsachen abgelöst worden, Stichwort Pandemie und Klimakatastrophe, und das Ziel ergibt sich von selbst: Überleben. Begriffe sind demgegenüber flach und bewusstlos, ein schierer Reflex der Umstände, Stichwort Globalisierung. Wo die Tatsachen für sich sprechen, erscheint die Problematisierung nicht nur unnötig, sondern auch hinderlich, ja verhindernd. Über die Klimakatastrophe nachzudenken, statt sie zu bekämpfen, verstärkt sie noch.

Das Nachdenken fällt unendlich schwer. Schon das weiß man nicht: Fehlt bloß der Spielraum, oder fehlt tatsächlich der Bedarf? Im ersteren Fall müsste man ihn wiederherstellen, im letzteren könnte man es sein lassen.

Fassungslosigkeit über den Verlust einer fest eingebildeten Kontrolle

Laut Wikipedia die erste Short Story der amerikanischen Literatur, war *Rip van Winkle* sozusagen Pflichtlektüre in unserem Englischunterricht. Das Deckblatt der billigen Schulausgabe, so wie ich es mir in der Erinnerung zurechtgemacht habe, ließ jeden Bezug zu uns Schülerinnen eines Mädchengymnasiums vermissen: ein alter Mann unter einem Baum, mit Rauschebart. Umso unvermittelter traf mich die finstere Drohung, dass wir jung einschlafen und alt aufwachen könnten. Sie war nicht moralisch eingefärbt. Dass wir das Leben verbummeln könnten, war nicht das Ding. Sie war existentiell. Alt sein war existentiell. Eigentlich durfte man nicht einschlafen. Zwar konnte man das Alter nicht verhindern, aber durch Präsenz, eine nicht nachlassende Anspannung und Aufmerksamkeit, konnte man es unsichtbar machen. Wenn es eintrat, hätte man wenigstens nichts versäumt, und, wer weiß, womöglich hätte man sich auch nicht verändert. Ein solches Ziel konnte als Bewusstlosigkeit oder als höchster Grad von Kontrolle gedeutet werden. Vor dem tröstlichen Ergebnis verschmolzen die Gegensätze.

Washington Irving beschreibt die gewaltige politische Veränderung, die während Rips Zauberschlaf statthat, nicht als einen Einbruch der Wirklichkeit in seine beschränkte

Welt, sondern als den Auszug der Tatsachen aus seinem Bewusstsein und deutet damit eine ungewöhnliche Theorie der Umwälzung an: Jemand schläft ein, und das Leben geht weiter. Im Fall Rips, der ja eine höchst unspektakuläre Person mit einem ebenso spektakulären wie künstlich herbeigeführten Schicksal ist, ist es so, als hätten die Verhältnisse nur darauf gewartet, den in den Tag Hineinlebenden aus dem Verkehr ziehen zu können, um richtig loszulegen. Sein Schlaf bringt die Sache lediglich auf den Punkt, denn dieser Faulpelz steht den politischen Veränderungen nicht einmal im Weg. Er hat mit ihnen so wenig zu tun, als wenn er permanent schlief. Wäre er nicht eingeschlafen, hätte er sie nicht viel anders erlebt. So tut sich ein *gap*, ein sonderbarer Spalt auf zwischen dem Drama, das sich unter Zuhilfenahme von allerlei Zauberkraft und Hokusfokus entfaltet, und den wirklichen Verhältnissen. Er verschiebt das Interesse weg von dem politischen Graben zwischen der Alten und der Neuen Welt hin zu jenem theoretischen oder existentiellen Abgrund zwischen der Wirklichkeit und dem Bewusstsein und der eigentliche Appell richtet sich mehr an die Reflexion als an die Tatkraft. Dabei geht es nicht bloß um einen interessanten Vorgang des Bewusstseins, den man studieren kann wie jedes gewöhnliche Objekt, es geht ums Ganze. Denn für Wesen mit Bewusstsein ist sein Dahinschwinden nicht nur ein Schatten auf der Existenz, es sprengt den Rahmen.

Bewusstseinsverlust war für die Moderne *die* Vorstellung von Katastrophe. Logischerweise braute sie sich über dem Subjekt zusammen; in seiner Vorstellung existierte ja die Welt. Von fernher blitzte die Drohung auf, dass Autonomie und Menschenwürde aufhören könnten, ein Ziel, der Uni-

versalismus aufhören könnte, universal zu sein; auch dies eine Veränderung, die ja nicht nur auf die Errungenschaften des Bewusstseins zielt, sondern auf seine Fundamente.

So gewinnt das Verhältnis von Bewusstsein und Wirklichkeit, vormals ein trockenes akademisches Problem, unerwartet Virulenz. Ebenso gut, wie man die Realität definieren kann als etwas, was keine Interpretation nötig hat, so umgekehrt als das, was dem Bewusstsein entglitten ist. Offen bleibt auf diese Weise die Frage, wer sich ausgeklinkt hat, das Bewusstsein oder die Realität, und entsprechend, was wieder eingeholt werden, an welcher Stelle die Arbeit ansetzen müsste. Dem Bewusstsein, wenn es sich denn einklinkt, bleibt ja gar nichts anderes übrig, als den Betrieb aufzuhalten, durch Nachdenken. In Zeiten drohender Katastrophen scheint das gelinde gesagt riskant. Ausgerechnet im Moment des größten Handlungsdrucks muss es sich um sich selbst kümmern, wenn auch nicht aus frivolem Grund, sondern weil es das einzige System ist, dem die Widersprüche immanent sind, nicht fremd und äußerlich, ein Produkt der Verblendung, sondern wirklich. Es gerät damit notgedrungen in Opposition zur manifesten Krise, zum Appeal des Dringlichen, Ultimativen, Eindeutigen, das von ihr ausgeht und von dem man nicht weiß, ob er ihr oder vielmehr dem Bewusstsein originär ist, das damit bloß seine Fassungslosigkeit über den Verlust einer bis dahin fest eingebildeten Kontrolle ausdrückt. Wenn die Krise womöglich nicht der desaströse Gipfel der Ereignisse, vielmehr ein Ausdruck der Entkopplung des Bewusstseins von den Tatsachen ist, dann bleibt nun mal nichts anderes übrig, als sich dem Begreifen zu widmen, in der Hoffnung, solche Anstrengung wäre an sich schon konstruktiv.

Verstand, von der Reflexion im Stich gelassen

Krisen heben daher die Pflicht nachzudenken nicht auf. Im Gegenteil, dem Konkreten ist mit Abstraktion zu begegnen, es ist ja selbst abstrakt! Dabei geht es nicht nur um Krankheiten und Katastrophen, die dem einzelnen und der Gesellschaft als ein deutlich konturiertes Anderes, als Gegensatz und Feind entgegentreten. Bevölkerungsbewegungen, die die Exklusivität der angestammten Rechte infrage stellen, Schattenwirtschaft und Kriminalität, die den Glauben an die staatliche Gewalt, beiläufig auch an den Sinn der eigenen Gesetzestreue untergraben, Populismus, der die selbsterklärende Attraktivität der aufklärerischen Ziele, damit aber die Unvermeidlichkeit des bürgerlichen Fortschritts in Zweifel zieht: Sie alle, „und noch viel mehr“, die in irgendeiner Form das Erreichte mit dem Überwundenen, den Fortschritt mit dem Rückschritt kurzschließen und mit einem Rückfall drohen, dem die Dynamik der Vorwärtsbewegung noch eingeschrieben ist – sie alle verdanken den Charakter äußerer, fremder Bedrohung nicht nur einer Selbstwahrnehmung, die alles von sich abspaltet, was stört, vielmehr der Tatsache, dass das Selbst sich in exakt diesem Prozess hervorbringt; auf diese Weise entsteht es, und auf diese Weise wird es bedroht.

Das Verhängnisvolle, das den neueren Gefahren anhaftet und, bedenkt man die biblische Anweisung „Macht euch die Erde untertan“, ausgerechnet im Moment der größtmöglichen Erfolge in der größtmöglichen Unsicherheit kulminiert, resultiert aus der widersprüchlichen Natur des Fortschritts, der sich nicht in einem Sowohl-als-auch

erschöpft, sondern, in einer nicht leicht zu realisierenden Volte, in seiner Konstruktion selbst destruktiv ist und sich darin zwingend auf sich bezieht. Die „Wiederkehr des Verdrängten“ im rigorosen Sinn des freudschen Konzepts beschreibt diesen Bezug als einen psychodynamischen Vorgang, der das Subjekt sowohl hervorbringt als auch aufs Äußerste strapaziert, aber in den Grenzen des Subjekts gefangen bleibt.

Kehrt man der Psychologie den Rücken, dann erkennt man leicht, dass die ehernen Aporien des Fortschritts auch als Reflex solchen Gefangenseins gedeutet werden können, als Ignoranz nämlich gegenüber allem, was nicht im definierten Sinn Subjekt ist und deshalb als Objekt betrachtet werden muss. Die Möglichkeit einer anderen Konstellation, die das Entgegengesetzte auf Augenhöhe zeigt, bleibt dabei notwendig außen vor.

Wiederum Freud hat den Pfad zu einer solchen Betrachtung gelegt, wenn er beispielsweise vom Unbewussten sagt, dass in ihm kein Nein existiert oder dass es nur Sachvorstellungen enthält, und damit auf der kategorialen Ebene des Subjekts ein Nicht-Subjekt benennt, kurz einen Antagonisten oder, fürs Denken, eine Alternative. Alles andere als ein bloß psychologisches Phänomen, kann dieser Antagonist etwa an der Rückverwandlung von Zwecken in Mittel für andere Zwecke abgelesen werden, wie sie tagtäglich begegnet. Sie zeugt von der nicht zu überwindenden Unabhängigkeit, Neutralität und Gleichgültigkeit einer Objektivität, die ihren Fluchtpunkt weder in der Kreativität noch in der Kontrolle des Subjekts, sondern in ihrer eigenen unbedingten Sächlichkeit hat, ihrer autonomen

oder vielmehr automatischen Natur oder einem Mechanismus, der in einer sonderbaren Verquickung von Mittel und Zweck in eins seine Funktionen überprüfen und seine Möglichkeiten ausreizen will, sind sie doch samt und sonders bloß – Eigenschaften.

Im Moment der Krise, jedenfalls, wird offenbar, dass der Prozess der Hervorbringung auch ein Prozess der Abnabelung war. Im Entstehen löst das Hervorgebrachte sich von seinen Voraussetzungen und mischt die Karten neu. Seiner Entstehung nach komplex, Werk eines hochdifferenzierten Gehirns, ist es als Ergebnis bloß Baustein für andere Ergebnisse. Beweis: Was auf kompliziertestem Wege erarbeitet wurde, lässt sich ganz einfach verwenden. Es kann beliebig angeeignet werden. Was „schwarz auf weiß“ existiert, kann von jedem „nach Haus getragen“ werden. Mehr noch, es „liegt auf der Straße“, man muss es „nur aufheben“. In der Sprache des entrüsteten Bürgertums: Es assoziiert sich mit Hinz und Kunz und geht buchstäblich mit jedem mit. Dabei handelt es sich nur in untergeordneter Instanz um ein moralisches Problem, die Gier einzelner, die sich den inneren Drive einer Sache zunutze machen und dafür auch noch belohnt werden, vielmehr um ein Schicksal des Verstands, der von seinem Alter Ego, der Reflexion, im Stich gelassen, auf die Seite des Objekts geraten ist, und im Subjekt ergibt sich eine empfindliche Lücke. Die fortschreitende Ohnmacht gegenüber dem Verstand untergräbt das Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft.

Subjekt und Objekt sind aus ein und demselben Holz

Dass die Gesellschaft so schwer in ihrer Ursprünglichkeit gedacht werden kann, mag durch die Position des Einzelnen hinreichend erklärt sein. Wie soll sie sich in ihm, er sich in ihr ursprünglich denken? Die Frage erscheint aber wie zusätzlich aufgeladen, etwa wie das bittere Erbe einer ursprünglichen Symbiose, die nicht nur nicht ausgedrückt, sondern auch nicht aufgegeben werden kann, wie eine als Problem getarnte Weigerung, etwas, was nur als Symbiose Bestand hat, durch Reflexion zu zerstören. Deren Platz wäre ganz hinten in der Reihe, wenn die Einheit ohnehin verloren ist und nur noch in Feiertagsreden erneuert werden kann. Dabei hat Reflexion mit solchem Eingedenken nichts zu tun. Als eine Vorstellung von der Gesellschaft, die auf intellektueller Anschauung beruht, ist sie ja der authentische Ausdruck der Symbiose. Im Schema des Großen zum Kleinen, des Ganzen zum Teil gedacht, ist die Gesellschaft dagegen nichts als ein halluzinativer Schemen, Abstraktion eine teuflische Methode, etwas seiner ursprünglichen Konkretheit zu berauben und zum Gespenst zu machen. Gespenst bleibt Gespenst, mag es als Person oder als *die* Gesellschaft in Erscheinung treten.

Die Analogie führt in eine Spirale sich übertrumpfen-der Tautologien, die auf eine Explosion zusteuert, auf eine Erlösung als auch eine Art der Erklärung. In der aufgeklärten Gesellschaft tritt der Selbstwiderspruch der Gesellschaft nicht zufällig am deutlichsten zutage. Mit *clarté* und *simpli-cité* entworfen, ist sie sich vollkommen unverständlich, mit

Ordnungssinn eingerichtet, tendenziell stets aus den Fugen. Bürgerlich stabil, ist sie latent anarchisch, obwohl krisenfest per Definition, bereits in den vermeintlichen Grundkategorien von Raum und Zeit höchst wacklig und statt endgültig und ewig mit einer Halbwertszeit ausgestattet wie alles, was existiert, nur dynamischer.

Mit der Verkleinerung der Welt vergrößert sich noch die Schere zwischen dem, was man wissen und woran man etwas ändern kann. Wäre Wissen betrachtender Natur, wäre das logisch und, salopp gesagt, kein Grund zur Aufregung. Die Betrachtung könnte dadurch nur gewinnen. Da Wissen in undurchschaubarer Weise aber mit Macht assoziiert ist, wächst das Ohnmachtsgefühl. Durch Macht, als Erklärendes statt zu Erklärendem, wird Undurchschaubarkeit als eigentlicher Zweck des Fortschritts installiert, und das Ohnmachtsgefühl wächst exponentiell. Würde das Bemühen um Erklären auf Undurchschaubarkeit verzichten, könnte Wissen als der sächliche Anteil des Subjekts akzeptiert werden, als das, worüber man per Definition keine Macht haben kann. Dank seiner eigenen Sächlichkeit könnte das Subjekt Auskunft geben über das, was ihm als Objekt begegnet. Undurchschaubarkeit verbirgt dieses Verhältnis nur. Als Aporie des Fortschritts, nicht als Effekt der Verblendung erscheint, dass mit jeder Lösung Ungelöstes sich sprengkräftig vermehrt. So kommt es zu diesem Eindruck, das Subjekt würde im Wortsinn „von allen guten Geistern verlassen“, ja, eben das wäre Fortschritt: Der Verstand wäre ausgezogen und, die biblische Assoziation ist erwünscht, hätte sich unter den Dingen niederlassen; so können die sich, die eigenen Möglichkeiten ausreizend, nach Belieben verknüpfen. Es

hätte also nicht nur eine quantitative, auch eine qualitative Umkehrung stattgefunden im marxistisch so bezeichneten Verhältnis von fixem und beweglichem, totem und lebendigem Kapital, hier verstanden als Stoff und Gestaltung. Die Materie wäre in beunruhigender Weise lebendig, der Kopf in nicht weniger beunruhigender Weise wie gelähmt, und das Bild vom Zauberlehrling drängt sich auf. Der erfolgreiche Ruf nach dem Meister, nach charismatischem Eingriff statt analytischer Einsicht, übertönt die eigentliche Botschaft, dass das Grundmodell der Orientierung nicht trägt. Subjekt und Objekt, das ist der fällige Schluss, stehen einander nicht gegenüber, sondern sind aus ein und demselben Holz.

In Gesellschaft leben, verlangt auch, über sie nachzudenken

Ganz ebenso wie der gewöhnliche Fortschritt enthüllt auch die Krise sich als eine höchst zweifelhafte Interpretation, und ebenfalls eine geschönte, verstört sie doch nicht nur durch eine unerhörte Zuspitzung, sondern lockt auch mit einer Vereinfachung. Praktisch eröffnet sie Spielräume für die gehemmte Tatkraft, winkt mit Vollmachten anstelle von Rücksichten. In einer einzigartigen Verbindung von Theorie und Moral beendet sie die Entstellung der Tatsachen, lässt sie stattdessen zu, befreit sie von der permanenten Überhöhung, der sie unterzogen werden, der ständigen Bearbeitung, der unablässigen Rechtfertigung, so als hätten sie selbst keine eigene Form, wären formlos und müssten geformt werden oder grundböse und müssten erst gut gemacht werden, könnten unbearbeitet gar nicht existieren.

Bekanntlich ist die Krise nicht nur Dystopie, sondern auch Utopie, Aufwandsersparnis im klassischen Sinn. Im unablässigen Kampf um Interpretationshoheit, verstanden nicht bloß als Konkurrenz der Interpretationen, sondern als Hoheit der Rhetorik über die Tatsachen, verschiebt sie die Gewichte für einen nicht nur trostlosen, auch verheißungsvollen Moment. In ihm sieht es so aus, als verstünden nicht nur die Tatsachen sich von selbst, sondern als verstünde man sich auch selbst von selbst und könnte sich zu ihnen verhalten als Tatsache zu den Tatsachen.

Will man die Gesellschaft begreifen, dann bleibt einem nichts anderes übrig, als auf die Erleichterungen und Vereinfachungen, die die Krise bereithält, zu verzichten. Es bleibt einem nichts übrig, als das Deutungsangebot, das sie enthält, auszuschlagen und den Zusammenhang, als dessen Bruch sie erscheint, wiederherzustellen. Das, was geschieht, muss an seinem ureigenen Platz nicht nur hinterher, im historischen Kontinuum, sondern auch im Sosein der Gesellschaft verortet werden. Regiert in ersterem die Abfolge, so in letzterem die Abstraktion: In Gesellschaft leben, verlangt auch, über sie nachzudenken.

Im Gegensatz zu der Auffassung, in der sich heute eine kritische Position ausdrückt, dass Krisen neben ihrer Bewältigung vor allem der nachträglichen Aufarbeitung bedürfen, einer schonungslosen Analyse der Gründe und Umstände, geht es hierbei um Reflexion. Die hat ein prinzipielles Moment. Sie rennt dem Gegenstand nicht hinterher, sie begegnet ihm von vorn. Alles andere als eine unzulässige Vereinfachung, überprüft Reflexion die Realität nicht mit den avancierten Instrumenten der Empirie, sondern mit den einfachen Mit-

teln der Logik. Deren Ausstattung ist nichts weiter als ein unbefangenen vorausgesetzter Begriff des Ganzen, Reduktion ihre einzige Strategie, auch ihr demokratischstes Moment; jeder kann es sich überlegen. Als die laut Descartes bestverteilte Sache der Welt gehört *le bon sens*, die Fähigkeit nachzudenken, zur objektiven Ausstattung eines jeden. Reflexion ist das Bindeglied zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft, in der er lebt, der Inbegriff seines objektiven Seins, nicht bloß seines persönlichen Sollens. Das Sollen lässt sich delegieren, das Sein nicht. Jeder ist gehalten, sich nicht nur die Strategien für sein gesellschaftliches Wollen zu überlegen, sondern sich sein gesellschaftliches Sein klarzumachen, denn sonst wird er nicht nur eine Beute von Illusionen und Täuschungen, sondern ein Verfechter des Scheins.

Denken ist grunddemokratischer Natur

Erzählen wir Washington Irvings Geschichte ein wenig anders. Rip hat eine Krise. Er nimmt sich eine Auszeit und verschwindet eine Zeitlang auf dem Berg, da, wo die ansehnlichen Sanatorien, die Rehakliniken sich vorzugsweise niederlassen, und wird in ein künstliches Koma versetzt. Als er zurückkommt, hat sich die Lage beruhigt. Die innere, die äußere? Wie soll er das wissen? Dass er das nicht unterscheiden konnte, hat ihn ja in die Klinik gebracht. Jedenfalls, nicht nur er hat sich beruhigt, es hat sich auch alles geändert; er hat Zeit gehabt, sich zu beruhigen, und es, sich zu verändern, oder umgekehrt, er sich verändert und es sich beruhigt. Als der sprichwörtliche freie Bürger in einem freien Land kann er sein Leben beschließen.

Mag solches Szenario gegenüber allem, was moderiert werden kann, noch einleuchten, im Angesicht von Klimakatastrophe und Pandemien fällt es schwer, hinter dieser Version nicht die kindlichste aller möglichen Wunschvorstellungen – „Jetzt schlaf schön ein, und wenn du aufwachst, ist alles wieder gut“ –, als erwachsene Einstellung aber recht eigentlich Ursache und Motor der Krise zu gewahren. Ist Untätigkeit, geistige, die die konkrete Analyse verweigert, praktische sowieso, hier nicht das schwerwiegendste aller Versäumnisse? Bedenkt man aber, dass ja nicht Untätigkeit herbeigeführt hat, was mit dem Beiwort „systemisch“ versehen wird, im Gegenteil vielmehr Tatendrang, und dass noch jegliche Ausstiegsperspektive von solchem Tatendrang zeugt, dann ergibt sich für die Reflexion zumindest eine gedankliche Notwendigkeit. So etwas wie sie wird gebraucht. Rationalität, Inbegriff, wie es heißt, von Zivilisation und Fortschritt, erweist sich gegenüber der Reflexion als ein durchaus problematisches Prinzip, eins, über das man permanent nachdenken müsste. Um zustande zu kommen, muss Rationalität Reflexion ja im doppelten Sinn hinter sich lassen, sie wie die Zwerge im Nibelungenland für die Gegenwart vernichten und für die Vergangenheit leben lassen; im Hinterher darf sie sich entfalten. Ist Reflexion, als Vermögen betrachtet, aber nicht das ungeteilte Ganze, Rationalität dagegen nur so etwas wie die spezielle Begabung, sich mit den sinnlichen Gegebenheiten, dem, was nicht Gedanke ist, zu verbinden? Da am vertikalen Verhältnis von Reflexion und Rationalität nur dies gewiss ist, dass es sich nicht einfach umkehren lässt – Reflexion kann Rationalität nicht ablösen –, bleibt nichts übrig, als erstere in der Horizontalen aufzusuchen,

sie dort aber nicht als begleitende Funktion, vielmehr als ein Vermögen sui generis, eine, mit Kant zu sprechen, regulative Funktion zu bestimmen. Die fügt der Wirklichkeit nicht das Universum der Gedanken hinzu, sondern nimmt auf, was als Unsichtbares das Sichtbare vermittelt. Gilt Rationalität, gegen alle erhabene Sinnsucherei und so als gäbe es nichts Besseres, als die realistische Funktion par excellence, so muss Reflexion als die Vertreterin der Realität bezeichnet werden. Ihrer Einordnung muss auch Rationalität sich noch fügen.

Beim Nachdenken kommt man vom Hölzchen aufs Stöckchen, sagt der Volksmund, der darin eine beständige Tendenz zur Verkleinerung gewahrt; ist es doch als Bedenklichkeit, eine gewisse Zwanghaftigkeit, vertraut. Tatsächlich lenkt Nachdenken das Interesse auf Gedankliches und von Gedanklichem weiter auf – Gedankliches. Der sprichwörtliche fortschrittliche Bürger, dagegen, um nur ein einziges Beispiel anzuführen, der dem Staat, „seinem Staat“, vorrechnet, was er in sinnvolle Bildung investieren könnte, würde er nur von den sinnlosen Waffen lassen, er „hat sich so seine Gedanken gemacht“, aber nicht nachgedacht. „Was ist das für ein Staat!“, ereifert er sich. „Was ist eigentlich ein Staat?“, müsste er sich fragen. Er wundert sich bereits und müsste der Frage nur noch auf den Grund gehen. Die Dimension der Frage würde ihm dabei aufgehen. Tatsächlich wundert er sich nicht, er entrüstet sich bloß. Fragen heißt für ihn Antworten, deutlicher gesagt, Urteilen, so als wäre dies die ureigene Form des Nachdenkens. Fragen ist aber abstrakt, Urteilen konkret; leider in der Form des Nachdenkens, im Überkreuz, in der Verknüpfung von kategorial Verschiedenem, daher entstellend.

Denken ist nicht elitär, es ist grunddemokratischer Natur. Es betätigt ein Vermögen, das in jedem vorhanden, also alles andere als entfremdend ist, und es verlangt nichts anderes als die Kultur dieses Vermögens. Fragen kann jeder stellen, Antworten sind nicht verlangt. Fragen führen in die innere Architektur der Frage. Antworten reproduzieren im Urteil, was als zufällige Voraussetzung zuvor hineingesteckt wurde, jenes belastende Gemisch aus Wollen und Wissen, von dem sich die Vernunft doch befreien möchte. Sie führen in die soziale Spaltung. Nachdenken eint.

Die Autorin

Ilse Bindseil ist Autorin und Redakteurin, sie war Lehrerin für Deutsch, Französisch und Philosophie an der Sophie-Scholl-Oberschule in Berlin-Schöneberg. Seit Ende der sechziger Jahre Veröffentlichungen im gesellschaftstheoretischen Bereich von Philosophie, Politik, Psychoanalyse, seit Ende der siebziger Jahre dazu im Bereich der schönen Literatur. Seit Ende der neunziger Jahre Redakteurin der Zeitschrift *Ästhetik & Kommunikation*.

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums
der Otto Brenner Stiftung ist außerdem erschienen:

Welche Arbeit machen wir?

Zur Zukunft von Wirtschaft, Natur und Kultur

Inhalt:

Hans-Jürgen Arlt und Benedikt Linden

Große Transformation geht nur demokratisch gut

Eine Einleitung

Kathrin Gerlof

Wirtschaft wird von Menschen gemacht

Warum merkt man so wenig davon?

Timo Daum

Was, wenn der Computer vor dem Auto erfunden worden wäre?

Heike Buchter

Wirtschaft und Gerechtigkeit, auf ewig geteilt?

Jutta Allmendinger und Wolfgang Schroeder

Souveränitätsgewinne oder Freiheitsverluste

Wohin treibt der Arbeitsmarkt?

Vincent August

Solidarität

Konstellationen und Dynamiken
in der Spätmoderne

Andreas Zeuch

Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie

Am Ende keine oder beide

Klaus Jacob

Es wimmelt von Henne-Ei-Problemen

Transformation als ko-evolutionärer Prozess

Ingrid Kurz-Scherf

„We should all be feminists“

Kapitalismuskritik als
sozial-emanzipatorisches Projekt

Mathias Greffrath

Animal laborans, homo faber, homo oeconomicus

Und wie weiter ...

Jana Gebauer

Imagining Otherwise

Fantastische Perspektiven
auf Arbeit in der Transformation

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums
der Otto Brenner Stiftung ist außerdem erschienen:

Welche Öffentlichkeit brauchen wir?

Zur Zukunft des Journalismus und
demokratischer Medien

Inhalt:

Benedikt Linden und Hans-Jürgen Arlt

Demokratisierung als Richtschnur medialer Transformation

Eine Einleitung

Otfried Jarren und Renate Fischer

Demokratische Öffentlichkeit

Eine medienpolitische Gestaltungsaufgabe

*Hendrik Theine, Mandy Tröger
und Sebastian Seignani*

Wer beherrscht die Medien?

Zur Einfassung des Journalismus
durch Technologiekonzerne

Hadija Haruna-Oelker

Wer macht Medien?

Diversität als Herausforderung und Anspruch

Julia Friedrichs

Eine Klasse für sich?

Wieso Akademiker:innen die Redaktionen beherrschen

Ines Schwerdtner

Das Verschwinden der Arbeiterklasse aus den Medien

Tanjev Schultz

Kritik und Vertrauen

Einstellungen zu den Medien und vertrauensbildende Maßnahmen der Redaktionen

Dominik Piétron

Tech-Lash, what's next?

Drei Strategien zur Demokratisierung der sozialen Medien

Leonhard Dobusch

Chancen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Stephanie Reuter

Non-Profit-Journalismus

Eine medienpolitische Weichenstellung für die kommende Dekade

Harald Schumann und Elisa Simantke

Europas Krisen und das Versagen der Medien

Die überfällige Europäisierung des Journalismus

Das 21. Jahrhundert entwickelt sich zu einem Krisenherd. Die Rufe nach politischen Lösungen werden lauter und dringlicher, rechtsreaktionäre und diktatorische Demagogen bekommen Zulauf. Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat sind gefordert, die Zivilgesellschaft muss Zeichen setzen.

Anlässlich unseres 50jährigen Stiftungsjubiläums haben wir von Autor:innen aus Wissenschaft und Kultur Essays erbeten, die Aufklärung über die Lage verbinden mit Ideen für bessere Aussichten auf soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und ökologische Vernunft.



www.otto-brenner-stiftung.de